

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **4./5. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2025/2026
vom 30. Juni 2025

von 16.15 – 18.25 Uhr und 20.00 – 21.55 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: Ph. Weber (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 4. Sitzung: K. Frei Glowatz (Grüne)
5. Sitzung: A. Zuraikat (Die Mitte)
4./5. Sitzung: R. Tobler (FDP), K. Vogel (Die Mitte), J. Ehrbar (SVP), B. Zäch (SP), SR M. Blum

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2*	25.72	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3*	25.73	Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission Richtplan anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	25.43 (DFI)	Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2024	Ch. Hartmann
5*	25.64	Tätigkeitsbericht 2024/25 der Finanzkontrolle	I. Kuster
6*	25.55	Tätigkeitsbericht 2024 der Datenschutzstelle	R. Keller
7*	25.56	Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle	R. Keller
8*	25.50 (DSO)	Geschäftsbericht 2024 der Sozialhilfebehörde	B. Oeschger
9*	25.36 (DFI)	Verpflichtungskredit von Fr. 3'160'000 für die Neuerschliessung und Strassenverlegung (Projekt-Nr.	M. Nater

ENTWURF

		5018220), Erholungsgebiet Rosenberg, Pfadiheimweg, Winterthur	
10*	25.37 (DFI)	Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 6'900'000 für den Neubau des Campingplatzes (Projekt-Nr. 5002460), «Campingplatz am Schützenweiher», Erholungsgebiet Rosenberg, Eichliwaldstr. 4, Winterthur	M. Nater
11*	25.38 (DTB)	«Stadtrandpark Schützenweiher», Verpflichtungskredit von Fr. 2'331'345 zur Weiheranierung und Umgestaltung Uferpark (Projekt-Nr. 5015830_13324)	Ph. Angele
12*	25.62 (DPR)	Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und der Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen	F. Kramer-Schwob
13*	25.31 (DPR)	Änderung des Personalstatuts der Stadt Winterthur (PST) vom 12. April 1999 betreffend Umsetzung der Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter» und Anpassung Adoptionsurlaub	S. Kocher
14	25.60	Neuerlass einer Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Aufsichtskommission)	I. Kuster
15	25.69 (DBM)	Begründung des Postulats M. Gnesa (SP), S. Gfeller (SP) und R. Hugentobler (Grüne/AL) betr. Schaffung einer Wohnzone für alternative Wohnformen	
16	24.5 (DBM)	Antrag und Bericht zum Postulat B. Oeschger (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne/AL), B. Zäch (SP), A. Würzer (EVP) und U. Hofer (FDP) betr. Winterthurer Gewässer: Förderung der Zugänglichkeit und der biologischen Vielfalt	
17	24.91 (DBM)	Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Tempo 30 im Breite-Vogelsang-Quartier	
18	24.6 (DTB)	Antrag und Bericht zum Postulat A. Steiner (GLP), A. Würzer (EVP), K. Frei-Glowatz (Grüne) und G. Stritt (SP) betr. Naturnetz Winterthur und Umgebung	
19	24.52 (DTB)	Beantwortung der Interpellation N. Ernst (GLP), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Weber (SP), R. Diener (Grüne/AL) und R. Perroulaz (FDP) betr. zukunftsfähiges Konzept Öffentlicher Verkehr (ÖV)	
20	24.44 (DSS)	Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs <i>(die Behandlung findet an der Sitzung vom 7. Juli 2025 statt)</i>	
21	24.90 (DSU)	Beantwortung der Interpellation Ch. Hartmann (SVP) betr. Auflösung unbewilligter Demonstrationen	
22	24.92 (DSU)	Beantwortung der Interpellation B. Oeschger (GLP), K. Vogel (Die Mitte) und D. Romay (FDP) betr. Einsatz von Körperkameras (Bodycams) durch die Stadtpolizei Winterthur	

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

ENTWURF

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur heutigen Sitzung, der 4. und 5. Sitzung des Stadtparlaments.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich komme zuerst zu den Entschuldigungen: Abgemeldet für beide Sitzungen sind Benedikt Zäch (SP), Kaspar Vogel (Die Mitte/EDU), Jan Ehrbar (SVP), Raphael Tobler (FDP) und Stadträtin Martina Blum. Für die erste Sitzung hat sich entschuldigt Katharina Frei Glowatz (Grüne/AL). Verspätet eintreffen, beide um ca. 17 Uhr, werden Alex Würzer (EVP) und Stadtrat Stefan Fritschi.

Wir müssten heute eigentlich Benedikt Zäch verabschieden. Da es aber eine ganz kleine Chance gibt, dass er am nächsten Montag als Gast vielleicht hier sein könnte, haben wir uns entschieden, das nächsten Montag zu machen. Vielleicht in seiner Anwesenheit, und sonst halt, wie es heute auch gewesen wäre, in absentia.

Film- und Fotografieaufnahmen sowie Tonaufnahmen sind wie immer erlaubt.

Ich habe noch eine weitere Information: Im Zusammenhang mit dem Traktandum Campingplatz haben verschiedene Gruppierungen heute Abend zu einer Kundgebung aufgerufen. Wir waren den ganzen Tag mit der Stadtpolizei in Kontakt und haben uns auf folgendes Vorgehen mit ihnen geeinigt: Es wird akzeptiert, dass diese Personen unten demonstrieren. Es werden keine Polizist*innen in Uniform hier sein, es werden aber Zivilpolizist*innen das Ganze im Auge behalten. Es ist ganz klar abgemacht, dass wenn jemand von Euch oder ein anderer Gast des Stadtparlaments irgendwie angegangen oder beleidigt würde oder daran gehindert werden würde, das Gebäude zu betreten, irgendetwas, dass dann sofort die Polizei alarmiert würde und sie auch einschreiten würden. Nachher dürfen sie ganz normal als Gäste hier teilnehmen und zuschauen, aber auch da ist die Regel: Wer stört, fliegt raus. So wie immer. Und wir würden uns natürlich auch vorbehalten, weiterhin die Polizei einzuschalten, wir sind dauernd mit ihnen in Kontakt.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ihr konntet dem Mail entnehmen, dass wir die Traktanden 9, 10 und 11, eben die Traktanden, bei denen es um den Campingplatz geht, gemeinsam behandeln werden. Die Idee ist, dass diese direkt nacheinander vorgestellt werden (das ist 2 x Markus Nater und 1 x Philipp Angele, die Referenten aus der SBK) und wir nachher eine Diskussion führen. So hätten auch die Personen aus den anderen Kommissionen, aus dem Mitberichtsverfahren, noch die Chance, sich zu äussern. Obwohl ja zumindest in der SBK die beiden anderen Geschäfte zu Null durchgingen. Wir werden aber selbstverständlich nachher einzeln über diese drei Geschäfte abstimmen.

Behandlung ohne Diskussion: Im Mail stand noch Traktandum 13, Mutterschaftsurlaub. Da wurde jetzt gewünscht, dass es eine Diskussion gibt, das wird natürlich respektiert. Traktandum 14, die Personalverordnungen, sind nach wie vor ohne Diskussion vorgesehen.

Ich werde es bei Traktanden ohne Diskussion gleich handhaben wie mein Vorgänger, Felix Helg, nämlich dass die Instanz, von der diese Vorlage kommt, sich trotzdem noch äussern darf. Das wäre normalerweise der Stadtrat, in diesem Fall mit der PVO, ist es die Parlamentsleitung. So kann jemand aus dem Parlament das Geschäft vorstellen, aber es darf auch noch Stellung dazu bezogen werden, im Normalfall durch den Stadtrat.

Gibt es Einwände zu dieser Traktandenliste? – Dann ist das so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 2./3. Sitzung

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen zum Traktandum 1, der Abnahme des Protokolls der letzten Sitzung, der 2. und 3. Sitzung vom 2. Juni. Gibt es dazu Einwände? – Wenn dem nicht so ist, dann ist das Protokoll abgenommen und herzlich verdankt bei Andrea Furrer. Wie immer gilt, dass sie sich freut und es ihren Job einfacher macht, wenn Ihr ihr die Voten schickt.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.73: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Stadtbau anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Ich gebe das Wort Maria Sorgo, der Präsidentin der IFK.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor für die SBK für den Rest der Amtsdauer 2022-2026: Livia Merz anstelle von Benedikt Zäch.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Maria. Gibt es da Vermehrungen aus dem Plenum? – Das scheint nicht der Fall zu sein, somit ist Livia gewählt für den Rest der Amtsdauer. Ich wünsche Dir viel Erfolg und viel Spass.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.73: Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission Richtplan anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission Richtplan anstelle des zurückgetretenen Benedikt Zäch (SP) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Auch da gebe ich das Wort Maria Sorgo, der Präsidentin der IFK.

M. Sorgo (IFK): Da schlägt die IFK Marilena Gnesa vor für den Rest der Amtsdauer.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke. Gibt es da Vermehrungen oder Anträge aus dem Plenum? – Auch das ist nicht der Fall. Somit auch Dir, Marilena, herzliche Gratulation und viel Erfolg in der Spezialkommission.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.43: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2024

ENTWURF

Parlamentspräsident Ph. Weber: Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2024. Ich übergebe das Wort dem Präsidenten der Aufsichtskommission, Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (AK): Die Rechnung 2024 ist ein wichtiges Geschäft, aber wahrscheinlich keines, das die Leute vom Sockel oder aus dem Stuhl reisst. Es zeigt, und damit es ein bisschen «unrecht», in dem, was es abbildet: Es ist letztlich das finanzielle Abbild eines Jahres Tätigkeit der Stadt Winterthur. Es bildet ab, was die Verwaltung gemacht hat, was der Stadtrat gemacht hat. Und in allen Verästelungen, in denen etwas gemacht wird – und ja, alles, was man macht, kostet etwas -, gibt es am Schluss viele dezentrale Buchungen, die zusammengeführt werden.

Ich möchte mich im Namen der Aufsichtskommission bedanken bei der Verwaltung, in der irgendwo in einer Verästelung irgendeinen Beleg erfasst wird, bis zum Finanzamt, das diese Rechnung zusammenstellt, diese Bücher produziert und dem Stadtrat, der das leitet und nachher auch genehmigt. Es ist eine riesige Arbeit – vielen Dank.

Wir haben dieses Jahr eine Rechnung, die wir nicht unbedingt im Detail jetzt hier im Plenum diskutieren können. Und das hat einige Gründe: Es hat ein paar ausserordentliche Positionen, die hineingerechnet und dargestellt werden, die es auch verhindern, dass man innert nützlicher Frist einzelne der Tabellen, die Ihr in der Weisung habt, diskutieren kann. Damit wir uns richtig verstehen: Die Weisung und die darin enthaltenen Zahlen sind materiell korrekt. Es ist einfach so, wir kommen nachher darauf, dass es ein paar Effekte gibt. Und diese zu erklären, das würde den Rahmen sprengen. Ich zum Beispiel muss morgen wieder arbeiten gehen.

Wir haben einen Überschuss von 41.9 Millionen Franken. Das ist sehr erfreulich. Es ist vor allem erfreulich, wenn man es mit dem Budget von 4.8 Millionen Franken vergleicht. Es ist irgendwo ca. 45-46 Millionen Franken besser als budgetiert. Das kann man zum einen erfreulich finden, man könnte sich auch aufregen darüber, das sei nicht so genau. Wenn man aber in die Details hineingeht, dann ist der Hauptgrund dafür nicht eine Budgetungenauigkeit. Ihr erinnert Euch: Das Volk hat beschlossen, die Pensionskasse mit 120 Millionen Franken zu sanieren. Aus dem heraus gab es verschiedene Transaktionen, die kann man sehr gut nachlesen in der Weisung im entsprechenden Abschnitt. Was da jetzt abgebildet ist, ist letztlich ein Resultat aus der Auflösung von Rückstellungen, die man gebildet hat; und umgekehrt (das ist dann Teil der relativ komplexen Lösung, die man gefunden hat) der Bildung einer Arbeitgeberreserve. Das macht ungefähr 23 Millionen Franken aus. Das ist sehr erfreulich, es dürfte aber einmalig bleiben. Ausser wir sanieren die Pensionskasse wieder, was wir jetzt nicht hoffen.

Dann haben wir eine sehr erfreuliche Entwicklung im Steuerertrag, von 18.2 Millionen über Budget. Natürliche Personen haben dazu 28.6 Millionen beigetragen, juristische Personen dafür ein Rückgang (das ist nichts Neues hier in Winterthur) von 11.6 Millionen und die Grundstückgewinne sind auch noch ein bisschen höher. Wenn Ihr die Weisung genau anschaut, steht dort «bereinigter Steuerertrag». Es hat noch eine relativ schwierig zu erklärende Buchung drin von gut 60 Millionen, was sehr relevant ist für die Zahlen, die wir haben. Im Steuerertrag, wo der Kanton, der mehr weiss bei gewissen Steuerpflichtigen als die Stadt Winterthur, sagte, die muss man sofort quasi wieder gegenbuchen. Man kann vermutlich (relativ sicher) davon ausgehen, dass das ein Steuerertrag ist, bei dem man davon ausgeht, dass man ihn nicht erhalten wird. Das ist wie bei jedem Geschäft, Du kannst so viele Schuldner haben, wie Du willst – wenn das Geld nicht da ist, um zu bezahlen, dann kommt es nicht. Das ist da bereits eliminiert.

Und dann haben wir 4.8 Millionen mehr als budgetiert im Finanzvermögen. Das ist das Vermögen, das man nicht zwingend braucht zur Erfüllung der Verwaltungsaufgaben. Das sind Neubewertungen von Liegenschaften, da gibt es eine kantonale Vorgabe, alle wie viele Jahre welcher Teil des Immobilienportfolios neu bewertet werden muss. Es gibt Buchgewinne aus Landverkäufen und es gibt höhere Mieteinnahmen – die Erhöhung des Referenzzinssatzes der Hypotheken schlägt auch bei den Einnahmen aus den Vermietungen durch.

ENTWURF

Wenn man das jetzt ohne Pensionskasse anschaut, dann haben wir einen Überschuss von 19.2 Millionen, der – grob gesagt – aus der geschäftlichen Tätigkeit ist; einfach ohne Stabilisierung der Pensionskasse. Ob 19 oder 22 Millionen, wir nehmen es gerne, die Stadt Winterthur kann es brauchen. Wenn wir die Steuererträge anschauen, dann sind diese am Steigen. Es steigen jetzt da vor allem die Erträge der natürlichen Personen. Ohne im Detail darauf einzugehen, kann man wahrscheinlich davon ausgehen, dass das auch zu tun hat mit den steigenden Einwohnerzahlen in Winterthur. Unerfreulich rot ist die Entwicklung der juristischen Personen. Die Grundstückgewinnsteuern bleiben hoch, das hat natürlich auch damit zu tun, dass die Grundstückpreise im Steigen begriffen sind.

Aufwand: Ich habe es vorhin gesagt, im Detail durch die Tabellen durchzugehen, ist im Moment etwas schwierig, also auf höchster aggregierter Ebene, auf Gesamtstadtebene. In den einzelnen Produktgruppen geht das aber schon. Es ist rein das Problem mit dem Stabilisierungspaket der Pensionskasse und der Sondereffekt, den ich ausgeführt habe, den man wieder storniert und quasi ausgebucht hat, hier voll durchschlagen. Ihr erinnert Euch vielleicht, ich habe das beim Budget erklärt: Eines der Probleme der Rechnung an sich (und das ist keine fehlerhafte Abbildung, sondern das sind kantonale Rechnungslegungsvorschriften) ist, dass wenn sich die Energiepreise ändern, verändern sich die Einnahmen und Ausgaben, v.a. von Stadtwerk, das Stromhandel betreibt. Man kauft im konkreten Fall jetzt 2024 Gas und Strom günstiger ein, als im Budget angenommen wurde. Und dann steigen die Ausgaben und es steigen die Einnahmen. Unglücklicherweise ist das Sachaufwand. Und zwar der gleiche Sachaufwand wie Kugelschreiber oder sonstiges Büromaterial. Man kann das wie nicht voneinander unterscheiden. Es wäre hilfreich, aber es ist nicht so. Trotzdem fällt auf der Aufwandseite auf: Wir haben Mehrausgaben für Schule und Kinderbetreuung von ca. 12 Millionen, vor allem in der Sonderschulung. Mehr Plätze, mehr Kinder, mehr Kosten. Und bei Familie und Betreuung, auch v.a. ausserschulische Betreuung. Wir haben einen positiven Effekt bei der Individuellen Unterstützung, das ist letztlich die Reduktion des Aufwands bei der Sozialhilfe und gewisse Rückerstattungen, die der Kanton macht. Ich glaube, dort schlagen auch prozessuale Verbesserungen im Sozialdepartement durch, neben weiteren Effekten. Und dann haben wir Mehraufwände für Jugendhilfe und für die Pflegefinanzierung. Das sind Sachen, bei denen die Vorgaben, wie man das zu machen hat, sehr weitgehend vom Kanton bestimmt sind.

Nettoinvestitionen: Also Geld, das man letztes Jahr investiert hat in Sachen, die man nicht letztes Jahr verbraucht hat. Weniger kompliziert: Gebäude sind normalerweise hier drin. Wir haben im Steuerhaushalt, also dem, was mit Steuern finanziert ist, 102 Millionen investiert. Schule und Betreuung, das konnte man überall lesen und wir haben es auch diskutiert – das sind vor allem Schulhäuser. Ein Schulhaus kostet 40-60 Millionen Franken. Wir haben vor einigen wenigen Sitzungen ungefähr 60 Millionen bewilligt für das Schulhaus Langwiesen. Und von diesen Schulhäusern haben und brauchen wir mehr.

Das ist die Investition. Und aus dem hinaus kommen in den nächsten Jahren, wenn das investiert ist, die Abschreibungen. Und diese sehen wir dann wieder in den Kosten der Stadt. Rund 38 Millionen für Schule und Betreuung (Schulhäuser), für Kultur und Freizeit 17.7 Millionen (Theater, Sportanlagen u.ä.). Gegenüber dem sind Strassenverkehrswege und Gewässerverbauungen dann schon bald bescheiden.

Wir haben dann die Eigenwirtschaftsbetriebe. Eigenwirtschaftsbetriebe sind etwas, das nicht durch die Steuern finanziert werden darf, sondern selbsttragend sein muss, also durch die Gebühren finanziert sind, welche die Leute, die Kunden dieses Eigenwirtschaftsbetriebs sind, zahlen müssen. Bei Stadtwerk ist das typischerweise der Energiepreis, bei Stadtbus ist es die Defizitgarantie des Kantons, dann die Entsorgungsgebühren, die Parkgebühren und die Taxen der Alterszentren. Da haben wir 65 Millionen investiert.

Es gibt ein paar Kennzahlen (für diejenigen, die es nicht lesen können: Teil A, Seite 175): Der Selbstfinanzierungsgrad ist der Anteil der Investitionen, die wir selbst finanzieren können. Da waren wir jahrelang irgendwo bei ca. zwei Dritteln, was der Kanton als problematisch anschaute. Das ist die Tabelle rechts. Und jetzt sind wir bei 109%. Was ist passiert? Zum einen

ENTWURF

haben die Erträge zugenommen, das ist das, was wir vorhin angeschaut haben. Das hat einen positiven Einfluss auf die Selbstfinanzierung. Und auf der anderen Seite sind die Nettoinvestitionen tiefer als man das in den entsprechenden Rechnungen und Budgets verbucht hat. Im kombinierten Effekt gibt das 109%. Weshalb habe ich das Gelb markiert? Das ist durchaus eine Wertung von mir. Das ist 2024 höchst erfreulich – und es wird vermutlich 2025 so nicht mehr passieren. Aber, wie ich schon gesagt habe: Wir nehmen das Geld gerne, wir können es brauchen.

Der Zinsbelastungsanteil ist tief. Das hat zwei Gründe: Das eine ist das Zinsniveau, das sehr tief ist. Das würde ändern, wenn die Zinsen steigen, danach sieht es aber im Moment nicht aus. Und das andere ist, dass das Finanzamt einige wirklich gute Finanzierungstransaktionen gemacht hat, auch auf eine gewisse Frist hinaus, bei der man das zwar nicht für immer hat, aber es doch für einige Jahre so gesichert ist.

Trüber sieht es aus bei allem, was mit Schulden zu tun hat. Der Nettoverschuldungsquotient (ein unglaublich kompliziertes Tier) zeigt der Anteil der Steuern, die nötig wären, um die Schulden abzutragen. Lesebeispiel: Rechnung 2023, die erste Spalte, 262%. Das heisst, man müsste 2 2/3 Jahre lang die Steuereinnahmen ausschliesslich für das Abtragen der Schulden verwenden. Und man müsste den gesamten Betrieb der Stadt einstellen, was natürlich unmöglich ist. Deshalb theoretisch. Auf diesem Niveau sind wir plus/minus schon länger. Wir sind jetzt ein bisschen tiefer, das hat wieder zu tun mit den höheren Steuereinnahmen. Aber wir sind immer noch in einem Bereich, den der Kanton als schlecht anschaut. Das Gleiche gilt für die Nettoschuld in Franken pro Einwohner. Das ist besser geworden, das hat etwas zu tun mit den 40 Millionen Gewinn. Einfach noch, um diese Zahl schön interpretieren zu können: Da sind also auch die Kleinkinder einbegriffen. Die Stadt hat also für eine vierköpfige Familie 36'000 Franken Schulden.

Der Antrag des Stadtrats (ein bisschen verkürzt, ich habe den Zahlenteil herausgenommen, der steht in der Weisung auf Seite 1): Die Jahresrechnung wird abgenommen, der Satz für die Einlagen in die Produktgruppen wird auf 10% festgelegt, die Globalrechnungen werden abgenommen, die Auswirkungen des Stabilisierungspakets Pensionskasse von 22.7 Millionen werden aus der Berechnung des mittelfristigen Ausgleichs herausgenommen. Ihr erinnert Euch vielleicht an die Budgetberatungen: Über ein paar Jahre hinaus muss die Rechnung der Stadt Winterthur aus gesetzlichen Gründen ausgeglichen sind, sonst muss man einnahmen- oder ausgabenseitige Massnahmen ergreifen. Und den Sonderfall von 22.7 Millionen würde man bei diesen Berechnungen nicht berücksichtigen. Die Sonderrechnungen der Stadt Winterthur werden genehmigt und der Geschäftsbericht wird genehmigt. Das ist der Antrag. Was hat die Aufsichtskommission daraus gemacht? Die Aufsichtskommission beantragt 11:0 die Zustimmung zu diesen 6 Anträgen. Auf welcher Basis? Erstens aufgrund der Weisung des Stadtrats mit den Beilagen, zweitens aufgrund der Revision der Finanzkontrolle. Die Finanzkontrolle stellt sicher, dass das Ganze buchhaltungsmässig aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften korrekt verbucht ist. Und die Finanzkontrolle beantragt Zustimmung. Dann haben wir den Revisionsbericht mit dem Leiter der Finanzkontrolle diskutiert. Die Mitglieder haben eigene Analysen gemacht und wir haben das mit dem Stadtrat und dem Finanzamt diskutiert. Und nicht zuletzt haben wir uns abgestellt auf die einstimmige Zustimmung der Sachkommissionen zu allen Rechnungen der Produktgruppen. Das ist ja ein Thema, das dezentral diskutiert wird. Das haben wir zur Kenntnis genommen und kamen zum Schluss, dem Parlament zu beantragen, die Rechnung 2024 zu genehmigen. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke vielmals, Christian, für die Vorstellung. Dann gehen wir jetzt über zur Diskussion im Plenum. Als erstes das Wort bekommt Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Besten Dank an Christian für das Vorstellen vom Geschäft.

Christian hat es präsentiert, die Jahresrechnung 2024 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von etwas über 40 Millionen ab. Dieses Resultat verdient sicherlich Anerkennung – nicht nur

ENTWURF

wegen der Zahlen, sondern auch wegen der dahinterliegenden Arbeit. Wir danken dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung für das Resultat in diesem sicherlich und auch weiterhin anspruchsvollen Umfeld.

Die grünliberale Fraktion begrüsst, dass sich die finanzielle Lage der Stadt im Jahr 2024 stabilisiert hat, respektive deutlich besser ausgefallen ist als budgetiert. Auch wenn der Abschluss zum Teil auf buchhalterische Effekte zurückzuführen ist, die das Ergebnis stark positiv beeinflusst haben. Doch auch ohne diese Einmaleffekte bleibt ein struktureller Überschuss bestehen – ein Zeichen für eine solide Finanzpolitik im Jahr 2024.

Wir sehen darin eine Chance – und auch eine Verantwortung. Der Überschuss darf nicht einfach versickern. Wir erwarten, dass ein wesentlicher Teil für den Schuldenabbau verwendet wird. Eine Reduktion der langfristigen Finanzverbindlichkeiten stärkt ganz klar die Resilienz der Stadt und schafft Spielraum für zukünftige Investitionen – insbesondere in Zeiten, in denen finanzielle Spielräume zunehmend unter Druck geraten. Und wenn man den Ausblick anschaut, so wird das sehr wahrscheinlich bald der Fall sein.

Gleichzeitig dürfen wir die ökologische Verantwortung nicht aus den Augen verlieren. Die Herausforderungen des Klimawandels machen auch vor Winterthur nicht halt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass ein Teil des Überschusses gezielt in nachhaltige Projekte fliesst: In die Förderung erneuerbarer Energien, in die energetische Sanierung, Stadtbegrünungen und in eine zukunftsfähige Mobilität.

Besorgt sind wir über die weiterhin stark steigenden Kosten in den Bereichen Schule, Betreuung, Soziales und Gesundheit. Diese Entwicklungen sind stark durch kantonale Vorgaben getrieben und entziehen sich der direkten Steuerung durch die Stadt. Dennoch müssen wir hier genau hinschauen und Einfluss nehmen.

Die Investitionstätigkeit der Stadt ist mit einem Realisierungsgrad von 78 Prozent solide, aber es gibt Luft nach oben. Projektverzögerungen – wie bei der Sanierung von Liegenschaften – müssen kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig begrüssen wir, dass im Bereich Schule und Betreuung am meisten investiert wurde. Bildung ist und bleibt eine zentrale Zukunftsaufgabe. Abschliessend halte ich gerne fest: Die Jahresrechnung 2024 zeigt, dass Winterthur im Jahr 2024 auf einem guten Weg gewesen ist. Doch dieser Weg verlangt weiterhin Weitsicht, Mut zur Priorisierung und ein klares Bekenntnis zu ökologischer und finanzieller Nachhaltigkeit. Die grünliberale Fraktion wird sich weiterhin konstruktiv und lösungsorientiert für eine lebenswerte, innovative und verantwortungsbewusste Stadt einsetzen. Besten Dank.

A. Büeler (Grüne/AL): Ich kann mich da in vielen Punkten gleich Samuel anschliessen. Die Rechnung 2024 schliesst mit einem erfreulichen Ertragsüberschuss ab – und liegt fast 47 Millionen über Budget. Besonders stechen die höheren Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen ins Auge. Ebenfalls positiv beurteilen wir, dass das gute Ergebnis nicht zu Lasten eines tiefen Realisierungsgrades bei den Investitionen ins Verwaltungsvermögen fällt. Der ist bei 78% ziemlich hoch, er war in den Vorjahren auch schon deutlich tiefer. Ein grosser Teil vom Überschuss ist aber auf die vorher erwähnten Sondereffekte zurückzuführen.

Nach einer Fast-Punktlandung für das 2023 sehen wir fürs 2024 wieder ein vertrautes Muster: Einer vorsichtigen Budgetierung folgt ein deutlich besseres Ergebnis. Bezüglich Sondereffekte wollen wir nochmals betonen, was wir schon zu früheren Abschlüssen gesagt haben: Die Sondereffekte sind zwar formal schon einmalig, wirken sich aber faktisch praktisch jedes Jahr auf die Rechnung aus. Solche systematischen Effekte gehören künftig in die Budgetierung miteinbezogen.

Dann zum Ausblick: Die finanzielle Lage von Winterthur bleibt trotz dem Plus angespannt. Es besteht ein grosser Erneuerungs- und Entwicklungsbedarf bei der Infrastruktur. Investitionen für zentrale Leistungen im Bildungs-, Sozial-, Wohn- und Klimabereich bleiben wichtig. Unsere Stadt ist attraktiv und wächst, was zusätzlichen Bedarf von Schulraum auslöst. Hier wird vieles vom Kanton vorgegeben, was den kommunalen Spielraum begrenzt, gerade auch für den erwünschten Schuldenabbau.

Dafür gibt es aber auch keinen Spielraum für kantonalen Steuerwettbewerb auf Kosten der Städte. In diesem Zusammenhang danken wir der Winterthurer Stimmbevölkerung herzlich

ENTWURF

für das deutliche «Nein» zur kantonalen Senkung der Unternehmensgewinnsteuer am 18. Mai 2025.

Ebenfalls sehr kritisch beurteilen wir das Anliegen des Regierungsrates, den Kanton Zürich künftig an den kommunalen Grundstückgewinnsteuern zu beteiligen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass sich der Stadtrat in seiner Vernehmlassungsantwort gemäss Stadtratsbeschluss unmissverständlich gegen dieses Vorhaben ausgesprochen hat. Wir fordern ihn auf, in dieser Haltung standhaft zu bleiben und sich weiterhin beim Kanton konsequent für eine faire Finanzierung im Interesse von Winterthur einzusetzen.

In diesem Sinne danken wir dem Stadtrat und allen städtischen Mitarbeitenden für ihr grosses Engagement im vergangenen Jahr. Die Fraktion Grüne/AL stimmt der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht zu. Herzlichen Dank.

Ch. Hartmann (SVP): Wir haben es gehört: Die Rechnung schliesst gut ab. Das ist sehr erfreulich. Ob es jetzt 42 oder 19 Millionen sind, wir nehmen alles.

Der Überschuss ist erfreulich und wir brauchen ihn dringend. Wir brauchen ihn nämlich dringend für die anstehenden Investitionen. Das reicht aber nicht. Es sind endlich spürbare Kostenreduktionen vorzunehmen, sonst haben wir sowieso einen Finanzierungsengpass. Die geplanten Schulhäuser, die neuen Kehrrichtverbrennungs- und Abwasserreinigungsanlagen für Winterthur sind wichtig, diese müssen wir finanzieren. Es müssen mehrere Hundert Millionen Franken investiert werden.

Zum Sparen gehört aber auch die Überprüfung von Standards, wie z.B. die Vorgabe von Nebenräumen bei Schulzimmern (in der Regel gibt es ja mehr Nebenräume als Schulzimmer). Standards, damit wir uns nicht falsch verstehen, sind häufig sinnvoll. Sie vereinfachen nämlich auch sehr vieles, wenn man sich nicht jedes Mal etwas überlegen muss. Aber manchmal (häufig) sind sie auch nur eine bequeme Ausrede für die wirklich schönen Luxus-Lösungen. Der Stadtrat hat bei der Präsentation der Rechnung 2023 eine strikte Priorisierung der Bedürfnisse versprochen. Dieser Satz findet sich auch in der Rechnung 2024. Damals hat übrigens, als wir das diskutiert haben, auch die SP-Fraktion das gefordert. Leider ist davon nicht viel zu spüren. Gegen die von der SVP unterstützte und vom Parlament beschlossene Priorisierung von Schulhäusern hat sich der Stadtrat ziemlich heftig gewehrt, um dann umgehend eine relativ blutleere Schulhausstrategie nachzuschieben. Eine Priorisierung ist dort nicht zu sehen. Priorisieren heisst nicht, zu entscheiden, was wichtig ist. Priorisieren heisst, zu entscheiden, was nicht so wichtig ist. Das ist anspruchsvoll, weil alles – fast alles – für irgendjemanden wichtig ist. Aber das ist halt die Führungsaufgabe des Stadtrates. Wenn es der Stadtrat nicht führt – das Parlament ist nur die zweitbeste Lösung dazu. Sollte der Stadtrat aber (und sollte ich ihm Unrecht tun) tatsächlich Prioritäten setzen, dann macht er das sehr diskret. Nämlich so, dass ich es nicht merke. Vertrauen schaffen geht anders: Eine Veröffentlichung der Priorisierung – ob ganz öffentlich oder in einer Kommission – würde da Klarheit schaffen.

Zum Ausblick: Der Stadtrat fokussiert in der Weisung auf steigende Kosten von Schule, Betreuung, Soziales und Gesundheit. Aber viel mehr als Lamentieren ist das nun auch nicht. Natürlich, der Kanton gibt viel vor. Aber die Umsetzung davon ist immer noch in Winterthur. Und dann sind wir wieder bei der Umsetzung mit der Goldkante. Es gibt Sachen, das weiss jeder von uns, von Zuhause, vom Geschäft: Man kann etwas machen, mit hoher Qualität, mittlerer Qualität oder halt ein bisschen bescheidener. Und ja, man kann auch zu bescheiden sein. Wir sagen nicht, man müsse totsparen – aber man muss sich immer überlegen: Braucht es das effektiv? Was passiert, wenn man nicht ganz so viel Geld für etwas ausgibt?

Man muss ja nicht zwingend bei den Ausgaben sparen. Das tönt jetzt vielleicht von der SVP her etwas aussergewöhnlich. Man könnte auch probieren, grössere juristische Personen als Steuerzahler zu gewinnen, statt sie zu vertreiben.

Es ist klar: Sparen und Steuerzahler anziehen gehört ganz offensichtlich noch nicht zur DNA des Stadtrats. Vielen Dank.

ENTWURF

F. Kramer-Schwob (EVP): Vielen Dank, Christian, für das Vorstellen der Rechnung. Es war gut, bei den Rechnungs-Lesungen die Amtsleiterinnen und Amtsleiter zu treffen und als Kommissionen nebst den nackten Zahlen auch aus den Geschäftsberichten zu hören, wie es ihnen und ihren Ämtern geht. Danke für den Einblick und die Arbeit an der Rechnung. Wir halten uns kurz: Das Ergebnis ist sehr erfreulich und tut dem Eigenkapital der Stadt sehr gut. Wir sind froh darum.

Andi hat es gesagt: Das Ergebnis entspringt nicht nur einer geschickten Steuerung, sondern hat auch etwas Zufälliges oder Ungenaues. Als Parlament möchten wir die Finanzen eigentlich steuern und nicht von den Finanzen gesteuert werden. Ich gehe stark davon aus, dass es dem Stadtrat auch so geht. Und deshalb bleibt das sicher eine grosse Aufgabe, da dranzubleiben, um genauer zu werden. Wir dürfen aber auch im Hinblick auf die Budgetdebatten, die oftmals hitzig sind, den Ball etwas flach halten und ein bisschen Mut fassen, dass es oftmals besser kommt als erwartet.

Schwierig sind immer noch die Schulden, die ungefähr 1.4 Milliarden im Total betragen. Wenn man es auf den Einwohner hinunterrechnet, verschleiert das ja ein bisschen die gewaltige Summe. Das Gemeindeamt hat gerade letzte Woche geschrieben, dass die Gemeinden im Kanton keine allzu erdrückenden Schuldenlasten hätten. Einen Grossteil der Schulden insgesamt würden nämlich die Grossstädte Zürich und Winterthur tragen. Tja, und das betrifft dann eben uns. 1.4 Milliarden sind fast ein Jahresbudget der Stadt. Dies führt dazu, dass die Eigenkapitalquote immer noch viel zu tief ist.

Aber wir sind keine Schwarzmalerei, wir dürfen heute ein sehr gutes Rechnungsergebnis annehmen. Im Geschäftsbericht konnten wir ganz vieles über gelingende Projekte in der Stadt lesen, da steckt viel wertvolle Arbeit drin. Das freut uns und es gilt gleichzeitig, an den Finanzen und der Steuerbarkeit der Finanzen dran zu bleiben.

Als EVP treten wir auf die Rechnung ein und nehmen sie mit Dank an die Verwaltung und den Stadtrat ab.

Ch. Maier (FDP): Ich bin das Sprachrohr von Raphael Tobler, der offensichtlich nicht da ist heute Abend.

Das Ergebnis dieser Rechnung kann man für uns relativ kurz und einfach zusammenfassen: Die Zahlen sind schön, aber die Realität ist besorgniserregend.

Das Ergebnis, respektive der Überschuss von 41,9 Millionen Franken, beruht auf einmaligen buchhalterischen Effekten. Das heisst, es sieht gut aus, aber es ist nicht gut. Darüber wurde auch bereits in den Medien berichtet. Das Ergebnis beruht leider nicht auf nachhaltigen Effekten, sondern auf einmaligen Effekten. Und die strukturellen Probleme bleiben aus unserer Sicht ungelöst.

Strukturelle Probleme? Ja, zum Beispiel, dass die Stadt Winterthur ca. 1,6 Milliarden Schulden hat und pro Jahr ca. 20 Millionen Franken Schuldzinsen bezahlt. Oder dass die Stadt im operativen Geschäft mehr ausgibt als sie einnimmt, wie man das im FAP der kommenden Jahre sieht. Und das, obwohl die Einnahmen mit einem Steuerfuss von 125% bereits am Limit sind von dem, was man sich erlauben kann. Wir haben also ein Ausgabenproblem.

Hier fehlt uns leider ein klarer Plan vom Stadtrat für die kommenden Jahre. Und wenn in den kommenden Jahren die buchhalterischen Effekte einmal ausbleiben sollten (was zu erwarten ist), dann wird das Ergebnis wirklich erschreckend.

Unser Handlungsspielraum ist leider sehr limitiert. Immerhin ist es der Mehrheit im Parlament für das Budget 2025 gelungen, hier ein bisschen korrigierend einzugreifen und ca. 7 Millionen weniger auszugeben im 2025. Wir sind dann auf die Rechnung gespannt.

Wir nehmen die Rechnung und den Geschäftsbericht selbstverständlich sehr positiv und dankbar zur Kenntnis und wir bedanken uns an dieser Stelle bei allen Mitarbeitenden der Stadt Winterthur für ihre Arbeit, die sie im letzten Jahr geleistet haben. Danke vielmals.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Christian, für das Vorstellen der Jahresrechnung. Die vorliegende Jahresrechnung 2024 mag auf den ersten Blick glänzen, doch bei genauerer Betrachtung zeigt sich: Nicht alles, was glänzt, ist auch Gold. Das positive Ergebnis ist leider

ENTWURF

nicht primär auf eigene Anstrengungen und gesteigerte Leistungen zurückzuführen. Aber natürlich macht es dem Finanzminister Freude, wenn er vor den Wahlen einen positiven Jahresabschluss präsentieren kann. Trotzdem stellt sich die Frage: «Haben wir Winterthurerinnen und Winterthurer Steuern auf Vorrat bezahlt?»

Mit Sorge stellt Die Mitte/EDU-Fraktion zudem fest, dass die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen optimistisch budgetiert und dann doch nicht erreicht worden sind. Dies ist für uns ein Alarmzeichen, dass die wirtschaftliche Basis von Winterthur nicht wächst, sondern unter Druck ist. Wenn wir wirklich eine funktionierende Wirtschaft und genügend attraktive Arbeitsplätze in Winterthur wollen, braucht es mehr als nur optimistische Prognosen im Budget über die Einnahmen. Hier fordern wir vom rot-grün dominierten Stadtrat echten Einsatz! Die Winterthurer Wirtschaft braucht bessere Rahmenbedingungen – angefangen bei weniger Bürokratie, schnelleren Bewilligungen bis hin zu genügend Parkplätzen.

In den Kommissionen haben wir sowohl positive wie auch negative Beispiele in Bezug auf die Haushaltsführung festgestellt. Es gibt Produktgruppen, die ihre Kosten unterschritten und ihre Leistungen sogar verbessert haben – und das teils mit nicht vollständigem Personalbestand. Dies zeigt, dass sorgfältiger Umgang mit den finanziellen Mitteln und das Setzen von Prioritäten möglich sind.

Was uns jedoch auch grosse Sorgen bereitet, sind jene Produktgruppen, die unbesetzte Stellen mit teuren externen Personen besetzen und so ihre Budgets massiv überziehen. Noch besorgniserregender ist jedoch der Eindruck, dass unsere Anliegen, die wir im Rahmen des Budgets und mit Anträgen durchbringen, in der Jahresrechnung schlicht ignoriert werden. Das ist weder vertrauensbildend noch im Sinne der Demokratie. Wer sich anstrengt, kreativ ist und Prioritäten setzt, kann sein Budget einhalten – andere Produktgruppen haben dies eindrücklich bewiesen.

Ein weiterer massiver Kostenblock, das haben wir gesehen, sind die weiterhin stark steigenden Ausgaben für die Schulen, insbesondere für die Sonderschulen. Es ist auch hier zu einfach, ausschliesslich dem Kanton die Schuld zuzuschieben. Oft sind es genau dieselben Parteien, die im Stadtrat die Mehrheit haben, welche im Kanton Vorstösse einreichen oder unterstützen, die zu weiteren Kostensteigerungen führen. Ich möchte da nur als Beispiel des Teamteaching an Volksschulen oder individuell Lernen an der Volksschule mit unentgeltlicher Betreuung erwähnen. Das Schuldepartement muss endlich Führungsstärke zeigen und konkrete Massnahmen ergreifen, um die steigenden Schul- und Sonderschulkosten in den Griff zu bekommen

Die Mitte/EDU-Fraktion wird der Jahresrechnung und dem Geschäftsbericht 2024 zustimmen und sie genehmigen. Danke.

M. Gnesa (SP): Ich danke Christian Hartmann für die Vorstellung der Rechnung 2024.

Die Stadt Winterthur schliesst, das haben wir gehört, mit einem Ertragsüberschuss von rund 42 Millionen Franken ab. Das ist zunächst einmal sehr erfreulich und in der anhaltend angespannten finanziellen Lage der Stadt nicht selbstverständlich. Zurückzuführen ist das gute Ergebnis, das haben wir auch schon gehört, zum Teil aus einem buchhalterischen Effekt aufgrund der Auflösung der Rückstellung des PK-Sanierungsbeitrags. Aber auch nach Bereinigung von Einmaleffekten verbleiben über noch über 18 Millionen an realem Gewinn, die zurückzuführen sind auf höhere Steuereinnahmen von natürlichen Personen und auf höhere Quellensteuer-Erträge.

Die meisten Produktgruppen schliessen das Rechnungsjahr 2024 mit einem positiven Ergebnis oder mit leicht negativem Ergebnis, Abweichungen sind jeweils gut erklärbar.

Auffällig sind die weiter gestiegenen Ausgaben im Bereich Schule und Kinderbetreuung, die noch stärker gestiegen sind als budgetiert. Die Mehrausgaben betreffen die Produktgruppen Sonderschulung, Familie und Betreuung und Volksschule. Dabei haben die drei neu als Eigenwirtschaftsbetriebe geführten Sonderschulen positiv abgeschlossen, dank hoher Auslastung. Im steuerfinanzierten Teil der Sonderschulung gab es hingegen ein negatives Ergebnis aufgrund der höheren Fallzahlen. In der schulergänzenden Betreuung sind die Betreuungsstunden gegenüber dem Vorjahr merklich angestiegen, und dies führt zu Mehrkosten. Bei der

ENTWURF

Volksschule konnten die höheren Kosten für das kantonal angestellte Lehrpersonal und Schulleitungen z.T. durch geringere Kosten kompensiert werden. Es zeigt sich einmal mehr, dass die Kosten im Bereich der Schulen kaum beeinflusst werden können; sie betreffen wichtige Aufgaben, nicht nur die Schule, sondern auch die Betreuung. Auch in den kommenden Jahren werden im Schulbereich die Kosten voraussichtlich weiter steigen.

Im Bereich Soziales und Gesundheit sind die Nettokosten stärker gestiegen als angenommen, was insbesondere auf die Pflegefinanzierung zurückzuführen ist. Die höheren Kosten bei der Pflegefinanzierung sind hauptsächlich auf eine höhere Nachfrage nach ambulanten und stationären Pflegeleistungen zurückzuführen. In diesem Bereich zeigt sich der demographische Wandel deutlich, was aber nicht nur in Winterthur so ist, sondern in anderen Gemeinden ebenfalls zutrifft. Im Bereich der individuellen Unterstützung ist ein deutlich besseres Ergebnis als budgetiert erzielt worden. Die erfreuliche Verbesserung gegenüber dem Budget ist auf Minderausgaben sowie höhere Rückerstattungen des Kantons im Bereich der Sozialhilfe zurückzuführen.

Im Bereich der Jugendhilfe wurde das Budget überschritten. Das ist grossmehrheitlich auf höhere Ausgaben zurückzuführen, die das kantonale Kinder- und Jugendheimgesetz vorsieht. Das zweckfreie Eigenkapital ist um rund 49 Millionen gestiegen auf 282 Millionen; die Eigenkapitalquote ist aber mit 12% immer noch tief.

Der hohe Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung führt zu einem sehr erfreulichen Selbstfinanzierungsgrad von 109%. Die Nettoschuld pro Einwohner, das haben wir auch schon gehört, ist um rund 500 Franken gegenüber dem Budget gesunken, was ebenfalls erfreulich ist. Die tiefere Nettoschuld pro Einwohner ist auch auf die Zunahme der Bevölkerung zurückzuführen.

Die getätigten Investitionen im Verwaltungsvermögen belaufen sich auf 167 Millionen und sind damit im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, und auch der Realisierungsgrad von 78% ist positiv, er kann aber auch noch gesteigert werden. Am meisten wurde im Bereich Schule und Betreuung investiert.

Aus der Bewirtschaftung des Finanzvermögens ergeben sich im Berichtsjahr höhere Erträge gegenüber dem Budget. Zu erklären sind diese durch Neubewertungen von Liegenschaften nach Sanierungen, Buchgewinne aus Landverkäufen und höhere Mieteinnahmen zufolge Erhöhung des Referenzzinssatzes.

Wir begrüßen diese positive Entwicklung. Die Instandstellung und der dringende Erneuerungsbedarf der städtischen Infrastruktur ist aus Sicht der SP für die Lebensqualität in Winterthur von eminenter Bedeutung. Umso erfreulicher ist es, dass im Bereich des Verwaltungsvermögens Projekte vorangetrieben werden konnten, welche die Attraktivität von Winterthur fördern. Denn finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet auch, nötige Investitionen in die Zukunft zu tätigen - nicht nur in die Infrastruktur, sondern auch in ökologisch und klimapolitisch bedeutsamen Projekten. Das gute Ergebnis gibt der Stadt Winterthur den nötigen finanziellen Spielraum zur Wahrnehmung der anstehenden Herausforderungen eines anhaltenden Bevölkerungswachstums und der damit einhergehenden wachsenden städtischen Aufgaben.

Die finanzielle Perspektive der Stadt Winterthur bleibt dennoch eine Herausforderung. Die höheren Ausgaben bei Schule, Kinderbetreuung und der Pflegefinanzierung, welche die Stadt Winterthur in Zukunft bewältigen müssen, sind eine Realität. Die Mehrbelastungen in diesen Bereichen (Schule, Betreuung, Soziales und Gesundheit) sind weitgehend durch den Kanton bestimmt, ein Handlungsspielraum ist kaum vorhanden. Im Bereich der Schule plant der Kanton weitere gesetzliche Anpassungen, die eine Kostenzunahme zulasten der Gemeinden bedeuten würden. Mit den Themen Schule und Alter wird die Stadt Winterthur nicht nur bei den laufenden Ausgaben, sondern auch im Bereich der Investitionen in den nächsten Jahren konfrontiert sein. Sparmöglichkeiten zur Erhöhung des zweckfreien Eigenkapitals werden in den kommenden Jahren wohl schwierig bis unmöglich sein. Die finanziellen Herausforderungen, vor denen Winterthur steht, bedingen eine konsequente Priorisierung der verschiedenen Vorhaben; im Weiteren müssen wir uns alle für eine faire Lastenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden einsetzen.

ENTWURF

Die Gefahr, dass die Unternehmenssteuersenkung für juristische Personen die dortigen Steuereinnahmen sinken lassen würden, ist gebannt durch den erfreulichen Ausgang der Volksabstimmung vom 18. Mai 2025. Den Ausfall hätte man mit den Steuern der natürlichen Personen kompensieren müssen.

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umsichtige Finanzsteuerung und dem Finanzdepartement für die sorgfältige Aufbereitung der Zahlen und die transparente Begründung der Abweichungen. Wir danken zudem der städtischen Verwaltung, sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt für ihre Arbeit und den guten Umgang mit den verfügbaren Ressourcen.

Wir beantragen Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichts 2024, nehmen diese positiv zur Kenntnis und stimmen den Anträgen des Stadtrates zu.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte mich für die intensive Auseinandersetzung mit der Rechnung bei Ihnen allen bedanken und auch für die Präsentation. Es war tatsächlich dieses Jahr nicht ganz einfach, gewisse Spezialeffekte zu verstehen. Ich möchte mich auch bei der Verwaltung bedanken, d.h. natürlich beim Finanzamt und bei allen Finanzfachleuten für das Erstellen der Rechnung, aber auch bei allen anderen Mitarbeitenden, die mit ihrer Arbeit für die Bevölkerung dazu beigetragen haben, dass wir diese Leistung erbringen konnten. Das sieht man nämlich alles in diesen Büchern, in diesem Rechnungsabschluss, was alles geleistet wurde. Für die Stadt, von den Menschen, die von uns allen angestellt sind. Vielen Dank an dieser Stelle.

Allgemein ist es natürlich so, 42 Millionen Franken Ertragsüberschuss sind erfreulich, keine Frage. Aber übermässige Freude hat der Finanzminister – entgegen der Aussage der Mitte – nie gezeigt. Und zwar aus dem einfachen Grund: Darin gibt es, wie es schon geäussert wurde, Einmaleffekte und strukturelle Herausforderungen, die wir auf uns zukommen sehen, bleiben trotz dem guten Ergebnis bestehen. Das haben wir alles geäussert und auch aufgezeigt in der Weisung und in den Rechnungsbüchern.

Ich möchte zwei kleine Themen aus der Debatte aufnehmen – respektive so klein sind sie, je nachdem, vielleicht nicht. Aber es ist mir wichtig, dazu ein paar Einordnungen aus unserer Sicht zu machen.

Das erste ist die Diskussion über die Verschuldung. Es wurde erwähnt, im Kanton Zürich ist der grösste Teil der Verschuldung bei den zwei grossen Städten Zürich und Winterthur. Das ist kein Zufall. Und das hat auch nicht mit den Mehrheiten zu tun. Sondern das hat mit dem einfachen Fakt zu tun, dass diese beiden Städte einen grossen Teil der Infrastruktur für den ganzen Kanton mit zur Verfügung stellen und unterhalten. Einerseits in der Zentrumsfunktion, aber auch z.B. weil wir Dienstleistungen für andere Gemeinden erbringen, im Steuerbereich zum Beispiel, weil es einfach Sinn macht. Weil es Sinn macht, dass man gewisse Leistungen bündelt, weil es dann effizienter ist. Deshalb ist auch ein solcher Nettoverschuldungsquotient sehr schwierig zu vergleichen mit anderen Städten oder Gemeinden, weil in unseren Nettoschulden sind nicht nur die steuerfinanzierten Schulden, sondern auch das gebührenfinanzierte Fremdkapital, wo z.B. Zinsen durch den Gebührenhaushalt getragen werden. Also wenn man sagt, man nimmt die Nettoschuld und stellt diese dem Steuerertrag gegenüber, das greift einfach zu kurz respektive man kann diese Zahl analysieren, aber wenn man sie nachher vergleichen möchte mit anderen Gemeinden, dann muss man sich dessen bewusst sein und vorsichtig sein in dieser Analyse.

Die zweite Diskussion, die ich kurz anschnitten möchte, ist die Verwendung dieser Überschüsse im weitesten Sinn. Es wurde auf der einen Seite gesagt, man solle diese Überschüsse nutzen, um Schulden abzubauen und für Investitionen in nachhaltige Bereiche. Und andere fanden, man solle diese nutzen, um Steuern zu senken, respektive «Steuern auf Vorrat» war das Stichwort. Das führt übrigens beides zum Gleichen. Wenn wir das Buchgeld ausgeben, das wir im Endeffekt hatten durch diese Einmaleffekte, insbesondere die Bucheffekte, die wir hatten, oder wenn wir es nutzen, um Steuern zu senken, dann passiert einfach eines: Das Geld ist nämlich nicht da, das ist Buchgeld; das Geld haben wir nicht auf irgendeinem Konto. Das führt dazu, dass wir mehr Fremdkapital aufnehmen müssten. Und das wurde

ENTWURF

auch mehrfach geäussert, dass das nicht wünschenswert wäre. Auch das ist mir ganz wichtig: Die Überschüsse, die 42 Millionen, liegen nicht irgendwo auf einem Konto und wir könnten überlegen, was wir Schönes damit machen. Ein grosser Teil davon sind Buchgewinne und wir können diese weder ausgeben noch dazu nutzen, Steuern zu senken.

Was können wir überhaupt machen in diesem Moment? Schule wurde genannt. Vielleicht da noch einen kurzen, wichtigen Aspekt, wie viele Freiheiten wir haben in der Schule und wie stark das als «Gejammer» angeschaut werden kann: Wir haben einmal angeschaut, wie sich die Kosten pro Schülerin und Schüler (ich glaube, das ist eine gute Grösse) entwickelt in den städtischen Gemeinden im Kanton Zürich und in den ländlichen Gemeinden im Kanton Zürich in den letzten paar Jahren entwickelt haben. In den letzten 10 Jahren haben sich die Kosten pro Schülerin und Schüler überall in etwa gleich entwickelt, was zumindest ein starkes Indiz dafür ist, dass der Treiber für die starke Kostenentwicklung nicht hausgemacht ist. Ich nenne es mal Indiz, man kann dem auch näher auf den Grund gehen, aber wenn es sich überall gleich bewegt, ist das ein starkes Indiz dafür.

Also, was können wir machen? Wir müssen unsere Aufgaben weiterhin klar priorisieren. Dafür braucht es uns alle, da kann man nicht nur den Stadtrat nennen. Da kann man auch ein Beispiel nehmen, das zweite Hallenbad ist ein solches Beispiel. Es braucht uns alle, um die Bedürfnisse zu priorisieren, am Schluss kann der Stadtrat das auch nicht alles alleine bestimmen. Wenn wir aber wirklich einen finanziellen Unterschied machen wollen für Winterthur, die ganz grossen Hebel, dort können wir zusammenspannen, haben wir heute, wenn wir dafür sorgen, dass der Zentrumslastenausgleich nicht zu unserem Nachteil verändert wird, wenn wir dafür sorgen, dass im Bildungsbereich endlich gilt «Wer zahlt, befiehlt» - dass dort, wo die Entscheidungen gefällt werden, auch mehr von den Kosten getragen werden -, und wenn wir zusammen verhindern, dass der Kanton Zürich zu allem anderen dazu noch ein Viertel unserer Grundstückgewinnsteuern holt. Dort können wir den ganz grossen Unterschied für die Stadt Winterthur machen, dort können wir zusammenspannen. Ich lade Sie ein, zusammen mit mir genau für diese Sachen zu kämpfen.

Und jetzt bedanke ich mich im Voraus für die wohlwollende Abnahme dieser Rechnung. Besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Kaspar. Es hat sich zwar aus den Voten nicht ergeben, dass jemand noch Änderungen hätte, aber der Korrektur halber gehen wir im Teil B trotzdem noch schnell alle Produktgruppen durch, aber auf Departementslevel, damit wir da schnell durchkommen.

Gibt es noch Anträge oder Bemerkungen zu den Produktgruppen des Departement Präsidiales? – Das ist nicht der Fall.

Zu den Produktgruppen des Departement Finanzen? – Ebenfalls nicht.

Des Departements Bau und Mobilität? – Auch nicht.

Zum Departement Sicherheit und Umwelt? – Auch das ist nicht der Fall.

Dann haben wir das Departement Schule und Sport?

Das Departement Soziales?

Das Departement Technische Betriebe?

Behörden und Stadtkanzlei?

Es scheint nicht der Fall zu sein, dass jemand etwas zu sagen hat. Also haben wir das durch und sind reif für die Schlussabstimmung.

Da möchte ich auch beliebt machen, da niemand negative Kenntnisnahme oder etwas anderes beantragt hat, dass wir alle 6 Anträge in einem abstimmen. Hat da jemand einen Einwand dagegen? Möchte jemand einzeln abstimmen über die Anträge? – Das ist nicht der Fall.

Somit kommen wir nun zur Abstimmung.

A= Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Jahresrechnung wurde mit 54:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig zugestimmt, herzlichen Dank.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.64: Tätigkeitsbericht 2024/25 der Finanzkontrolle

Parlamentspräsident Ph. Weber: Tätigkeitsbericht 2024/25 der Finanzkontrolle. Für die Vorstellung hat das Wort die Referentin der AK, Iris Kuster.

I. Kuster (AK): Ich darf Euch den Jahresbericht der Finanzkontrolle vorstellen. Sie zeigt in ihrem Tätigkeitsbericht auf, was sie im Berichtsjahr alles geleistet hat. Patrik Jakob, Leiter der Finanzkontrolle, geht in seinem Editorial auf das Thema «Risiko» ein. Der Stadtrat hat Ende Dezember 2024 einen gesamtstädtischen Risikomanagementprozess initiiert, aber auch die FiKo widmet sich dem Thema Risiko. Sie führt eigene Risikoanalysen und -beurteilungen über sämtliche organisatorische Einheiten der Stadtverwaltung durch. Die Erkenntnisse der Stadtverwaltung sollen dann in ihre Arbeit einfließen, so dass die Risikoorientierung erhöht wird – aber auch der Mehrwert der Arbeit der Finanzkontrolle.

Die Zusammenarbeit mit der Verwaltung war im Berichtsjahr in der Regel positiv. Und die Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und den Finanzverantwortlichen war positiv. Er schreibt, sie war offen, konstruktiv und professionell.

Ich komme nun zur Revision der Jahresrechnung. Das ist die grösste Revision, welche die Finanzkontrolle durchführt - dieses Mal die Jahresrechnung 2024. Dazu erstellt sie einen Kurzbericht und einen umfassenden Bericht. Der umfassende Bericht ist für die Kommission des Stadtparlaments und den Bezirksrat. In diesem Bericht sind wichtige Feststellungen aufgeführt, so auch wiederum die fehlende Bewilligung für einen Mieterlass. Auch die Anzahl nicht behobener Vorjahresfeststellungen ist gestiegen.

Den Kurzbericht hat Christian bereits vorgestellt, dass dieser wichtig ist und was die Finanzkontrolle alles geprüft hat und dass sie die Abnahme empfiehlt.

Dann kommen wir zu den Revisionen der Finanzaufsicht. Die FiKo hat im Berichtsjahr insgesamt 11 Finanzaufsichtsprüfungen, eine Geldverkehrsprüfung sowie 8 externe Revisionen gemacht; so dass insgesamt 21 Revisionen abgeschlossen worden sind, zwei sind noch am Laufen. Sie hat aber auch noch 59 Mitberichte zu Kreditabrechnungen oder anderen Finanzthemen gemacht.

Hier eine Übersicht über die Gesamtbeurteilungen der geprüften Bereiche und die definierten Schwerpunkte. Es hat im Berichtsjahr – was erfreulich ist - keine ungenügenden oder mangelhaften Bewertungen gegeben. Und man sieht, die Mehrheit der Prüfungen weist eine gute Gesamtbeurteilung aus.

Dann kommen wir noch zu den Produktegruppen- und Schwerpunktprüfungen: Hier seht Ihr, was die hauptsächlichen Beanstandungen waren. Am meisten Bemerkungen hat es bei der Ordnungs- und Rechtmässigkeit gegeben, das können z.B. Feststellungen von Mängeln bei der Kalkulation von Gebühren oder internen Verrechnungen sein.

Wie wurden jetzt die ganzen Feststellungen umgesetzt?

Im Zeitraum von 2020 – 2024 wurden von den insgesamt 390 Anträgen 287 Anträge erledigt. Von den 103 offenen Anträgen sind 50 noch gar nicht fällig, 34 seit 6 oder weniger Monaten - und 13 sind seit über einem Jahr fällig, was etwa 4% entspricht.

Die FiKo leistet zusätzlich zu den bereits erwähnten Bereichen noch vieles mehr. Sie wird oft beigezogen zur Unterstützung und Beratung bei Anliegen aus dem Finanz- und Rechnungswesenbereich, so z.B. beim Projekt WinRP oder der neuen Finanzbuchhaltung wo sie u.a. die Eröffnungsbilanz 2025 geprüft hat.

Ein weiterer Bereich, den die FiKo zusammen mit der Ombudsstelle betreut, ist der elektronische Postkasten für Whistleblowing. Da gab es im Berichtsjahr sehr wenige Meldungen bei der FiKo.

Patrik Jakob hat der Aufsichtskommission Bericht über die Tätigkeit der FkKo erstattet. Er konnte uns alle Fragen vollumfänglich und zufriedenstellend beantworten.

Die AK dankt Patrik Jakob und seinem Team ganz herzlich für ihre grosse und gute Arbeit.

ENTWURF

Die Aufsichtskommission hat den Bericht einstimmig und positiv zur Kenntnis genommen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Iris. Dann ist die Diskussion jetzt offen für die restlichen Mitglieder der AK und nachher die restlichen Parlamentsmitglieder. Das Wort hat als Vertreter für Raphael Tobler Christian Maier (FDP).

Ch. Maier (FDP): Raphael schreibt hier «Ich kann mich meinen Vorrednern anschliessen.» Das sage ich jetzt nicht. Stattdessen vielen Dank an Patrik Jakob und sein Team für den umfassenden und spannenden Tätigkeitsbericht – so viel vorab, wir als FDP-Fraktion nehmen den Bericht sehr positiv zur Kenntnis.

Als Stadtparlament sind wir sehr dankbar, dass die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur einen solch wertvollen und guten Job macht.

Wie immer gab es ein paar Anmerkungen und Beanstandungen, die im Rahmen der Vorstellung der AK besprochen wurden. Es macht den Anschein auf uns, dass die FiKo und die Stadtverwaltung einen guten und positiven, lösungsorientierten Austausch haben. Das freut uns natürlich und das erachten wir als positiv. Auch wir von der FDP nehmen die Arbeit der FiKo als sehr positiv wahr und bedanken uns bei Patrik Jakob und seinem Team dafür ganz herzlich.

Einziger kleiner Hinweis an den Stadtrat: Wir würden es begrüßen, wenn die mehreren «unerledigten Feststellungen früherer Prüfungen» bald angegangen werden würden.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht positiv zur Kenntnis. Vielen Dank.

S. Kocher (GLP): Inhaltlich ist der Bericht von der FiKo bereits von Iris ausführlich vorgestellt worden. Besten Dank dafür an dieser Stelle. Inhaltlich gibt es auch gar nicht viel zu ergänzen. Die Grünliberalen verdanken den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle und nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Die FiKo war in der Vergangenheit stets unabhängig, qualifiziert und sehr fachkundig unterwegs, was auch in dieser Berichtsperiode zutrifft. Wir sind überzeugt, dass dies auch weiterhin so bleibt. Deshalb gerne an dieser Stelle einen herzlichen Dank von der GLP-Fraktion an Patrik Jakob und sein ganzes Team. Besten Dank.

B. Helbling (SP): Dann kann ich ja sagen, ich schliesse mich den Vorredner*innen an... Wir nehmen den Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle auch zustimmen zur Kenntnis und wollen dem gesamten Team unter der Leitung von Herrn Jakob grossen Dank aussprechen.

Der Bericht zeigt auf, wie breit, gründlich und risikoorientiert die Finanzkontrolle arbeitet; von der Prüfung der Jahresrechnung über Prozessanalysen bis zu IT-Risiken und Fragen der Wirtschaftlichkeit. Die Finanzaufsichtsprüfungen, wir haben es gehört, weisen erneut sehr gute Ergebnisse aus. Das unterstreicht die hohe Qualität der Arbeit in den geprüften Bereichen der Stadtverwaltung. Auch wird der konstruktive Dialog hervorgehoben – auch da danken wir allen, die miteinander arbeiten.

Ein Blick auf die Jahresplanung der Finanzkontrolle zeigt, dass sie den Blick in die Zukunft richten wollen, z.B. beim Einbezug von neuen Technologien oder bei der Begleitung von Systemumstellungen.

Die Finanzkontrolle leistet einen wichtigen Beitrag zu einer transparenten und wirksamen Verwendung der öffentlichen Mittel. Und dafür danken wir herzlich und nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

M. Gross (SVP): Bea hat es mir vorweggenommen: Auch ich schliesse ich mich natürlich meinen Vorrednern an. Vielen Dank aber auch an Iris für die umfassende und gute Vorstellung des Tätigkeitsberichts. Auch aus unserer Sicht macht die Finanzkontrolle einen sehr professionellen und positiven Eindruck. Wir danken Patrik Jakob und seinem Team für die wertvolle Arbeit zugunsten des Parlaments und auch zugunsten der Stadt und der Stadtverwaltung. Gerade im Parlament sind wir auf Finanzexperten angewiesen, wenn wir z.B. die Rechnung der Stadt ausführlich anschauen. Wir werden nicht immer einen Finanzexperten als

ENTWURF

Präsident der Aufsichtskommission haben, der die Rechnung ebenfalls im Detail prüft und auseinandernimmt und auch versteht.

Die Finanzkontrolle stellt der Stadt ein gutes Zeugnis aus. Die gesetzlichen Vorschriften sind eingehalten worden gemäss Bericht. Deshalb konnten wir auch die Rechnung mit gutem Gewissen abnehmen.

Wir wären aber im Übrigen der Meinung, dass eigentlich der Tätigkeitsbericht oder mindestens der Bericht zur Jahresrechnung vor der Rechnung abgenommen werden müsste. Vielen Dank nochmals an Patrik Jakob und sein Team.

F. Kramer-Schwob (EVP): Patrik Jakob erwähnt in seinem Tätigkeitsbericht einen «Austausch auf Augenhöhe» mit den geprüften Stellen der Stadtverwaltung. Wir als EVP schätzen es sehr, dass dies der Finanzkontrolle ein wichtiger Wert ist. Im Gespräch mit Patrik Jakob und der Verwaltung merken wir, dass das nicht leere Worte sind, sondern die FiKo wirklich danach leben möchte. Danke vielmals für die professionelle Arbeit im vergangenen Jahr und danke für die feine Art, wie die Finanzkontrolle sie ausgeführt hat.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion ist froh, haben wir eine starke und unabhängige Finanzkontrolle. Der Tätigkeitsbericht zeigt eindrücklich, was sie im Berichtsjahr alles geleistet haben. Wir als Fraktion schätzen auch, dass die FiKo bei der Wirtschaftlichkeit genau hinschaut und Optimierungsmöglichkeiten aufzeigt.

Den Wunsch der FDP, dass die Verwaltung weniger Vorjahresfeststellungen mitzieht, teilen wir. Und wir fordern die Verwaltung auf, die Bemerkungen der FiKo wirklich ernst zu nehmen und zeitgerecht zu erfüllen, bzw. die Aufträge zu erledigen.

Die Mitte/EDU-Fraktion dankt Patrik Jakob und seinem Team für das genaue Hinschauen und am Ball bleiben. Nicht immer eine einfache Aufgabe. Aber Ihr macht das professionell und sehr eindrücklich. Nochmals besten Dank für Euer grosses Engagement und Euren unermüdlichen Einsatz. Merci.

M. Zundel (Grüne/AL): Besten Dank an Iris für das Vorstellen des Tätigkeitsberichtes. Auch wir von der Fraktion Grüne/AL möchten uns herzlichst bei Patrik Jakob und seinem Team für den Bericht der Jahresrechnung 2024 und den weiteren Berichten, welche im Verlauf des Jahres jeweils veröffentlicht werden, bedanken. Die Präsentation und die Zusammenarbeit in der AK hilft uns enorm, um einen versierten Blick in die kleinen Details der Jahresrechnung zu erhalten. Auch bedanken wir uns noch für die Zusammenarbeit bei der Erarbeitung der neuen Personalverordnung für die städtischen Aufsichtsstellen. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michael. Zuerst die Frage, ob sich jemand vom Stadtrat dazu äussern möchte? Wenn das nicht der Fall ist, dann hat – sofern gewünscht – gerne das Wort noch Patrik Jakob, der Leiter der Finanzkontrolle.

P. Jakob: Vielen Dank, Iris, für das Vorstellen unserer Arbeit, dem Ergebnis der Abschlussprüfungen und dem Tätigkeitsbericht. Vielen Dank auch für die durchgehend positiven und wohlwollenden Voten zu unserer Arbeit. Diese Verdankung gilt ja hauptsächlich meinem Team, sie arbeiten am meisten. Und das werde ich auch gerne so weitergeben.

Geprüft wird sehr wahrscheinlich niemand wirklich gern. Und erlebt man eine Prüfsituation nur selten, ergeben sich da einige Fragen und eventuell auch gewisse Unsicherheiten. Wir versuchen, die Fragen und Bedenken, die da entstehen können, einerseits durch einen transparenten Prüfprozess und auch durch einen laufenden Austausch mit den Geprüften beantworten zu können, respektive die Bedenken zu beseitigen. Zusätzlich legen wir viel Wert auf einen zukunftsgerichteten und lösungsorientierten Umgang mit unseren Feststellungen, damit aus unseren Feststellungen auch Verbesserungen werden können, damit unsere Feststellungen auch Wirkung erzielen können.

ENTWURF

Ein transparenter Prozess, laufender Austausch und ein lösungsorientierter Umgang mit den Feststellungen ist unser Beitrag, um die bestehende, gute Prüfbereitschaft erhalten zu können. Eine gute Prüfbereitschaft ist nicht selbstverständlich. Da arbeiten wir mit, diese aufrechtzuerhalten; sie unterstützt uns in unserer Arbeit sehr. Und für diese Unterstützung möchte ich mich auch beim Stadtrat bedanken, und besonders auch bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, insbesondere bei denjenigen, die im letzten Jahr eine Prüfung durch uns durchmachen durften oder mussten. Vielen Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Vielen Dank, Patrik Jakob, für das Votum und die geleistete Arbeit. Somit können wir hier, um das Traktandum abzuschliessen, ebenfalls noch zur obligatorischen Abstimmung kommen.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmung: Der Bericht wird mit 54:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.55: Tätigkeitsbericht 2024 der Datenschutzstelle

Parlamentspräsident Ph. Weber: Tätigkeitsbericht 2024 der Datenschutzstelle. Das Wort hat die zuständige Referentin Regula Keller.

R. Keller (AK): Der vorliegende Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle gibt uns einen sehr spannenden und auch informativen Einblick in die Einarbeitung und die ersten Schritte, die unser neuer Datenschutzbeauftragter, Tobias Naef, in der Stadt Winterthur gemacht hat. Tobias Naef hat sein Amt im Oktober 2024 angetreten und sein Bericht deckt eigentlich nur die letzten drei Monate des Jahres 2024 in seiner Tätigkeit ab. Umso beeindruckender ist es, wie umfassend und sorgfältig sein erster Bericht ausgearbeitet wurde. Tobias Naef hat in seinem ersten Bericht quasi eine Grundlage gelegt für eine neue Struktur, von der er uns auch gesagt hat, dass er diese auch in den nächsten Jahren, in denen er – hoffentlich! – bei uns tätig sein wird, weiterentwickeln wird. Besonders hilfreich fand ich auch in seinem Bericht, dass er Grundsätze für den Datenschutz nochmals verständlich erklärt und damit auch ein breites Publikum zu erreichen versucht mit dem, was eine Datenschutzstelle so macht und mit dem man sich wahrscheinlich nicht jeden Tag auseinandersetzt. Drei ziemlich relevante Themen werden im Bericht vertieft. Das ist einerseits das Thema Energieportal, das die Informationen zum CO₂-Ausstoss von Liegenschaften in Winterthur, öffentlich gemacht hat; ein ziemlich brisantes Thema. Das zweite Thema ist, was eigentlich passiert, wenn die Stadt Winterthur bzw. die Verwaltung der Stadt Winterthur, Geschäfte an eine externe Firma delegiert und wie der Umgang ist mit solchen vertraulichen Daten; z.B. wenn man die Rechnungsstellung für irgendwelche Leistungen der Winterthurer Verwaltung extern vergibt, wie vertraulich diese Daten dann von dieser externen Firma behandelt werden. Und das dritte Thema ist auch ein sehr spannendes Thema, das geht mehr die Verwaltung an: Dort geht es darum, wie Vorgesetzte oder in welchen Fällen eigentlich Vorgesetzte auf E-Mails von Mitarbeitenden Zugriff haben. Die Themen, das habe ich jetzt schon ein bisschen gesagt, betreffen eigentlich ganz direkt die Bevölkerung oder halt eben auch die städtische Verwaltung und sind auch deshalb irgendwie sehr spürbar oder sehr verständlich für die Leute, die den Bericht dann gelesen haben, und auch für Leute, die sich für Datenschutz interessieren oder nicht damit zufrieden sind, dass ihr CO₂-Ausstoss von der Stadt sozusagen öffentlich gemacht wird. Die Auseinandersetzung, die er in diesen drei Beispielen macht, oder die Darstellung dieser drei Beispiele finde ich sehr relevant für uns als Politiker und Politikerinnen, aber auch für eine breite Bevölkerungsschicht.

ENTWURF

Für die Zukunft würden wir es – auch in der AK haben wir es so besprochen – begrüßen, wenn der Bericht noch ein bisschen kompakter wäre und wenn er mit etwas mehr Kompaktheit und Kürze auch noch ein breiteres Publikum ansprechen würde.

Tobias Naef ist es aus unserer oder auch aus meiner Sicht sehr gut gelungen, in den ersten neun Monaten seiner Tätigkeit als Datenschutzbeauftragter von Winterthur, sich sehr gut sichtbar zu machen in der Verwaltung, Vertrauen aufzubauen – in der Verwaltung, aber auch gegen aussen und sich als sehr kompetenten Ansprechpartner zu etablieren. Sein Fachwissen und seine Erfahrung aus seiner Tätigkeit beim Kanton sind für die Stadtverwaltung, uns als politische Gremien und für die ganze Stadt Winterthur von grosser Bedeutung.

Im Namen der Aufsichtskommission – und dann schliesse ich gleich auch noch die SP-Fraktion ein - danke ich Tobias Naef ganz herzlich für seinen Einsatz und sein grosses Engagement für diese wichtige Funktion. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht – die AK und auch die SP-Fraktion – zustimmend zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Regula. Somit wäre jetzt die Diskussion. Als erste an der Reihe für die EVP ist Franziska Kramer-Schwob.

F. Kramer-Schwob (EVP): Tobias Naef gibt dem Datenschutz ein Gesicht. Er ist eine echte Ansprechperson. Diese Aufgabe übernahm er schon zum Start nicht nur passiv, sondern suchte den Kontakt, zum Beispiel mit Weiterbildungsveranstaltungen über Mittag. Wir freuen uns über das aktive Gestalten des Amtes und danken vielmals für den Bericht.

J. Fehr (FDP): Vielen Dank, Regula, für die Vorstellung. Vielen Dank für den umfassenden und spannenden Tätigkeitsbericht – so viel vorab: Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Es freut uns, dass nach einer herausfordernden Zeit die Datenschutzstelle wieder kompetent besetzt ist und «lebt». Dass sie lebt, spürt man im Tätigkeitsbericht sehr gut. Auch der Fokus auf proaktive Beratungen und niederschwellige Angebote wie der Datenschutz über Mittag empfinden wir positiv. Der Bericht ist informativ und erfrischend gestaltet. Die Fokusthemen zeigen auf, wie vielseitig der Einsatzbereich der Datenschutzstelle ist und auch, welche Relevanz diese für die Verwaltung hat. Wir sind überzeugt, dass es in Zeiten der Digitalisierung, künstlicher Intelligenz etc. auch zukünftig viel zu tun gibt und dass die Datenschutzstelle der richtige Ort ist, um diese Projekte in der Stadt zu begleiten. Denn diese Begleitung erspart nicht zuletzt kostenpflichtige Projektanpassungen im Nachhinein oder sogar Rechtsfälle.

Um es in den Worten aus dem Tätigkeitsbericht zu sagen: «Die Datenschutzstelle Winterthur nimmt ihre Aufgaben wieder umfassend wahr. Sie ist unabhängig, zugänglich und engagiert für den Schutz des Grundrechts auf Privatsphäre der Menschen dieser Stadt.»

Wir bedanken uns bei Tobias Naef für seine Arbeit und wünschen ihm weiterhin viel Erfolg und Freude bei der Arbeit als Datenschutzbeauftragter unserer Stadt.

A. Büeler (Grüne/AL): Der Tätigkeitsbericht 2024 steht unter dem Motto «Neustart», was gut erläutert ist. Nach einem turbulenten Jahr hat Tobias Naef nach seinem Start am 1. Oktober die Datenschutzstelle rasch wieder in einen normal funktionierenden Betrieb überführen müssen.

Der Bericht ist anschaulich geschrieben und wird hoffentlich von einem möglichst breiten, betroffenen Publikum gelesen. Besonders interessant finde auch ich die Fokusthemen, welche die Arbeit der Datenschutzstelle etwas konkreter veranschaulichen. Die erstmalig durchgeführte Veranstaltungsreihe «Datenschutz über Mittag» scheint mir ein geeignetes Format für die verwaltungsinterne Weiterbildung zu sein.

Unsere Fraktion Grüne/AL hat den Eindruck, dass Tobias Naef gut in seinem Amt angekommen ist. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht der Datenschutzstelle zustimmend zur Kenntnis, bedanken uns herzlich bei Herrn Naef und wünschen ihm viel Erfolg und Erfüllung als Datenschutzbeauftragter von Winterthur.

ENTWURF

S. Kocher (GLP): Besten Dank an Regula für das detaillierte Vorstellen des Tätigkeitsberichtes. Wie Tobias Naef in seinem Bericht ganz am Anfang, in seinem Vorwort, schön einleitet und Andreas Büeler jetzt auch gerade erwähnt hat, ist das Thema Datenschutz als Neustart zu sehen. Dieser ist nach der Meinung der GLP gelungen.

Auch dank der Tatsache, dass Tobias Naef uns schon in der Überbrückungsphase betreute, ist sein Einstieg doch sehr gut gelungen. Die grünliberale Fraktion dankt ihm für sein Engagement. Wir nehmen den Bericht positiv und somit zustimmend zur Kenntnis. Besten Dank.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Regula, für das Vorstellen des Tätigkeitsberichts.

Der Bericht zeigt auf, mit wie viel Elan der neue Datenschutzbeauftragte, Tobias Naef, seine Aufgabe angegangen ist. So finden sich u.a. auf der aktualisierten Homepage viele hilfreiche Angaben und Merkblätter rund um das Thema Datenschutz. Der Bericht zeigt auch auf, was und wie viel er schon in nur drei Monaten bewegt, kennengelernt und angegangen ist.

Regula hat es schon erwähnt: Der Jahresbericht dürfte kürzer und schlichter daherkommen. Ich habe hier an dieser Stelle in der Vergangenheit oft den kurzen, schlichten Bericht vom ehemaligen Datenschutzbeauftragten hervorgehoben. Ich ging nachschauen: Im Jahr 2020 hatte er 9 Seiten, inklusive Anhang. Es wäre ja spannend, hier drinnen zu wissen, wer alle 23 Seiten gelesen hat.

Die Mitte/EDU-Fraktion dankt Tobias Naef, dem Leiter der Datenschutzstelle, für seinen engagierten Einsatz. Wir sind auch gespannt, was uns alles in Bezug auf Datenschutz in diesem Jahr erwartet, wie sich die Anliegen an ihn mit der Digitalisierung weiterentwickeln und wie sich die Zahlen nächstes Jahr präsentieren. Wir wünschen ihm weiterhin gutes Wirken und freuen uns, wenn die Zusammenarbeit mit der Verwaltung, aber auch mit der Bevölkerung, sich weiterhin so positiv entwickelt, danke. Wir nehmen den Bericht positiv zur Kenntnis.

M. Gross (SVP): Danke auch an Regula für die gute Vorstellung des Geschäfts. Auch wir haben den Eindruck gewonnen, dass sich die Datenschutzstelle sehr positiv entwickelt hat. Und das nach schwierigen Jahren, wie das schon vorhin diskutiert wurde. Wir danken Tobias Naef für die wichtige und wertvolle Arbeit. Der Datenschutz ist ein zentrales Thema und die Belastung nimmt auch immer mehr zu, gerade natürlich mit der Digitalisierung.

Eine gute Priorisierung ist deshalb unerlässlich und es ist auch wichtig, dass die Abklärungen mit Augenmass erfolgen und trotzdem die notwendige Sorgfältigkeit haben.

Auch wir nehmen den Bericht natürlich positiv zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Michi. Dann auch hier zuerst die Frage, ob sich jemand vom Stadtrat äussern möchte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wenn gewünscht, erhält Tobias Naef selbst noch das Wort hier vorne.

T. Naef: Danke für die Vorstellung meines Tätigkeitsberichtes. Danke für die Voten, die gehalten wurden. Vor neun Monaten durfte ich anfangen, nach drei Monaten durfte ich dann schon das erste Mal berichten - eine herausfordernde Arbeit. Es freut mich, dass dieser Bericht vielerorts auch gut aufgenommen wurde. Ich gebe mir Mühe in Zukunft, Präzision und Kürze miteinander zu verbinden, das ist gehört worden.

Der Neustart, wie er verschiedentlich erwähnt wurde, ist meiner Meinung nach nach den drei Monaten gelungen. Und heute, nach neun Monaten, kann ich das so bestätigen aus meiner Erfahrung. Die Datenschutzstelle wird als neue Stelle wahrgenommen in der Stadtverwaltung. Die Zahlen zu den Beratungen steigen, das Angebot zu Beratungen in diesen doch komplexen Fällen steigt und auch das Angebot für Weiterbildungen, die ich auch für die Stadtverwaltung anbiete, nimmt zu. Und auch die Kontrolltätigkeit, also die Aufsichtsfunktion im engeren Sinn, läuft an. Das heisst, dass ich sicher im nächsten Jahr wieder einen interessanten Bericht vorlegen werden darf.

Ich bedanke mich für das Vertrauen und die Unterstützung.

ENTWURF

Parlamentspräsident Ph. Weber: Ich danke auch Dir, Tobias Naef – einerseits für das Votum und andererseits für die geleistete Arbeit. Und auch da kommen wir zur obligatorischen Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird mit 54:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig positiv zur Kenntnis genommen.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.56: Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle

Parlamentspräsident Ph. Weber: Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle. Die zuständige Referentin ist Regula Keller.

R. Keller (AK): Der Jahresbericht der Ombudsstelle 2024 gibt uns auch, wie gewohnt – ich sage eigentlich jedes Jahr etwas Ähnliches - einen sehr spannenden Einblick in die Vielfalt der Anliegen, welche die Menschen in der Stadt Winterthur haben und mit denen sie an die Ombudsstelle gelangen.

Was dieses Jahr besonders auffiel, ist, dass die Zahl der Fälle wiederum gestiegen ist. Und diese Zahl ist so hoch, wie sie noch nie war, seit es die Ombudsstelle überhaupt gibt. Und auffällig ist auch, das hat uns auch Sabrina Gremlı gesagt: Es gibt in dem Sinne nicht irgendeine Häufung von Themen, bei denen man sagen könnte, oh, da hat es aber ein ganz besonderes Problem, mit dem man sich befassen müsste. Sondern es verteilt sich auf sehr unterschiedliche Themen, die nicht bestimmte «Klumpenprobleme» darstellen.

Der Anstieg, also die Erhöhung der Zahlen, war vor allem von Personen ausserhalb der Stadtverwaltung, also er kam nicht intern aus der Verwaltung, sondern von Menschen, die in Winterthur wohnen.

Neu im Bericht ist dieses Jahr, und das finde ich eine sehr gute Idee und sehr wertvoll, dass nicht nur Probleme geschildert wurden, wie das in den vergangenen Jahren war, sondern auch Lösungsansätze aufgezeigt werden. Das macht ziemlich gut transparent, mit was erstens die Ombudsstelle konfrontiert ist, zweitens aber auch, wie Sabrina Gremlı als Ombudsfrau in der Stadt Winterthur eigentlich Lösungen findet mit den Leuten und wie sie solche Beratungsprozesse macht.

Es gibt zwei Punkte, mit denen wir uns in der Aufsichtskommission besonders befasst haben oder über die wir auch etwas länger diskutiert haben, die uns Sabrina Gremlı auch vorgestellt hat. Der 1. Punkt ist: Die Fälle werden immer komplexer. Es gibt immer mehr Anliegen, bei denen man nicht einmal an die Ombudsstelle gelangt und dann findet man eine Lösung oder bekommt eine Antwort, sondern es gibt immer mehr Fälle oder Problemstellungen, die sich über längere Zeit hinziehen und mehrere Beratungstermine erfordern. Was vielleicht auch ein bisschen neu ist und das mit der heutigen Zeit zu tun hat, das ist, dass viele Leute, die etwas komplexere Themen bringen, zuerst schon einmal KI gefragt haben. KI hat dann irgendeine schöne Antwort ausgespuckt und dann kommen sie zur Ombudsstelle und haben das Gefühl, sie wissen eigentlich schon, wie das ganze Problem zu lösen ist. Und es ist dann halt doch nicht ganz selten der Fall, dass Sabrina sagt: Ja, ganz so ist es nicht. Das wurde nicht beachtet oder für das finden wir in der Stadt Winterthur, mit den Rechtsgrundlagen, die wir haben, keine Lösung; oder die Lösung sieht ganz anders aus, als KI das ausgespuckt hat. Sabrina Gremlı hat uns auch gesagt, dass es dann besonders anspruchsvoll ist, wenn man kommt und denkt, man weiss schon alles – und dann sagt einem jemand, dass es nicht ganz so ist. Und dann braucht es jemanden wie Sabrina Gremlı, der das auf eine sehr gute Art vermitteln kann, dass halt die Welt ein bisschen komplexer ist, als KI manchmal denkt.

Der 2. Punkt, über den wir auch etwas länger gesprochen haben: Im Bericht hat es ganz viele Fälle, bei denen man denkt, da könnte man doch schnell bei der Stadtverwaltung anrufen und

ENTWURF

das fragen und die würden einem das dann sagen – und das hätte doch dann eigentlich gereicht. Und genau da zeigt sich eigentlich auch die grosse Bedeutung der Ombudsstelle: Die Bevölkerung – das habe ich vorhin schon angetönt - vertraut einer Ombudsstelle. Und deshalb ist es für sie manchmal einfacher, bei der Ombudsstelle anzurufen anstelle der Verwaltung, bei der sie denken, die würden ohnehin immer nur das sagen, was ihnen hilft und wie sie es wollen. Und die Ombudsstelle ist eine neutrale Stelle, die ihnen hilft und ihnen eine neutrale Antwort für ihr Problem gibt. Und das ist gerade bei Themen existenzieller Art besonders wichtig, dass es nicht quasi so herüberkommt, wie wenn jemand eine Antwort geben würde, der schon eine vorgefertigte Meinung hat. Und auch da ist es natürlich nicht immer so, dass Sabrina Gremlı dann sagt: Ja, dieses Problem löse ich oder da haben Sie völlig Recht. Auch da gibt es ganz viele Fälle, bei denen sie dann sagen muss, dass es nicht ganz so ist und die Verwaltung richtig gehandelt hat. Ein Beispiel, das ich mir merken konnte: Wenn man ein Parkticket löst und eine falsche Autonummer eingegeben hat und dann sagt, man habe die Autonummer seiner Frau eingegeben, und dann die Antwort kommt, dass man das bezahlt, aber die Busse müsse trotzdem bezahlt werden. Die Leute denken dann, das ist nicht so. Und dann muss Sabrina Gremlı sagen, dass es leider doch so ist. Wenn man eine falsche Autonummer eingibt, dann ist die Busse trotzdem so gültig.

Es lebt davon, dass die Leute grosses Vertrauen in die Ombudsstelle haben. Es lebt davon, dass Sabrina Gremlı eine sehr feine Art hat, um Rückmeldungen zu geben. Und es lebt davon, dass die Leute ihr glauben, wenn sie etwas sagt.

Wir haben den Bericht sehr interessiert miteinander besprochen. Über die vielen Beispiele haben wir uns manchmal auch ein wenig gewundert. Aber insgesamt fanden wir den Bericht sehr spannend, auch die Lösungen, die gefunden wurden. Und wie gesagt sind wir in der Aufsichtskommission der Meinung, dass die Ombudsstelle eine ganz zentrale Stelle ist, um das Vertrauen der Bevölkerung und auch von Mitarbeitenden in der Stadtverwaltung zu gewinnen. Im Namen der Aufsichtskommission und auch der Fraktion der SP bedanke ich mich ganz herzlich bei Sabrina Gremlı für ihre engagierte und hochprofessionelle Arbeit. Wir nehmen den Bericht mit grossem Respekt und Anerkennung zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Regula. Dann auch hier das Wort für die Diskussion und Würdigung dieses Berichts an die Mitglieder der AK. Als erste hat das Wort für die EVP Franziska Kramer-Schwob.

F. Kramer-Schwob (EVP): Die Ombudsstelle schreibt, dass sie optimistisch in die Zukunft blicken. Es ist schön zu lesen, zu hören und auch zu spüren, dass die Ombudsstelle den ganzen Tag beim Lösen von Problemen unterstützt - und dies mit einer ganz positiven Haltung. Vielen Dank für die stetige Tätigkeit auch im 2024.

S. Kocher (GLP): Besten Dank an Regula Keller für das Vorstellen des Berichtes. Einmal mehr möchte ich mich bei Frau Gremlı für den sehr interessanten Bericht bedanken. Inhaltlich habe ich den Bericht sehr gerne gelesen. Besonders die einzelnen Fallbeispiele waren wie gewohnt in der AK interessant zum Diskutieren, aber auch spannend, um im Bericht nachher nachzulesen.

Der Bericht zeigt aber auch gut auf, dass das Bedürfnis für eine Ombudsfachstelle weiterhin sehr hoch ist. Auch wenn dies ein Phänomen ist, das in der ganzen Schweiz zu beobachten ist, so beweist es trotzdem, dass in Winterthur das Kriterium an die Niederschwelligkeit gut funktioniert und ein hohes Vertrauen gegenüber der Ombudsfachstelle in der Verwaltung und in der Bevölkerung herrscht.

Dir, Sabrina Gremlı, besten Dank für Deine Arbeit im 2024. Wir nehmen den Bericht positiv und somit zustimmend zur Kenntnis.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Regula, für das gute Vorstellen des Jahresberichtes. Der Jahresbericht der Ombudsstelle ist jedes Jahr spannend zu lesen und zu schauen, was für

ENTWURF

Fragen und Themen die Bevölkerung bewegen. Danke, dass dieses Jahr erstmals auch aufgezeigt wird, was die Ombudsstelle jeweils gemacht hat und wie das Anliegen im besten Fall quasi gelöst wurde, Regula hat es bereits erwähnt. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion schätzen das sehr.

Wir verfolgen auch aufmerksam, wie sich die Zahlen weiterentwickeln. Hier stellen wir positiv fest, dass die internen Fälle abgenommen haben. Dafür sind die Fälle von Externen gestiegen, wie wir von Regula schon gehört haben.

Die Mitte/EDU dankt der Leitung der Ombudsstelle, Sabrina Gremlı, und ihrer Mitarbeiterin für den grossen Einsatz. Sie haben im 2024 beachtliche 206 Fälle erledigt, das ist die höchste Zahl in den vergangenen 10 Jahren.

Wir nehmen der Bericht positiv zur Kenntnis.

M. Gross (SVP): Auch von meiner Seite her vielen Dank, Regula, für das Vorstellen des Berichts. Auch wir danken der Ombudsstelle. Ich bin jetzt gerade ein bisschen verwirrt, ich habe 205 Fälle gelesen, aber vielleicht hast Du Recht mit 206. Vielleicht kann man das nachher noch aufklären.

Auf jeden Fall attestieren wir, dass es einen Höchststand erreicht hat und das wird wahrscheinlich auch nicht abnehmen. So wie ich den Präsidenten eingangs vernommen habe, stehen die nächsten Klienten schon vor der Türe. Und wir werden sehen, wie viel nächstes Jahr davon im Bericht steht.

Inhaltlich ist es auch uns wichtig, dass es ein niederschwelliger Zugang zur Beratung und zu Euch gemacht werden kann. Es ist wichtig, dass das Vertrauen in die Behörden da ist und dass Ihr das auch sicherstellen könnt.

Deshalb danken wir für diese Arbeit, die engagiert und unabhängig ist. Und wir danken Ihnen und Ihrem Team für diese Arbeit. Das Bindeglied zwischen Bevölkerung und Verwaltung ist sehr wichtig. Wir nehmen den Bericht selbstverständlich auch zustimmend zur Kenntnis.

J. Fehr (FDP): Vielen Dank für die gute Vorstellung, Regula. Die FDP-Fraktion bedankt sich für den Jahresbericht der Ombudsstelle. Die Ombudsstelle hat eine Dolmetscherfunktion zwischen den Behörden und den Menschen dieser Stadt, mit dem Ziel, Verständnis zu schaffen, Perspektiven zu verstehen und – wenn möglich - einvernehmliche Lösungen zu finden. Wir alle können uns gut vorstellen, dass dies nicht immer einfach ist.

Der Tätigkeitsbericht zeigt anhand von Beispielen, wie der Alltag der Ombudsstelle aussieht. Er zeigt auch, dass die Ombudsstelle mit viel Fingerspitzengefühl und klarem Bezug zu den Rechtsgrundlagen handelt. Die FDP-Fraktion schätzt diese Arbeit sehr und bedankt sich bei Frau Gremlı und Frau Müller für ihren Einsatz zum Wohle unserer Stadt. Wir nehmen den Tätigkeitsbericht zustimmend zur Kenntnis.

A. Büeler (Grüne/AL): Der Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle ist von gewohnt hoher Qualität und deshalb bleibt uns nach meinen Vorrednern gar nicht gross etwas zum Ergänzen. Immer wieder spannend sind die erwähnten Fallbeispiele. Da gibt es wirklich ein paar Münsterchen, wo ich mich gewundert habe, was alles bei der Ombudsstelle landet.

Auch wir von der Fraktion Grüne/AL bedanken uns herzlich bei Sabrina Gremlı für ihr kompetentes Engagement und nehmen den Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle zustimmend zur Kenntnis.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Andi. Dann zuerst wieder die Frage, ob der Stadtrat sich dazu äussern möchte? Stadtpräsident Mike Künzle hat das Wort.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist mir ein Anliegen, mich zu allen drei Stellen – Finanzkontrolle, Datenschutzstelle und Ombudsstelle – diesem Dank anzuschliessen. Auch wir haben einen sehr guten Austausch. Ich möchte nicht von «Zusammenarbeit» sprechen, aber wir haben einen guten Austausch und einen sehr vertrauenswürdigen Austausch. Wir möchten uns

ENTWURF

bedanken für die gute Arbeit und die Dienstleistungen, die Ihr das ganze Jahr über umgesetzt habt. Danke vielmal.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Dann auch hier die Frage, ob sich Sabrina Gremli auch noch äussern möchte zum Schluss? Dann ist sie hier vorne herzlich eingeladen.

S. Gremli: Ganz herzlichen Dank für die wohlwollenden Worte. Und jetzt kann ich fast ein Wort benutzen, das ich heute schon einige Male gehört habe, oder einen Satz: Ich schliesse mich sehr gerne den vorhergehenden Voten an.

Die steigenden Zahlen, die im Jahresbericht aufgezeigt werden, sind für mich ein Zeichen, dass Bedarf da ist nach einer neutralen und unabhängigen, vermittelnden und beratenden, niederschweligen – jetzt höre ich auf mit Adjektiven – Anlaufstelle. Unsere Arbeit wäre aber nicht zu machen ohne die gute Zusammenarbeit. Und ich nenne das gerne eine «Zusammenarbeit», denn Lösungen - seien sie rechtlich korrekt, seien sie einfach praktisch, seien sie lebbar – können wir meistens nur zusammen finden. Zusammen mit der Stadtverwaltung, zusammen mit den Mitarbeitenden, zusammen mit der Bevölkerung. Und in diesem Sinne danke ich Ihnen allen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Herzlichen Dank für das Votum und für die geleistete Arbeit. Somit kommen wir auch hier noch zur Abstimmung.

A= Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig positiv zur Kenntnis genommen.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.50: Geschäftsbericht 2024 der Sozialhilfebehörde

Parlamentspräsident Ph. Weber: Geschäftsbericht 2024 der Sozialhilfebehörde. Der zuständige Referent der SSK ist Benedikt Oeschger.

B. Oeschger (SSK): Der Bericht der Sozialhilfebehörde (kurz: SoBe) wurde am 23.06. in der SSK mit Nicolas Galladé in der Doppelrolle als Präsident der SoBe und Sozialvorsteher und Beat Friedländer als Vizepräsident der SoBe vorbesprochen. Namens der SSK danke ich der Sozialhilfebehörde für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2024.

Die SoBe der Stadt Winterthur ist eine eigenständige Kommission gemäss Gemeindegesetz des Kanton Zürichs. Als Exekutivorgan legt sie die strategische Ausrichtung von denen Stellen, die mit der Durchführung der Sozialhilfe zuständig sind, fest. Die SoBe ist dann auch die Aufsichtsbehörde dieser Stellen. Weiter ist die SoBe die Entscheidungsinstanz für Begehren auf Neubeurteilung von Sozialhilfe-Entscheiden. Die elf Mitglieder sind für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt. Im Geschäftsjahr 2024 gab es zwei neue Eintritte in dieses Gremium. Eine Geschäftsstelle unterstützt die Sozialhilfebehörde, und diese ist seit dem Geschäftsjahr 2024 der Bereichsleitung der Sozialen Dienste unterstellt. Zuvor war die Geschäftsstelle dem Zentralen Fachsupport zugeordnet.

Sieben Mal hat diese Behörde getagt im 2024. Sie hat sich dabei intensiv mit den Anpassungen der Mietzinsrichtlinien auseinandergesetzt, die seit 01. Juli 2024 in Kraft sind. Ich habe das bereits bei der letztjährigen Vorstellung des Geschäftsberichts 2023 angekündigt. Hintergrund ist, dass 2023 bei gut einem Viertel aller unterstützten Haushalte die Bruttomiete über den damaligen Mietzinsrichtlinien lagen. In diesem Zuge stellt man neu auch die Nettomieten dar und nicht mehr die Bruttomieten. Der Wechsel von Netto zu Brutto erlaubt es, besser auf Schwankungen bei den Nebenkosten reagieren zu können. Die effektiven Nebenkosten werden dann von der Sozialhilfe übernommen. Die Sozialhilfe prüft dann auch systematisch überhöhte Mietkosten mietrechtlich. Ausserdem wurde das Regelwerk entschlackt, wodurch

ENTWURF

der Verwaltungsaufwand reduziert wurde. Damit folgt man auch einer Empfehlung der SKOS (Grundlagenpapier Aktuelle Herausforderungen und Handlungsansätze, Bern, 2023, aktualisiert Februar 2024).

Im Geschäftsjahr 2024 ist ausserdem entschieden worden, per 1. April 2025 den Grundbedarf gemäss Beschluss des Regierungsrates einzuführen. Ebenfalls per 1. April 2025 wurde eine neue Berechnungssystematik in der Asylsozialhilfe eingeführt, welche mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit erlauben soll.

Die SoBe hat den Entschluss gefasst, verschiedene Optimierungspotenziale innerhalb der Organisation zu prüfen. Dafür hat eine Delegation der SoBe die Stadtzürcher Behörde besucht. Die Stadtzürcher Behörde ist jedoch anders organisiert und arbeitet unterschiedlich, so dass man nicht 1:1 Schlüsse auf Winterthur ziehen kann.

An der jährlichen Retraite hat sich die SoBe mit den Abläufen der internen Revisionsstelle und Fallkontrolle auseinandergesetzt. Es ist festgestellt worden, dass zahlreiche Überschneidungen zur Dossierprüfung durch die SoBe bestehen. Daraufhin hat die SoBe einen Ausschuss beauftragt, zuhanden der Gesamtbehörde Diskussionsvorschläge auszuarbeiten, um nachher die Aufgaben der SoBe schärfen zu können. Diese Arbeit dauert bis heute noch an. Bei der Dossierprüfungen, das ist die Aufsicht über die Durchführung der Sozialhilfe, werden die Anspruchsberechtigung für Sozialhilfe, die Rechtmässigkeit der Ausrichtung und die Zweckmässigkeit der Fallführung geprüft. Diese Parameter sind in der gleichen Grössenordnung wie im Vorjahr. Das sind z.B. die Anzahl Prüfungen, der Stundenaufwand und die Anzahl Beanstandungen.

Die Sozialhilfefälle und die Rückforderungsquote bewegen sich ebenfalls im Zahlenraum der letzten zwei Jahre, mit einer Zunahme im Vergleich zum Vorjahr. Im Fünfjahresvergleich haben die Unterstützungsfälle auf ca. 5'350 zu- und die Rückforderungsquote auf 5.45 abgenommen. Die Fallrevisionen haben im Jahr 2024 deutlich zugenommen – von ca. 2'900 auf ca. 3'400, da 2024 erstmals auch Revisionen hinsichtlich des Schutzstatus S gemacht worden sind.

Im Geschäftsjahr 2024 fand keine Revision des Bezirksrats statt. Der Bezirksrat übt im Auftrag des Regierungsrats die Oberaufsicht aus.

An dieser Stelle danke ich nochmals der Sozialhilfebehörde abschliessend für ihre Arbeit.

An dieser Stelle möchte ich ebenfalls noch kurz eine Information zum Ablauf mitgeben, weil das in der Kommission zu Verwirrungen führte. Die Sozialhilfebehörde hat wie die Schulpflege ein direktes Antragsrecht an das Stadtparlament. Die Geschäfte von diesen beiden Behörden werden beim Stadtrat eingereicht und der Stadtrat leitet das dann mit einer Abstimmungsempfehlung an das Parlament weiter. Das ist im Art. 21 der Organisationsverordnung des Stadtparlaments geregelt.

In diesem Sinne beantrage ich namens der SSK, dem Antrag des Stadtrats auf Kenntnisnahme des Geschäftsberichts 2024 zu folgen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Benedikt. Ich sehe, dass sich niemand aus dem Plenum für ein Votum angemeldet hat. Möchte sich der Stadtrat dazu äussern? – Auch Nicolas Galladé möchte sich nicht äussern. Von der Behörde selbst ist niemand anwesend. Von daher schreiten wir direkt zur Abstimmung.

A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: Der Bericht wird mit 52:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig zur Kenntnis genommen.

Somit haben wir das Traktandum abgeschlossen. Wir kommen jetzt zu den drei Geschäften, Traktandum 9/10/11. Hast Du eine persönliche Erklärung, Roman?

R. Hugentobler (Grüne/AL): Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen.

Wie Ihr ja schon gehört habt, interessiert es einige Leute, was bei den nächsten drei Traktanden hier drinnen besprochen wird. Diese Leute werden aber erst auf die Abendsitzung hier sein und ich fände es demokratiepolitisch wichtig, wenn das schon einige Leute bewegt, dass sie auch die ganze Debatte zu diesen drei Traktanden mitbekommen.

ENTWURF

Deshalb würde ich da beliebt machen, dass man diese Traktanden auf die Abendsitzung verschiebt.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Herzlichen Dank. Möchte sich jemand anders zu diesem Ordnungsantrag äussern? – Der Antrag ist also der, dass wir diese drei Traktanden auf die Abendsitzung verschieben. Das würde bedeuten, dass wir jetzt einfach noch mit dem Traktandum 12 beginnen würden. Es gibt eine Abstimmung über diesen Antrag.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Dem Ordnungsantrag wird mit 46:3 bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Die drei Traktanden 9/10/11 werden somit auf die Abendsitzung verschoben.

12. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.62: Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und der Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und der Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen. Zumindest das Vorstellen des Geschäfts werden wir schaffen. Das Wort hat Franziska Kramer-Schwob.

F. Kramer-Schwob (AK): Ich bin zuversichtlich, dass wir auch noch fertig werden mit der Vorstellung dieses Geschäfts, es ist eine übersichtliche Sache. Wir bewegen in diesem Parlament ja immer wieder sehr viel. Nicht mit diesem Geschäft, aber es ist eine technische Sache, die trotzdem wichtig ist.

Es betrifft die Zuständigkeit zur Festlegung der Mitgliederzahl des Wahlbüros. Das Thema ist: Wer legt die Anzahl Mitglieder des Wahlbüros fest? Ich danke an dieser Stelle der Stadtkanzlei, die mich unterstützt hat bei der Herstellung der Folien. Das kantonale Gesetz über die politischen Rechte regelt die Grundlagen zu diesem Thema. Und dieses Gesetz wurde im Jahr 2022 revidiert. Vorher war es so, dass man entweder in der Gemeindeordnung festschreiben konnte, wie viele Mitglieder das Wahlbüro hat, oder dann hat das Parlament das entschieden. Neu ist es so, dass man es auch in der Gemeindeordnung festschreiben kann – oder aber der Stadtrat legt das fest. Und wir hatten bisher in unserer Gemeindeordnung drin, dass es in der Zuständigkeit des Parlaments liegt. Und das ist nicht mehr zulässig. Das Gesetz über die politischen Rechte schreibt vor, dass wir das noch in dieser Amtsdauer anpassen und eine Volksabstimmung dazu durchführen müssen.

Eine feste Anzahl von Mitgliedern des Wahlbüros in die Gemeindeordnung hineinzuschreiben, ist sehr starr, denn bei jeder Anpassung – wenn man merken würde, man hat zu wenige oder man hat zu viele – müsste man eine Volksabstimmung durchführen. Deshalb ist es relativ klar, dass man diese Zuständigkeit dem Stadtrat zugestehen möchte. Der Stadtrat soll das aber selbst bestimmen und nicht weiterdelegieren können, deshalb schreibt man das in Art. 33 Abs. 1 der Gemeindeordnung. Dort ist die Aufzählung der nicht übertragbaren Aufgaben des Stadtrats aufgelistet.

Man muss selbstverständlich auch die bisherige Zuständigkeit des Parlaments streichen, sonst hätte man ja mehrere Zuständigkeiten drin. Diese Streichung fehlt in der Weisung des Stadtrats und deshalb hat die AK das mit einem Kommissionsantrag noch eingefügt. Ich gehe davon aus, dass wir heute Abend noch darüber abstimmen, ob man mit diesem Kommissionsantrag einverstanden ist, damit es nicht zu einem Widerspruch kommt zwischen diesen beiden Artikeln in der Gemeindeordnung.

Die Gemeindeordnung wird dann so aussehen: Man nimmt in Art. 19 Abs. 1 die Zuständigkeit des Stadtparlaments heraus. Im Art. 33 Abs. 1 nimmt man die Zuständigkeit des Stadtrats hinein. Und bei Art. 61, in dem das Wahlbüro an sich geregelt ist, schreibt man hinein, dass neu die Mitgliederzahl vom Stadtrat zu bestimmen ist. Dann passt man noch die Verordnung

ENTWURF

über Wahlen und Abstimmungen im gleichen Sinne an. Diese Verordnung ist in der Parlamentszuständigkeit und über die Gemeindeordnung gibt es wie gesagt dann noch eine Volksabstimmung.

Noch kurz zur Information: Stand Mai 2025 gab es 657 Wahlbüro-Mitglieder plus 463 Hilfspersonen. In den Urnengängen des letzten Jahres, 2024 und anfangs 2025 (die waren extrem unterschiedlich im Aufwand) musste man zwischen 141 und 400 Wahlbüro-Mitglieder plus Hilfskräfte im Total jeweils einsetzen. Das waren alles Urnengänge ohne grosse Wahlen wie Parlamentswahlen auf kommunaler oder kantonaler Ebene, dann bräuchte man noch mehr gleichzeitig. Das zum Hintergrund – und das war es schon.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Franziska. Dann starten wir auch noch die Diskussion im Plenum. Bereits angemeldet für die SVP hat sich Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (SVP): Herzlichen Dank, Franziska, für das Vorstellen des Geschäfts. Die SVP-Fraktion hat dem nichts hinzuzufügen, wir stimmen zu.

M. Gnesa (SP): Danke, Franziska, für die Vorstellung des Geschäfts. Wir haben es gehört: Die Anpassung der zwei Erlasse wird notwendig, weil der Kanton bei der Revision des Gesetzes über die politischen Rechte die Zuständigkeit für die Festlegung der Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros geändert hat. Von den zwei Möglichkeiten, die verbleiben, wie wir vorhin gehört haben, erscheint uns die vorgeschlagene Lösung sinnvoll. Sie erlaubt eine rasche Anpassung der Anzahl Mitglieder, abhängig vom Bedarf, und ist um einiges flexibler als die Anzahl der Wahlbüromitglieder in der Gemeindeordnung fix festzulegen. Wollte man nämlich die Anzahl in der Gemeindeordnung festlegen, müsste auch bei einer ganz kleinen Änderung eine Volksabstimmung durchgeführt werden, was natürlich in keinem Verhältnis zum Aufwand steht. Daher begrüssen wir die neue Lösung.

M. Zundel (Grüne/AL): Danke vielmals, Franziska, für das Vorstellen des Geschäfts. Das geht so nicht! Wir werden stetig entmündigt und verlieren Stück für Stück unsere Rechte. Nein, im Ernst: Die Anpassung ändert in der Praxis nicht wirklich etwas. Und irgendjemand wird sich beim Kanton schon was dabei überlegt haben. Die Grünen/AL stimmen der Änderung der GO und der Verordnung Wahlen und Abstimmungen zu.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Danke, Franziska, für das Vorstellen des Geschäfts. Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt dem Geschäft und der gesetzlich notwendigen Anpassung zu. Uns ist einfach wichtig, dass wir funktionierende Wahlbüros haben. Denn diese sind eine wichtige Stütze der Demokratie. Die Bevölkerung muss darauf vertrauen können, dass die Zählung richtig durchgeführt wird. Wir bedauern aber, dass die Chance nicht genutzt wurde, weitere kleine, wichtige Änderungen in der Geschäftsordnung zu machen. Wir vergeben uns so die Chance, Synergien nutzen zu können – und jede Volksabstimmung bringt Kosten mit sich.

J. Fehr (FDP): Vielen Dank, Franziska, für die Vorstellung. Ja, ich kann mich fast allen Vorrednern anschliessen – vielleicht in diesem Geschäft nicht gleich auf den ersten Satz bei den Grünen/AL.

Die FDP-Fraktion sagt auch Ja zu diesem Geschäft. Vielen Dank.

F. Kramer-Schwob (EVP): Wir sagen natürlich auch Ja zur Vorlage. Wir bedauern aber auch, dass man jetzt mit einer einzigen inhaltlichen Änderung eine solche Vorlage in die Volksabstimmung schickt. Die GO ist jetzt 3.5 Jahre in Kraft. Es hätte den einen oder anderen Punkt gegeben, den man im gleichen Aufwasch durchaus auch hätte mitanpassen können. Der Stadtrat hat diese Chance leider verpasst. Danke.

ENTWURF

Stadtpräsident M. Künzle: Wir haben keine Chance verpasst, sondern wir haben ganz vorsichtlich gesagt, wir wollen das so halten und nicht zwei Geschäfte in die Gemeindeordnung bringen, die miteinander direkt gar nichts zu tun haben. Aber wir haben ja miteinander abgemacht, wie das dort weitergeht.

Ich möchte mich auch bedanken bei Franziska. Und zu den Grünen/AL muss ich sagen: Wir machen es halt vielleicht einfach besser.

Nein, im Ernst, das ist die Kompetenz, die von oben so festgehalten worden ist. Und wir setzen einfach um, was vom Kanton her so gekommen ist. Und deshalb denke ich, dass es so richtig gelaufen ist.

Ich möchte natürlich die Gelegenheit auch gleich noch nutzen, den Mitgliedern des Wahlbüros, den Leitenden dieser Wahlbüros, an dieser Stelle herzlich zu danken. Sie leisten eine riesige Arbeit. An wunderschönen Sonntagen, an denen man auch ein anderes Programm haben könnte, sitzen sie in ihren Wahlbüros und zählen aus, so dass es stimmt. Sie melden uns diese Resultate, wir fassen sie mit dem Zentralwahlbüro zusammen und überprüfen sie nochmals. Es ist eine Riesenarbeit und dafür möchten wir an dieser Stelle ganz herzlich danken. Merci vielmal.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Mike. Dann können wir tatsächlich auch noch abstimmen über dieses Geschäft. Es geht zuerst darum, ob wir dem Ergänzungsantrag der AK zustimmen oder ihn ablehnen. Ich habe nichts davon gehört, dass er abgelehnt werden soll, deshalb würde ich nachher empfehlen, dass wir dann bereinigt über die Anträge 1-3 wieder zusammen abstimmen. Dazu gibt es keine Gegenvoten.

Wir beginnen mit der ersten Abstimmung, da geht es um den Ergänzungsantrag der AK (Aufhebung des redundanten Art. 19 Abs. 1 lit. F).

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Ergänzungsantrag der AK wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung über alle 3 Anträge inkl. dem Ergänzungsantrag AK.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge 1 – 3 inkl. dem Ergänzungsantrag AK werden mit 53;0 bei 0 Enthaltungen einstimmig zuhanden der Volksabstimmung angenommen.

Somit haben wir auch noch das Traktandum 12 abgeschlossen und jetzt haben wir es uns verdient, dass wir in die Nachtessenspause gehen dürfen. Ich danke Euch herzlich und schliesse die erste Sitzung.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Liebe Kolleg:innen, liebe Gäste. Ich würde Euch gerne schon begrüßen zum Beginn der Sitzung. Nun ist es aber leider so, dass aus feuerpolizeilichen Gründen in diesem Raum nur so viele Personen sein dürfen, wie es Sitzplätze hat. Wenn man hinausgeht, gibt es geradeaus noch einen Raum, in dem alles live übertragen wird, wo Ihr die Voten auch seht und hört. Und ich muss einen Teil der anwesenden Gäste leider bitten, in diesem Übertragungssaal unsere Sitzung anzuschauen. (*Wiederholt das auf Bitte aus dem Publikum zusammengefasst auf Englisch*). Vor allem diejenigen Personen, die noch keinen Sitzplatz haben, wären wahrscheinlich prädestiniert für das. – Herzlichen Dank für die Kooperation.

Dann habe ich zuerst noch eine Mitteilung: Aus familiären Gründen musste sich André Zurikat für die Abendsitzung entschuldigen.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.36: Verpflichtungskredit von Fr. 3'160'000 für die Neuerschliessung und Strassenverlegung (Projekt-Nr. 5018220), Erholungsgebiet Rosenberg, Pfadiheimweg, Winterthur

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.37: Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 6'900'000 für den Neubau des Campingplatzes (Projekt-Nr. 5002460), «Campingplatz am Schützenweiher», Erholungsgebiet Rosenberg, Eichliwaldstr. 4, Winterthur

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.38: «Stadtrandpark Schützenweiher», Verpflichtungskredit von Fr. 2'331'345 zur Weihersanierung und Umgestaltung Uferpark (Projekt-Nr. 5015830_13324)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Wir kommen jetzt wie angekündigt zu den drei Zeltplatz-/Campingplatz-Traktanden kommen. Es beginnt mit Traktandum 9, die Präsentation übernimmt der Referent Markus Nater.

M. Nater (SBK): Bei der Entwicklung Erholungsgebiet Rosenberg geht es um ein Legislaturprojekt der Stadt Winterthur. An dieser Stelle gleich mein Dank an alle, die sich daran beteiligt haben. Es ist wirklich ein Querschnittsprojekt mit ganz verschiedenen Departementen, die hier zugearbeitet haben. Merci für die Fragenbeantwortungen in den Kommissionen, merci auch dafür, dass wir als Kommission den Camping besichtigen durften. Wir konnten dort auch Fragen stellen und bekamen einen Einblick vor Ort, wie es dort genau aussieht. Von daher vielen Dank für die Möglichkeiten, die Informationen zu beschaffen.

Wenn man auf das Projekt schaut: Der Stadtrandpark und das Gebiet Rosenberg sind wirklich ein grüner Rahmen von Winterthur. Man ist sehr nahe in einem Naherholungsgebiet und Wald; von daher eigentlich eine ideale Gegend, um auch Ausflüge zu machen. Auf der anderen Seite ist es sehr gut erreichbar, einerseits durch den öffentlichen Verkehr mit dem 3er.Und gerade für das Camping ist es ideal mit der Autobahnausfahrt Ohringen, die gleich oben dran ist. Also von daher ist es ein sehr gut gelegenes Gebiet. Man hat aber wirklich auch gesagt, dass man dieses Gebiet weiterentwickeln will, weil dort schon lange nichts mehr gemacht wurde.

Hier die Vogelperspektive auf die Situation. Man sieht da den Schützenweiher. Als ich dieses Bild gesehen habe, fragte ich mich, ob das der grösste See von Winterthur ist. Ich weiss es noch nicht ganz, aber das kann mir vielleicht irgendwann jemand sagen. Unten sieht man das Schützenhaus. Was dann auch wichtig ist: Gleich neben dem Schützenweiher geht das Eichwiesliwegli hinauf in den Wald. Rechts davon ist der Camping. Dann der Parkplatz, das Gebiet für die Fahrenden und das illegale Camping ganz rechts, das dann nachher im Weg ist für den Weg in die Vereinszentralen. Da sieht man ein bisschen, was dort alles los ist: Es sind ganz viele Aktivitäten, die dort in der Gegend am Laufen sind. Und links oben sieht man, dass auch sehr viele Vereine dort tätig sind.

Wenn wir weitergehen: Das Projekt ist ein grosses Projekt, ein Legislaturprojekt. Es hat vier Teilprojekte: Zuerst einmal den Schützenweiher, sicher etwas, das zentral ist, dazu sagt

ENTWURF

nachher Philipp Angele noch etwas. Dann haben wir den Zulauf und den Auslauf des Dorfbachs, dieses Projekt werden wir heute hier nicht besprechen. Dann haben wir den Campingplatz für 6.9 Millionen und, auf das gehe ich nachher gleich ein, die Neuerschliessung. Da sieht man ein bisschen, wie es nachher aussieht: Man kommt nachher vom Schaffhauserplatz her nicht mehr über die Eichliwaldstrasse hinein, sondern über den Pfadiheimweg. Das Ganze kostet als Gesamtpaket ca. 15 Millionen und es ist wirklich ein Ensemble. Aber es ist ganz klar: Es sind vier Kreditvorlagen, zu denen man einzeln Ja oder Nein sagen kann. Und jede dieser Kreditvorlagen, so wurde es uns vom Stadtrat gesagt, kann auch separat umgesetzt werden.

Kurz zum Zeitplan mit den vier Projekten: Es wird jetzt im Parlament behandelt. Die Ausschreibungen sollten im 2026 starten und die Ausführung im 2027.

Zur Neuerschliessung: Bisher ging alles über die Eichliwaldstrasse. Es ist ein Engpass und auch aus Sicherheitsgründen sehr kritisch: Dort sind kleine Kinder, dort sind Velofahrende, dort gibt es Autoverkehr, dort lädt man ab. Es ist dort immer sehr viel Betrieb und von dem her ist es ideal, dass man das entflechtet und dort eine andere Situation schafft. Den Rückstau auf die Schaffhauserstrasse gibt es auch noch, also von daher überhaupt keine idealen Bedingungen. Es wurde darüber gesprochen, dass das schon länger bekannt ist; und jetzt hat man die Möglichkeit, das entsprechend anpassen zu können. Auf dem Bild sieht man die Situation mit der sehr engen Strasse und dass es dort wirklich Konfliktpotenzial gibt. Wenn dort ein Lastwagen ist, der Sachen abladen will, dann hat man dort kaum mehr eine Chance zum Durchkommen, wenn dort noch ein zweites Auto ist. Ich weiss nicht, wer schon alles dort war, aber es gibt dort auch noch einen kleinen Bereich, wo jeweils die Kinder herumtoben. Also von daher ist es wirklich keine ideale Situation.

Was hat man vor? Alles wird nach Norden verlegt, in den Pfadiheimweg, damit man dort einen sicheren Zugang hat. Ganz wichtig ist, dass man den Uferpark dort frei macht, damit hat man dann bessere Möglichkeiten, den Zugang zum Weiher zu verbessern, aber auch um dort einen Park zu bauen, der eine schönere Aufenthaltsqualität hat. Und auch der anderen Seite eben auch, dass man nachher eine entsprechend gute Zufahrt hat zum Vereinslager.

Das sieht man hier: Der Pfadiheimweg hat eine genügende Breite, da kommt man gut aneinander vorbei. Ich denke, das ist wirklich verkehrstechnisch eine Verbesserung.

Was wir auch noch haben, ist die Parkplatzsituation heute. Das ist teilweise im privaten Eigentum, es ist sanierungsbedürftig. Wir haben im Moment 108 Parkplätze, die sind dort verteilt, wo auf dem Plan PP steht. Die Parkplatzsituation heute sieht man hier auf dem Bild. Auf dem Situationsbild sieht man, dass es wirklich sanierungsbedürftig ist. Es funktioniert, aber es braucht eine Sanierung und neue Strukturierung.

Neu strukturiert soll es so aussehen: Beim Minigolf hat man 57 Parkplätze und oben dran 44 Parkplätze und mit dem Pfadiheimweg soll die Entflechtung möglich werden, so dass man dort wirklich gerade durchfahren kann. Und nachher soll beim Schützenhaus nur noch ein kleiner Zugang sein für Anlieferung und Abtransport, es ist dann ein privater Bereich dort.

Was auch noch ist: Man verschiebt den Standplatz der Fahrenden. 2024 gab es einen Brand dort, das konnten wir mit der Kommission auch besichtigen. Dort hat man nur behelfsmässig die Verbesserungen gemacht. Man sagte dort, es braucht auch eine rechtskonforme Erneuerung. Die Verschiebung des Standplatzes der Fahrenden geht auf das Feld, wo im Moment das illegale Camping ist.

Vielleicht ganz kurz, wie es nachher aussieht: Ganz links ist gut ersichtlich, wie die Verteilung ist. Grün ist für den Autoverkehr, Rot ist nur noch für den Fussverkehr. Wir erhalten dort eine Situation, dass dann das Flanieren und der Fussverkehr sehr gut möglich ist; man kann um den See herumgehen, man kann auch über den Steg gehen. Es gibt wirklich eine sehr gute Verbesserung. Man kommt aber immer noch sehr gut zu den Vereinslokalen, von daher denken wir, verkehrstechnisch ist das ein Gewinn. Ganz rechts sieht man es noch besser: Mit den Velos kann man immer noch überall durchfahren, ausser auf dem roten Teil, der dem Fussgängerverkehr vorbehalten ist, wo man Flanieren kann. Ich denke, das gibt wirklich eine Verschönerung dieser Gegend, gerade auch mit dem See, der dort ist.

ENTWURF

Zu den Kosten: Das Ganze kostet 3.16 Millionen, für die Umgebung werden 2.2 Millionen investiert. Und vielleicht als Fazit: Es wird sicherer, man hat nachher wirklich mehr Platz für den See und den Uferbereich, es wird aufgewertet und es wird v.a. auch möglich, besser zu den Vereinslokalen zu kommen.

Das hat die Sachkommission Stadtbau überzeugt und von daher war die Zustimmung für dieses Geschäft bei 9:0 in der Sachkommission.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Herzlichen Dank. Dann bitte ich Dich, gleich mit dem zweiten Projekt fortzufahren, das ist der Campingplatz an sich.

M. Nater (SBK): Zum zweiten Projekt des Entwicklungsgebiets Rosenberg: Hier sieht man wieder die Übersichtssituation, das Grüne ist der momentane Bestand des Campings am Schützenweiher. Das ist die geplante Entwicklung und da sieht man schon die Neuausrichtung dieser vier Projekte.

Jetzt gehen wir ins Detail: Das ist eine Aussenansicht. An dieser Stelle nochmals vielen Dank dafür, dass wir den Campingplatz besichtigen durften. Das Gebäude ist aus den 1950er-Jahren, das merkt man. Aus unserer Sicht wurde das sehr gut unterhalten, aber es stammt halt aus dem Jahr 1950.

Grundsätzlich: Der Campingplatz hat eine sehr gute Lage, ist sehr schnell erreichbar. Von der Erholung her oder von dem, was man machen kann, ist es ideal: Es ist am Stadtrand, doch noch zentral, aber man ist schnell im Wald. Es ist, wie es auch von der Stadt propagiert wird, ein wichtiger Standortfaktor für Winterthur.

Wir sprechen da von ca. 20'000 Übernachtungen pro Jahr, bei steigender Nachfrage. Damit man sich das ein bisschen vorstellen kann: 20'000 Übernachtungen sind durchschnittlich 60-70 Übernachtungen pro Tag. Das ist aber natürlich sehr unterschiedlich; während dem Albanifest waren sicher einige mehr dort, es haben auch einige mehr Platz. Die Übernachtungen, die man dort hat, sind also sehr variabel.

Wie gesagt, das Gebäude ist aus den 50er-Jahren und wenn ein Haus aus den 50er-Jahren ist, dann sind die Installationen, Aufenthaltsräume, Stellplätze nicht mehr auf dem richtigen Stand oder nicht mehr auf dem Stand, auf dem sie eigentlich sein müssten. Der Unterhalt ist gut, aber jetzt muss man sich überlegen, wie man in die nächsten Jahrzehnte gehen kann. Von dieser Ausgangssituation aus hat man mehrere Varianten geprüft. Und an dieser Stelle noch ein wichtiger Punkt: Egal, was passiert: Das Pachtverhältnis, das im Moment besteht mit den Betreibern, wird ganz sicher per 30. September 2026 enden.

Hier sieht man die Ansicht von hinten, mit dem provisorischen Zelt. Wege und Stellplätze sind schmal, aber ich glaube, die Leute, die dort immer wieder hingehen, sind sich das gewohnt und sehen deshalb den Veränderungsbedarf nicht gross. Jetzt ist einfach die Frage, wie man in die nächsten Jahrzehnte geht.

Hier noch eine Ansicht – und noch eine Ansicht. Es sind noch ganz neue Folien drin, habe ich jetzt gerade gemerkt, die vorher nicht drin waren. Also vielen Dank an die Stadt an dieser Stelle. Voilà, jetzt sind wir durch die Folien durch, die noch hinzugefügt wurden.

So sieht das Zukunftsbild aus: Es ist immer wieder erstaunlich, was man mit Digitalisierung machen kann. Da haben wir die grossen Bäume, ein sehr idyllischer Campingplatz. Aber ich denke, es gibt trotzdem ein Bild davon, wie es einmal aussehen könnte. Wenn man das sieht: Es ist eine Aufwertung und man sieht, in welche Richtung es gehen müsste in Zukunft.

Hier sieht man es ein bisschen klarer, auch mit dem Weg über den Schützenweiher. Es gibt eine Verschiebung nach Norden und es gibt eine Vergrösserung um 20%, d.h. es gibt mehr Plätze für die entsprechenden Besucher. Und was es auch gibt, oder weiterhin gibt, ist ein Mix aus Touristen- und Saisonplätzen. Einfach das, was in Zukunft nicht mehr möglich ist – und das ist nicht von der Stadt aus oder vom Parlament aus, dass man sagt, eine Jahresmiete ist nicht mehr möglich -, sondern der Grund ist einfach, dass es ein Gebiet in einer Erholungszone ist. Und in der Erholungszone ist einfach kein Jahresaufenthalt möglich. Und Jahresaufenthalt heisst nichts anderes, als dass man sich nachher bei der Stadt nicht mehr anmelden kann als Daueraufenthalter.

ENTWURF

Hier sieht man die Verschiebung des Campings nach oben und man sieht auch, dass man nachher auch links verstärkt nach oben zieht. In der Kommission wurde bemängelt, dass die Bäume, die neu gepflanzt werden, auch gerade auf dem Campingplatz, eher etwas spärlich sind. Die Stadt hat das entsprechend aufgenommen, dass dort mehr Bäume gepflanzt werden.

Was hat man vor? Grundsätzlich macht man einfach die neuesten Standards, die neuesten Vorgaben, die man hat beim Campingplatz. Jeder Stellplatz soll einen eigenen Strom-, Wasser- und Internet-Anschluss haben. Und der Punkt, den wir als Kommission hineingebracht haben mit den mehr Bäumen, wurde von der Stadt aufgenommen und sie plant, das entsprechen umzusetzen.

Aus Sicht der Stadt ist es so, dass wir einen Camping brauchen, dass wir alternative Übernachtungsmöglichkeiten für unsere Gäste und Besuchenden in Winterthur brauchen. Und die Stadt glaubt an den Camping-Boom, wie natürlich auch der TCS. Und von daher ging auch das Angebot ein, dass man sagt, mit dem TCS geht man nachher in die Zukunft.

Die Stadt hat verschiedene Varianten geprüft und das in der Kommission entsprechend aufgezeigt. Es waren die Varianten Verkauf des Campingplatzes, Schliessung und Rückbau war auch eine Möglichkeit, minimalste Sanierungen und Vermietung (das ist ja auch das, was die IG Camping anstrebt) und die Variante Abgabe im Baurecht. Das sind die Varianten, die geprüft wurden. Man hat sich dann für die Variante entschieden, dass der Grundausbau bei der Stadt ist und dass nachher die entsprechenden Mieterausbauten (d.h. Innenausbau, mobile Mietunterkünfte) und der Betrieb durch den TCS durchgeführt werden.

Der TCS ist ein erfahrener Partner, er hat schon 10-20 Campingplätze, die er betreibt.

Es sind herausfordernde Themen: Einerseits haben wir die illegal besetzte Parzelle, die dann für die Fahrenden gebraucht wird. Dort ist halt wirklich die Frage, wie man weiter vorgeht. IG Camping, die uns das vorgestellt hat und uns auch eine Variante präsentiert hat, steht für eine sanfte Renovierung ein. Dort wurde auch davon gesprochen, dass man unter Umständen das Referendum gegen diese Vorlage erhebt. Ich bin gespannt, wie es dann aussieht, wir werden sehen, was Roman nachher sagt. Und auf der anderen Seite: Es ist kein dauerhafter Wohnsitz mehr möglich. Einerseits wurde das bisher geduldet aus Verhältnismässigkeit – nicht weil es rechtskonform gewesen wäre, sondern weil es geduldet wurde. Es wurde aber auch klar gesagt von der Stadt, dass dort Unterstützung angeboten wird für die Dauer-camper, dass dort Möglichkeiten vorhanden sind.

Kurz zu den Kosten, die nachher noch intensiver betrachtet werden: Es ist ein Kredit über 6.9 Millionen. Das Gebäude kostet 1.6 Millionen und das Meiste geht in die Umgebungsgestaltung.

Hier haben wir eine Übersicht: Die Planung hat schon ca. 700'000 Franken gekostet, deshalb sind wir jetzt schon bei 7.6 Millionen. Der TCS-Mieterausbau wird mit 1.5 Millionen zu Buche schlagen. Das heisst, dass man alleine für den Campingplatz ungefähr 9 Millionen investiert. Und man sagt, mit den 9 Millionen sind wir dann so weit, dass der Campingplatz wieder für die nächsten 30 Jahre betrieben werden kann.

Die Mieteinnahmen werden mit 195'000 Franken veranschlagt. Die Nettoinvestitionskosten der Stadt sind 227'000 Franken. Die Stadt sagt natürlich, sie hätten sehr konservativ gerechnet und sie meint, mit den Kosten käme sie noch runter, sie seien eher zu hoch gegriffen.

Kurz zur Zusammenfassung (ich muss gerade schauen, ob noch eine neue Folie drin ist): Es soll kein Luxus entstehen, auch kein Verkaufsgeschäft. Es sollen einfach ausgestattete Unterkünfte sein, die durch die Mieter bezahlt werden. Es ist ganz klar: Saisonmieten sollen weiterhin möglich sein, aber ohne Wohnsitznahme. Das sind einfach die Bedingungen, die für Erholungszone gelten. Die finanzielle Belastung haben wir vorhin schon kurz angeschaut. Da kommt vielleicht noch dazu, dass der Unterhalt, der heute am Laufen ist, in Zukunft durch den Mieter bzw. den TCS auch übernommen wird.

Zusammengefasst: Eine der wichtigsten Fragen, die sich stellt, ist: Braucht Winterthur einen Campingplatz? Die Stadt Winterthur sagt ganz klar Ja. Einerseits für die Wertschöpfung der Stadt, andererseits für den Tourismus (dass wirklich Leute hierhin kommen können und auch

ENTWURF

die Möglichkeit haben, hier Camping zu machen), für den Standort selbst (damit sich das weiterentwickeln kann, deshalb auch diese Vergrößerung).

Und einfach nochmals als Hinweis, was bei einem Nein passiert: Der Mietvertrag mit der Pächterschaft wird ohnehin per 30.09.2026 gekündigt, das würde dann also eine Schliessung des Campingplatzes und ein Rückbau der Anlage bedeuten. Die Verlegung vom Standplatz der Fahrenden kommt und es gäbe einfach noch eine Kompensation der Fruchtfolgeflächen. Dieses Geschäft wurde in der Kommission intensiv behandelt, es waren sehr viele Fragen. Wir haben den Campingplatz angeschaut. Es gab widerstrebende Meinungen, positive und negative Meinungen, das werden wir nachher in der Diskussion noch hören. Die Sachkommission Stadtbau hat diesem Geschäft mit 7:2 zugestimmt.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Markus, für die Präsentation des zweiten Teils. Für den dritten Aspekt dieses Geschäfts, den Stadtrandpark Schützenweiher, ist der zuständige Referent Philipp Angele. Nachher starten wir in die Diskussion zu diesen Themen und kommen am Schluss zur Abstimmung.

Ph. Angele (SBK): Ich sage etwas über die Weisung 2025.38, das ist der Schützenweiher. Weiher, teilweise haben wir schon See gehört oder Tümpel – es gibt ja alle Namen für dieses Gewässer. Es gehört jedenfalls als Ensemble zu diesen drei Anträgen. Die Vorinformationen kann man eben in der Weisung lesen, ich mache jetzt da eine komprimierte Version, damit man einfach einen Überblick hat. Nachher schauen wir noch auf die Finanzen und was in der Kommission diskutiert wurde und dann das Schlussresultat der Abstimmung in der Kommission.

Beim Schützenweiher geht es um den Teil A (der Weiher selbst, das Gewässer) und den Teil B (der Uferpark, der natürlich auch mitsaniert werden müsste). Die Ausgangslage ist die Verlandung des Weihers, das sieht man im Querschnitt schematisch gut dargestellt. Es hat Sedimente und Dreck am Boden, das reduziert die Wassertiefe und setzt dem «künstlichen Weiher» zusehends zu. Um das zu beheben, muss man den Weiher sanieren, damit man wieder eine gewisse Wassertiefe hat und auch das Oberflächenwasser anteilmässig wieder grösser wird. Man sieht klar, dass man relativ viel Seerosenwachstum usw. hat, das führt zu einer gewissen Überhand und das Wasser wird dann wie verdrängt. Man saugt das Schlammmaterial mit einem Saugbagger ab und macht dann mit Geotubes eine Art Drainage, indem man das Schlammmaterial aufsaugt und vom Wasser trennt. Das wird dann getrocknet und man kann es dann wieder örtlich einsetzen.

Im rechten Bereich sieht man, wie das konzeptionell aufgeteilt ist. Es gibt eine intensive Nutzungszone im oberen Bereich, die mit dem Uferpark und dem Camping eine Symbiose bildet. Im unteren Bereich hat man dann die wirklich extensive Nutzung, wo man die Amphibien, spezielle Flora und Fauna ansiedeln kann und sie dann in einem geschützten Raum sich selbst überlassen kann.

Die Idee ist, das sieht man hier gut mit der gepunkteten Linie, ein Rundgang. Wer es jetzt schon kennt dort, der geht ja jetzt durch das Restaurant Schützenhaus – oder eben auch nicht. Und nachher gibt es dort einen Steg über das Wasser, mit dem man den See ausserhalb des Restaurantbereichs umrunden kann. Ein Steg kostet etwas, hat aber auch etwas Magisches und ist sicher eine Aufwertung des ganzen Weihers und Projekts. Hier noch eine schematische Darstellung, mit dem Weiher und der Insel, die man dort hat. Die Insel wird etwas freigespielt im Rahmen der Sanierung, so dass man sie wieder besser sieht. Dann ist hier der Steg eingezeichnet, so dass die Gastronomie und das Schützenhaus ein bisschen physisch getrennt sind von dem Rundgang, der für die Bevölkerung da ist und v.a. eine Fussgängerzone ist.

Hier noch ein paar Stimmungsbilder zur Situation, das hilft immer. Man sieht hier, dass man auf der Nordseite die Aufwertung machen will mit dem Park und der Ufertreppe. Eine ähnliche Treppe gibt es schon in Töss, dort gibt es eine ähnliche Konstellation mit der Treppe, mit der man einen erleichterten Zugang zur Töss hat. Hier kann man es sich ähnlich vorstellen,

ENTWURF

es ist eine Möglichkeit, das Erlebnis und den Zugang zum Weiher und zum Wasser zu erleichtern bzw. zu ermöglichen. Es ist auch eine Art Verweilzone. Auf der Grafik sieht man auch im Hintergrund ein Kiesufer. Die Illustrationen sind hilfreich, um ein gewisses Verständnis oder Vorstellungsvermögen entwickeln zu können. Hier eine Visualisierung von oben, auf der man den Steg prominent sieht, die Ufertreppe und den Uferpark, den man nutzen kann. Dieser wird mit der Strassenverlegung vom Geschäft vorhin, das Markus gut vorgestellt hat, breiter und ermöglicht verschiedene Nutzungen. Man sieht dann auch den Übergang zum Camping und die Intensivierung des Uferparks. Es hat eine gewisse Grosszügigkeit und ist so auch im Masterplan als Erholungsgebiet ausgeschrieben.

Noch zu den Kosten: Links das Gesamtprojekt, wie es in der Weisung formuliert ist. Links oben sieht man die BKP-Positionen. Vielleicht etwas klein, es ist der typische Baujargon, es sind Vorbereitungsarbeiten, Betriebseinrichtungen, Umgebung. Das ergibt totale Erstellungskosten (inkl. der Reserven, die man beim Bauen typischerweise auch einplant) von 3.755 Millionen. Und dann gibt es noch die Stadtratsreserven, das ist bei den Bauvorhaben in Winterthur üblich, damit kommt man auf 4.131 Millionen. Man kann damit eine Entnahme aus dem Luciak-Fonds bewerkstelligen: Dafür gibt es gewisse Auflagen, wann man Geld herausnehmen und für was man das einsetzen darf. Für dieses Projekt, das hat die Stadt geprüft, kann man das so entnehmen und dafür verwenden.

Die Diskussion war, man könnte das Projekt doch reduzieren oder anders machen. Das ist durchaus möglich, man könnte nur eine Weiheranierung mit Uferbauten machen, das wurde auch diskutiert. Dann sind die Kosten tiefer, aber man kann auch weniger Geld aus dem Luciak-Fonds entnehmen. Und wenn man nur den Uferpark machen würde, dann wäre es gar nicht möglich, aus dem Fonds einen Finanzierungszuschuss zu entnehmen.

In der Kommission gingen auch zahlreiche Fragen ein, auch ad hoc. Ich führe die wichtigsten oder einige davon kurz auf. Eine Frage war, wie viel der Steg alleine kostet. Die Antwort von Stadtgrün war: 270'000 Franken plus/minus 15%. Eine weitere Frage war dazu, in was für einer Qualität das kommt, wie viel Unterhalt man machen muss etc. Da gibt es heutzutage gute Elemente, so dass Unterhalt und Betrieb von den Kosten her moderat sind. Ein Thema war auch, dass ein solcher Steg ein Magnet ist, das sieht man auch bei anderen Bauprojekten. In Rapperswil gibt es den Seedamm, über den man gehen kann, und links davon hat es auch einen Steg. Es ist eine «Zürichsee-Überquerung», aber es hat mehr Leute und mehr Frequenz gegeben dadurch. Und etwas ähnliches hat man gebaut im Totentäli, dort gibt es auch einen solchen Steg. Dieser Steg ist auch gut besucht von Wandergruppen u.ä.; das hätte man prinzipiell auch anders lösen können, aber der Steg ist irgendwie eine Art Magnet.

Ein weiteres Thema war noch Velo und Fussgänger, wie man das miteinander verbindet. Auf der Karte bei Markus hat man gut gesehen: Grundsätzlich ist es Fahrverbot, aber es gibt gewisse Ausnahmen, oben im Bereich, wo die Modellbootbauer ihren Anlegeplatz machen, über die Buchackerstrasse. Dort ist es punktuell eine Ausnahme, dass man mit dem Auto zufahren kann. Aber der grösste Teil ist wie gesagt rein exklusiv für die Fussgänger. Ein weiteres Thema war der Spazierweg Richtung Wald. Dort ist es so: Bis zum Abenteuerspielplatz ist man auf der Eichliwäldlistrasse. Nachher kommt das vierte Projekt, das noch in der Pipeline ist, mit dem Umbau des Dorfbachs und mit dem Hochwasserschutz dort. Wenn man das baut, dann wird das dort neu angelegt. Eine weitere Frage war, was ist, wenn man den Steg so nicht baut. Das geht durchaus, es ist quasi optional vom Gedanken her, aber es ist so, dass dann auch der Beitrag aus dem Luciak-Fonds gekürzt würde (das war jedenfalls die Aussage, die gemacht wurde). Denn das wäre dann eine Finanzierung ohne Mehrwert – und wenn man den Steg im Projekt drinhat, dann geht man schon von einem Mehrwert aus. Man kann es in drei Punkten zusammenfassen: Der Weiher ist stark verlandet und hoch sanierungsbedürftig. Es ist eine Chance, wahrscheinlich einmalig, das Ganze als gesamten Naherholungsraum aufzuwerten, und es ist auch ein riesiger Mehrwert für die Stadt Winterthur und für unsere Bürger und Bürgerinnen. Das Projekt ist eine optimale und beispielhafte Kombination von Naherholungs- und Naturraum, Flora, Fauna – es ist wirklich etwas, das etabliert und gewachsen ist und eine hohe Aufenthaltsqualität hat.

ENTWURF

Die Weisung, wie sie hier vorgelegt wird und über die man in der SBK in der Schlussabstimmung abgestimmt hat, ist der Verpflichtungskredit über 2.331 Millionen Franken. Das Geschäft wurde 9:0 angenommen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Philipp, für die Vorstellung. Somit haben wir die drei Vorstellungen durch. Aufgrund eines Hinweises aus dem Parlament muss ich die Person, die auf dem Platz von Samuel Kocher sitzt, ebenfalls bei den Zuschauer:innen Platz zu nehmen. Ich hoffe, das stimmt jetzt so für alle. Sonst darf man sich gerne wieder bei mir melden. Wir kommen jetzt zur Diskussion dieser zusammengefassten drei Traktanden.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass sowohl positive wie auch negative Gemütsausbrüche, sowohl aus dem Parlament wie auch aus dem Zuschauerraum, leider nicht erlaubt sind. Und ich bitte alle Anwesenden, sich an das zu halten.

Ich eröffne jetzt die Diskussion. Als erstes hat sich gemeldet von den Grünen/AL: Michael Zundel.

M. Zundel (Grüne/AL): Danke vielmals an Markus und an Philipp für das ausführliche Vorstellen der drei Geschäfte. Zuerst möchte ich auf die positiven Sachen hinweisen. Es ist ein konsequentes Umsetzen des Stadtrandparks, der ja ein Legislaturziel ist. Zugänglich machen des Weihers, die Renaturalisierung des Dorfbachs und die Neugestaltung der Zufahrt für die Camper und die Gewährleistung einer Entflechtung mit dem übrigen Verkehr. Das zeigt, dass das Projekt ganzheitlich betrachtet wurde.

Es ist ein grosses und komplexes Projekt. Deshalb macht es Sinn, es in kleinere Teilprojekte aufzustückeln. Böse Zungen könnten jedoch behaupten, man versuche so, eine Volksabstimmung zu umgehen und eine Aufteilung auf die verschiedenen Departemente erleichtere das Durchkommen hier im Parlament.

Vielleicht am umstrittensten dieser heute Abend zu behandelnden Projekte ist der Neubau des Campingplatzes. Dass der heutige Campingplatz sanierungsbedürftig ist, wird hier drin mehrheitlich niemand bestreiten. Leitungen müssen erneuert und die Gebäudehülle saniert werden. Aufgrund der hohen Bauteuerung kostet dies eine Stange Geld. Mit dem TCS als neuem Betreiber des Campings hat man einen erfahrenen Mieter gefunden. Mit einer Mindestvertragsdauer von 20 Jahren trägt die Stadt auch praktisch kein Risiko für ihre Investitionen. Dass die ganzheitliche Kostenkalkulation jedoch erst bei einer allfälligen Vertragsverlängerung nach 20 Jahren positiv ausfällt, ist bereits der erste Wermutstropfen in diesem Geschäft. Persönlich bin ich weiterhin sehr skeptisch, wie der TCS einen Camping zwischen Autobahn, Schiessstand und Nicht-Schwimmteich gewinnbringend führen kann. Trotz der unbestrittenen Erfahrung des TCS betreiben sie schweizweit noch keinen einzigen Camping, welcher nicht an einem grösserem Gewässer liegt. Aber ich wünsche ihm natürlich Glück, um das hier in Winterthur zu beweisen.

Genug mit den ökonomischen Aspekten. Viel wichtiger sind mir die sozialen. Mit den angerissenen Plänen, welche durchaus viele schöne und begrüssenswerte Änderungen vorsehen, scheint man Pandoras Box geöffnet zu haben. Drei ganz unterschiedliche Interessengemeinschaften nennen das Gebiet in der Nähe zum Schützenweiher heute ihr Zuhause. Stand jetzt wird nur noch eine davon weiterhin – wenn auch nur zeitweise – dies künftig machen dürfen. Über 50 Menschen werden sich nach dem nächsten Sommer auf die Suche nach einem neuen Zuhause machen müssen. Mir ist klar, dass die aktuelle Situation halb wissentlich von der Stadt einigermassen geduldet wurde. Mir ist auch klar, dass eine Umzonung des Gebiets im Jahr 2012 ein legales Dauer-Wohncamping heutzutage praktisch verunmöglicht und ein Zonenänderungsantrag beim Kanton bis zu 10 Jahren dauern kann. Trotzdem finde ich es ein bisschen unverständlich, dass auf diese Winterthurerinnen und Winterthurer, welche zum Teil selbst seit Jahrzehnten dort oben wohnen und in dieser Stadt arbeiten und Steuern zahlen, bei der Ausschreibung als Dauercamper nicht stärker berücksichtigt wurden. Noch viel weniger verstehe ich die fehlende Motivation hier im Parlament, den Stadtrat mit einer solchen Umzonung zu beauftragen. Dies, obwohl wir das vor ein paar Monaten noch als einen ähnlich

ENTWURF

opportunen Auftrag für ein paar Ponys gemacht haben. Alternative Wohnformen sollten in unserer schönen und eben deswegen diversen Stadt weiterhin einen Platz haben. Bis anhin hat dies problemlos beim Schützenweiher funktioniert und die Stadt hat es keinen Rappen gekostet. Es wäre schade, wenn wir einer dieser letzten Orte einfach so aufgeben würden. Deshalb möchte ich noch kurz die beiden hängigen Vorstösse erwähnen, welche im Verlauf des Jahres noch beantwortet werden, die hoffentlich etwas Klarheit über die Zukunft solcher Wohnformen in Winterthur schaffen können.

Ihr merkt meinem Votum an: Es ist ziemlich gespalten. Wir von den Grünen/AL werden geschlossen der Vorlage 2025.38 zustimmen, was den Weiher oder Tümpel oder wie auch immer betrifft. Bei 2025.36 und 2025.37, der Neuerschliessung und dem Campingplatz selbst, werden wir jedoch geteilt abstimmen. Wie bereits angeteasert, wird dann mein Kollege von der AL noch ein weiteres Votum halten. Danke vielmals.

M. Graf (SVP): Das Sanierungs- und Aufwertungsprojekt im Erholungsgebiet Rosenberg rund um den Schützenweiher hat in unserer Fraktion Diskussionen ausgelöst. Letztlich ist es eine Nutzenabwägung zwischen den zahlreichen Vorteilen und den damit verbundenen Herausforderungen in der Finanzierung.

Unsere Fraktion unterstützt die drei Vorlagen, weil es ein Projekt mit Mehrwert für Herr und Frau Winterthur in einer Erholungszone ist. Bereits heute stossen die vorhandenen Naherholungsräume teilweise an ihre Grenzen. Wohn- und Erholungsgebiete müssen in Balance stehen. Hinzu kommt, dass durch das Bevölkerungswachstum, das wir in den kommenden Jahren haben werden, es auch mehr Aufenthaltsqualität brauchen wird. Das aufgelegte Ensemble mit Campingplatz und einem professionellen Betreiber TCS stützt unsere Attraktivität im Bereich des Tourismus. Ferner ist es noch wichtig zu erwähnen, dass die Auswahl des Pächters nicht in die Zuständigkeit des Parlaments fällt.

Ein Rückbau des Campingplatzes würde «Abbruch-Kosten» verursachen, was aus unserer Perspektive effektiv verlorenes Geld wäre. Erwähnen möchte ich noch, dass ein nicht unerheblicher Teil der Finanzierungskosten über den Luciak-Fonds finanziert werden kann. Dies ist ein Pluspunkt im Bereich der Finanzierung, welcher den knappen finanziellen Ressourcen der Stadt entgegenkommt.

Die neue Brücke ist zweifellos ein optisches Highlight, doch halten wir es für nicht zwingend notwendig, dieses zu realisieren. Wir verstehen aber, dass es für den Fussgänger ein spezielles Erlebnis ist und die Nähe zur Natur auf eine sanfte Art unterstreicht.

Wenn wir gerade bei der schönen Natur sind, ist es für uns sinnvoller, gezielt solche Grünflächen zu erweitern, als mit viel Geld Grünflächen zu schaffen, wo vorher keine waren.

Die aufgelegten drei Projekte sowie der Hochwasserschutz funktionieren als Gesamtkonzept und sind voneinander abhängig. Die Uferaufwertung und Parkanlage schaffen eine völlig neue Dimension der Begegnung und des Austausches in der Bevölkerung. Die grüne Landschaft und das offene Gewässer sorgen für eine natürliche Kühlung während den heissen Sommermonaten. Die geplanten Strassenumplanungen betrachten wir klar als Vorteil, insbesondere für die Vereine und Camper, die dadurch eine erleichterte Zufahrt zu ihren Anlagen erhalten.

Insgesamt darf erwähnt werden, dass der Schützenweiher für viele Winterthurerinnen und Winterthurer ein Ort voller Bedeutung und Kindheitserinnerungen ist. Dieser Ort verdient eine liebevolle Sanierung, um auch zukünftigen Generationen schöne Momente und Erinnerungen zu schenken – so wie ich es in meiner eigenen Kindheit und auch heute noch erleben darf. Angesichts der steigenden Bevölkerungszahlen muss man auch einmal etwas für unsere Leute investieren.

Die SVP-Fraktion wird diesem Projekt mit Zuversicht zustimmen, in der Absicht, etwas Positives für die Winterthurer Bevölkerung zu bewirken. Danke.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Vielleicht vorab an die Grünen/AL: Grundsätzlich steht es jedem Parlamentsmitglied frei, einen Antrag zu stellen auf eine Zonenänderung. Auch Euch. Man müsste das Gespräch suchen, vielleicht wäre da etwas zu machen.

ENTWURF

Es geht jetzt aber nicht um eine Zone, die ein Dauerwohnen erlauben würde, sondern es geht um die drei Geschäfte, die vorliegen. Und da votiere ich im Gegensatz zu den Vorrednern anders. Wir werden den Campingplatz ablehnen.

Ist es denn Aufgabe der öffentlichen Hand, geschätzte Anwesende, Infrastruktur zu bauen und dann zu vermieten? Würde die Stadt Winterthur zum Beispiel auf dem Teuchelweiherplatz ein Hotel bauen und dann vermieten, würden wir vermutlich alle den Kopf schütteln und protestieren. Das Erstellen von Hotelbetten ist keine kommunale Aufgabe. Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass es sich beim Campingplatz genau gleich verhält, dass das ebenso wenig eine kommunale Aufgabe ist. Es ist nicht Aufgabe einer Stadt, einen Campingplatz zu bauen und zu vermieten. Die Mitte/EDU-Fraktion lehnt damit den Kredit von 6.9 Millionen Franken für den Neubau des Campingplatzes ab. Den anderen beiden Vorlagen stimmen wir zu.

Was sind die Alternativen zu dem Kredit für den Campingplatz? Wenn die Stadt, der Stadtrat, der Meinung ist, dass es in Winterthur einen Campingplatz braucht, namentlich auf dem Rosenberg, dann müsste man unserer Meinung nach den Verkauf der Parzelle oder mindestens die Abgabe im Baurecht prüfen. Das wurde bisher nicht gemacht. In anderen Beispielen haben wir gute Erfahrungen mit Baurecht in Winterthur. Wir sehen am Obertor, wie es verschieden läuft, wenn die Stadt Liegenschaften plant und vermieten möchte – oder wenn sie diese im Baurecht abgibt und das private Investoren machen. Wir sehen beim Busdepot Deutweg, dass es gut funktioniert und gebaut wird, wenn man es im Baurecht abgibt. Und man sieht bei einer Parzelle in Hegi an der Rümikerstrasse, wie ein langjähriges Baurecht funktioniert, bei dem die Stadt kein Risiko hat, auch wenn sich zonenkonforme Nutzungen auf der Parzelle von einem Gemüsebetrieb zu einem anderen Gewerbe ändern. Es gäbe weitere Beispiele von funktionierenden Baurechten in der Stadt Winterthur. Wir sehen da ein kleineres Risiko als bei einer Vermietung – die Stadt wollte es gar nicht erst prüfen.

Kommt die Stadt allerdings, wenn die Vorlage abgelehnt oder bei einer Volksabstimmung durchfallen würde, zum Schluss, dass kein Campingplatz gebaut werden sollte, weil dieser Kredit abgelehnt wurde, dann können wir uns durchaus auch andere Projekte auf dieser Parzelle vorstellen. Es wurde uns erklärt, dass die Aufteilung in die drei Projekte auch dadurch begründet wird, dass die anderen zwei Projekte durchgeführt werden können, allenfalls mit gewissen Anpassungen.

In diesem Fall sollte die Stadt beim Projekt für die Neuerschliessung doch nochmals eine Prüfung vornehmen, machen wir beliebt. Es heisst relativ versteckt oder relativ unproblematisch im Titel «Neuerschliessung und Strassenverlegung». Darin enthalten ist die Verlegung und Wiederherstellung eines Standplatzes für Fahrende. Der Standplatz hat aktuell 5 Stellplätze. Wenn man die betroffene Gruppierung fragt (ich hatte Kontakt mit der Radgenossenschaft der Landstrasse), dann ist das eigentlich zu wenig. Ein Standplatz bräuchte mindestens 10 Stellplätze. Das sagen nicht nur die Betroffenen selbst, sondern das sagt auch die kantonale Baudirektion. Im «Konzept für die Bereitstellung von Halteplätzen für Schweizer Fahrende im Kanton Zürich» ist vorgesehen, dass auf Stellplätzen und auch Standplätzen (Standplätze sind diejenigen Plätze, die eigentlich das Winterquartier sind für die Fahrenden) mindestens 10 Plätze vorhanden sind. Wir machen wieder 5 Plätze, wie wir sie bisher hatten. Die Mitte/EDU-Fraktion ist der Meinung, wenn man es schon anfasst und verschiebt, dann hätte man das mindestens gleich an die kantonalen Normen anpassen können. Um aber die Wiederherstellung der bestehenden 5 Stellplätze nicht zu gefährden, stimmen wir dieser Vorlage trotzdem zu. Wenn aber der Campingplatz nicht zustande kommen sollte, werden wir die Stadt bitten, nochmals zu prüfen, ob man dann den Standplatz nicht um 5 Stellplätze auf 10 Stellplätze erweitern könnte.

Zusammengefasst: Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt den Krediten zur Neuerschliessung und zum Stadtrandpark Schützenweiher zu. Den Kredit zum Campingplatzes lehnen wir ab.

M. Nater (GLP): Das Entwicklungsprojekt Rosenberg wird als Ganzes von der GLP nicht gross in Frage gestellt. Die Neuerschliessung des Erholungsgebietes wie auch der Schützenweiher stellt einen ersichtlichen Mehrwert für die Bevölkerung von Winterthur dar. Schade ist

ENTWURF

nur, dass wir heute nicht über alle vier Teilprojekte der Entwicklung Rosenberg abstimmen können, da das vierte Teilprojekt der Zu- und Ablauf Schützenweiher noch durch den Kanton geprüft wird, was natürlich Einfluss auf das Gesamtprojekt hat. Eine Kernfrage ist sicher, ob es einen Campingplatz in Winterthur braucht (die Frage, die Andreas Geering schon aufgeworfen hat), wo wir von der GLP positiv dazu eingestellt sind.

Wie in der Vorstellung aufgezeigt, ist auf dem Gebiet sehr viel Vereinsaktivitäten vorhanden, was sich auch entsprechend auf den Verkehr auswirkt. Von daher ist die Neuerschliessung eine positive Angelegenheit, gerade auch, was die Sicherheit angeht.

Zum Sozialen: Das Gebiet beherbergt auch Stellplätze für Fahrende, welche von der Stadt Winterthur angeboten werden müssen. Daher sind diese Plätze auch weiterhin anzubieten, was ja in der Vorlage sichergestellt wird. Und die Grösse war ja auch immer bekannt. Und auch für Dich, Andreas: Auch Du hättest in der Kommission einen Antrag stellen können, wenn Du mehr hättest haben wollen.

Die illegale Landbesetzung auf dem Gelände wird beendet. Die Frage ist jedoch, welche Alternativen vorhanden sind für die Menschen, die sich dort eingerichtet haben. Nur muss dann halt auch von Seite Frostschutz und der Stadt ein offener Austausch stattfinden, damit Lösungen möglich sind, da ohne direkten Austausch Lösungen einfach schwer umsetzbar oder auch planbar sind.

Dann noch zu den Jahresmietern: Diese sehen den Campingplatz als ihren Wohnort, ihre Heimat an. Hier hat die Stadt ganz sicher eine soziale Verantwortung und muss entsprechend Ersatz anbieten oder wenigstens zu Lösungen Hand bieten. Das ist bisher noch nicht gross passiert und wir denken, es ist dann an der Zeit dafür, sobald klar ist, ob die Vorlagen ankommen. Auch da erwartet die GLP konkrete Unterstützung oder auch einen entsprechenden Austausch, damit man gemeinsam Lösungen suchen kann.

Vom Ökologischen her: In der Visualisierung sind grosse Bäume und dichtes Buschwerk zu sehen. Um das zu erreichen, müssen sicher noch mehr Bäume als geplant gesetzt werden, damit wir dort wirklich eine grüne Oase bekommen und damit auch die Randregionen des Schützenweiher grün aufgewertet werden. Das ist sicher eine grosse Chance, um mehr Grünqualität zu erhalten.

Zur Wirtschaftlichkeit: Gemäss Stadt müssen beim Finanzvermögen die entsprechenden konservativen Rechnungsvorgaben angewendet werden, was zu einer negativen Rentabilität führt. Wenn man den Umbau und die Erweiterung des Schützenweiher aus rein finanzieller Projektsicht anschaut, dann ist es wahrscheinlich trotzdem ein Verlustgeschäft für die Stadt Winterthur für die nächsten 30 Jahre. Wir von der GLP schauen es jedoch als Gesamtbeurteilung an für Winterthur: Dann sehen wir einen Mehrwert für den Standort und die Entwicklung von Winterthur.

Mit dem geplanten Vertrag mit dem TCS, wie auch schon gesagt wurde, wird das unternehmerische Risiko an extern weitergeleitet, aber dadurch verliert man natürlich auch die Möglichkeit, in den nächsten 30 Jahren auf dem Gebiet Einfluss zu nehmen. Positiv ist, dass die nächsten 30 Jahre nach dem Projekt keine grossen Investitionen mehr geplant sind und eine Profiorganisation den Camping betreibt.

Gesamtheitlich für die Stadt Winterthur sehen wir es positiv an, dass das Camping erhalten bleibt und damit alternative Übernachtungsmöglichkeiten in Winterthur anbietet. Gleichzeitig werden auch zusätzliche Möglichkeiten für Übernachtungen in der wachsenden Stadt Winterthur vorhanden sein.

Zusammenfassung/Fazit: Die Entwicklung der Naherholungszone Rosenberg können wir unterstützen, da es ein Mehrwert für die Stadt Winterthur darstellt. Beim Camping sehen wir von der GLP wie aufgeführt die Vor- und Nachteile. Da wir aber die Wohnform Camping unterstützen und es trotzdem nicht als Kernaufgabe der Stadt ansehen, einen solchen zu betreiben, ist die vorgeschlagene Lösung und der Betrieb des Campings durch den TCS ein gangbarer Weg.

Wir von der GLP nehmen alle drei Kreditvorlagen an.

ENTWURF

J. Fehr (FDP): Herzlichen Dank für die Vorstellung der Geschäfte, Markus und Philipp. Ich darf im Namen der FDP-Fraktion für alle drei Geschäfte sprechen.

Angefangen mit dem Verpflichtungskredit von für die Neuerschliessung und Strassenverlegung Erholungsgebiet Rosenberg. Ja, wer an einem schönen Wochenende schon mal am Schützenweiher war, kennt das Chaos, welches teilweise um die Strasse zwischen Minigolfplatz und Restaurant herrscht. Die Ausfahrt in die Schaffhauserstrasse entspricht zudem nicht den Anforderungen an die Verkehrssicherheit. Dass hier Abhilfe geschaffen wird, ist begrüssenswert, deshalb unterstützen wir diesen Kredit.

Das zweite Geschäft ist der Verpflichtungskredit über 6.9 Millionen für den Neubau des Campingplatzes Schützenweiher. Hier möchte die FDP-Fraktion als erstes einen grossen Dank aussprechen, einen Dank an die Betreiberfamilie, welche den Campingplatz mit viel Herzblut und Leidenschaft in den letzten Jahren geführt hat. Ich war selbst vor Ort und hatte die Möglichkeit, den Campingplatz zu besichtigen und mit den Gästen aus aller Welt zu sprechen.

Das Fazit war durchwegs positiv und auch Wünsche nach mehr Luxus oder besserer Infrastruktur war nicht unbedingt gross. Die Lage des Campingplatzes ist am Stadtrand zwischen Autobahn, Minigolfplatz, Schiessanlage, Pfadiheim und Hundeschule – ist das der ideale Ort für Glamping? Wohl kaum! Vielmehr stellt der aktuelle Campingplatz eine preiswerte Übernachtungsmöglichkeit in der Stadtnähe dar und genau so wird er auch aktuell genutzt – mit Ausnahme der Dauercamper. Diese Dauercamper tragen aktuell einen wesentlichen Teil der Fixkosten des Campingplatzes und sorgen auch während der Wintermonate für Einnahmen. Dieses Konzept möchte die Stadt nun gegen eine Investition von fast 7 Millionen Franken austauschen. Der Investition stehen ca. 100'000 Franken Mehrmieteinnahmen gegenüber. Diese Nettorendite ist aber ohne Betrachtung der Kosten für das Kapital und für die Abschreibungen. In der Gesamtbetrachtung kann man im besten Fall von einer Nullrunde gegenüber der aktuellen Situation sprechen. Der Stadtrat hält zudem fest, dass es sich beim aktuellen Campingplatz nicht mehr um keine zeitgemässe und konkurrenzfähige Anlage mehr handelt. Auch da haben wir gewisse Fragezeichen.

Die FDP hat eine Interpellation von der EVP zum Thema Dauercamping unterstützt, um abzuklären, welche Optionen es für die Dauercampierenden am Schützenweiher gibt. Dauercamping braucht Infrastruktur und auch eine gewisse Aufsicht. Dies ist in einem Campingbetrieb gegeben. Wir warten daher gespannt auf die Antwort des Stadtrats und hoffen, dass er Lösungen aufzeigt und nicht einfach begründet, warum etwas nicht geht. Bei den Ponys haben wir es geschafft – ich hoffe, das gilt auch bei Menschen.

Insgesamt ist das Geschäft für die FDP ein schlechter Deal. Die Rendite stimmt nicht mit dem Risiko überein und es ist wirklich nicht notwendig, angesichts der aktuellen Finanzlage, auswärtigen Campern einen solchen Platz, welcher über den Bedürfnissen liegt, zu finanzieren. Wir hätten uns eine preiswertere Lösung vorgestellt und eine echte Prüfung der Variante «Abgabe im Baurecht» gewünscht. Diese Variante hat der Stadtrat nur angeschnitten, aber nicht vertieft geprüft. Auch bei der Kommunikation mit den bisherigen Pächtern und der Suche nach Lösungen scheint ebenfalls nicht alles ganz so glücklich verlaufen zu sein.

Kaspar Bopp hat es heute erwähnt: Wir müssen Prioritäten setzen. Und deshalb stimmen wir Nein zu diesem Kredit, im Wissen, dass wir in der Minderheit sind. Die IG Campingplatz hat bereits ein mögliches Referendum angekündigt und wir begrüssen es, dass der Entscheid über diese Investition auch vom Volk beurteilt wird.

Kommen wir zum nächsten Verpflichtungskredit über die rund 2.3 Millionen Franken zur Weihersanierung und Umgestaltung des Uferparks.

Die FDP-Fraktion begrüsst das austarierte Projekt zwischen der low-budget-Sanierung und einem Badeweiher. Der verbesserte Zugang zum und mit der Brücke sogar auf dem Wasser schafft ein attraktives Weihererlebnis. Wichtig für uns ist auch zu erwähnen, dass zusätzlich zum Verpflichtungskredit eine Entnahme des Luciak-Fonds getätigt wird. Die Zweckbestimmung des Luciak-Fonds lautet: «Für kulturelle, schulische und sportliche Belange im Stadtteil Veltheim, welche die öffentliche Hand nicht finanzieren darf oder kann». Bei dem vorliegen-

ENTWURF

den Geschäft finden wir, dass die Ergänzung über das die Minimallösung hinaus einen Mehrwert für die Bewohner*innen des Stadtkreis Veltheim und darüber hinaus hat. Die FDP-Fraktion stimmt diesem Verpflichtungskredit zu.

S. Gfeller (SP): Vielen Dank an Markus und Philipp für die Präsentation der Geschäfte. Wir haben es gehört: Der heutige Campingplatz stammt aus dem Jahr 1956, ist baulich überholt, für Menschen mit Behinderungen unzugänglich – und auch der Standplatz für die Fahrenden ist dringend sanierungsbedürftig. Der Pachtvertrag mit der Pächterschaft läuft spätestens im 2026 aus und unabhängig davon, was wir heute zum Kredit sagen, ist dann fertig mit Camping.

Durch die Verschiebung des Campings kann der Umschwung um den Weiher vergrößert werden und eine parkähnliche Landschaft hergestellt werden, das begrüßen wir. Zudem ist für uns klar, dass die Pachtlösung besser ist als eine Abtretung im Baurecht, weil die Risiken für die Stadt überschaubarer bleiben. Der TCS hat die öffentliche Ausschreibung korrekt gewonnen und somit müssen wir annehmen, dass es sich dabei um die passende Pächterin handelt. Geplant ist kein Luxuscamping, wie kolportiert wurde, sondern eine zeitgemässe Anlage mit Fokus auf Durchreisende und Kurzaufenthaltende; nicht auf die Familie, die eine Woche dort Campieren möchte. Die Sanierung schafft Barrierefreiheit, erfüllt energetische Standards und macht den Platz fit für die Zukunft.

Zu den Bewohner*innen dieses Gebiets: Der Platz liegt in der Erholungszone E2. Und obwohl jahrelang nicht aktiv unterbunden, so war das dauerhafte Wohnen doch nie so richtig erlaubt. Die Schicksale sind vielfältig, das haben wir gehört und bei den Besuchen gesehen, und der Verlust des aktuellen Zuhauses lässt auch uns nicht kalt. Denn egal, ob erlaubt oder nicht, es ist eine Tatsache, dass Menschen mit der Sanierung ihr Zuhause verlieren, und das ist nicht schön.

Aber weiter wie bisher ist halt auch einfach keine Option. Zum einen wegen der sanierungsbedürftigen Infrastruktur, zum anderen, weil man mit dem aktuellen Zustand einfach nicht im legalen Rahmen ist und das überführen müsste. Wir haben es gehört, das Thema Umzonung. Aber eine Umzonung löst das aktuell vorhandene Dilemma nicht, denn das geht Jahre. Und somit ist diese Tatsache dann immer noch gegeben. Und weil es das Kernthema nicht löst, haben wir das Postulat (ich möchte da nochmals Werbung dafür machen) zur Schaffung von alternativen Wohnformen eingereicht; für Menschen, die nicht in klassischen Wohnungen leben wollen. Denn egal, ob Dauercampierende oder Wohnkollektiv, es braucht langfristige und nachhaltige Lösungen für diese Situationen. Das können wir heute nicht mit dieser Vorlage lösen – aber wir können es lösen, indem wir die politischen Instrumente in Gang setzen. Deshalb: Das Projekt ist sicher nicht perfekt, aber es ist die einzige ansatzweise mehrheitsfähige Option, die ich in allen diesen Diskussionen gehört habe, wie man diese Parzelle weiterentwickeln kann. Ich zumindest habe in all den Sitzungen, die wir in der Kommission hatten, und auch heute keine bessere Lösung gehört. Es sind viele verschiedene Ideen vorhanden, aber was davon ist politisch mehrheitsfähig?

Mit einem Nein zum Kredit gibt es ab September 2026 kein Camping mehr und letztlich bauen wir für 2 Millionen eine grüne Wiese, bzw. stellen für 2 Millionen eine grüne Wiese instand. Und weil wir keinen politischen Konsens haben, wie man weiterfahren soll, wird es vermutlich auch ziemlich lange eine grüne Wiese bleiben, wenn wir überhaupt irgendwann etwas anderes zustande bringen.

Deshalb ist weiter wie bisher keine Option und ablehnen auch nicht. Und deshalb stimmen wir - nach Abschätzung aller dieser Fakten – allen drei Weisungen zu. Vielen Dank.

A. Würzer (EVP): Danke, Markus und Philipp, und vielleicht auch noch ein bisschen der Stadtverwaltung für die ausführlichen Präsentationen. Wir danken dem Stadtrat auch für die Ausarbeitung dieser drei Vorlagen mit dem Ziel, das Gebiet rund um den Schützenweiher aufzuwerten, wir haben es schon mehrfach gehört, und auch für die Bevölkerung dort bessere Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass heute lediglich zum Neubau vom Camping diskutiert wird, stelle mittlerweile aber fest, dass ich

ENTWURF

wohlder Einzige mit dieser Auffassung bin. Von daher möchte ich einfach kurz festhalten, dass wir die weiteren beiden Vorlagen, die Neuerschliessung und Strassenverlegung und auch die Weihersanierung und Umgestaltung Uferpark, unter der Zustimmung der bisher gehörten Argumente so unterstützen.

Aber zurück zum Camping: Wir haben uns als Kommission auf Einladung der aktuellen Betreiber des Campings ein Bild vor Ort machen dürfen, dafür möchte ich mich auch nochmals ganz herzlich bedanken.

Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung, der Campingplatz sei stark sanierungsbedürftig. Ehrlich gesagt: Ganz so dramatisch habe ich die Situation vor Ort, abgesehen von den ausgesteckten Bauprofilen, die den Betrieb zuerst erheblich gestört haben, nicht wahrgenommen. Der Stadtrat meint weiter, der Camping entspreche nicht mehr den heutigen energetischen Anforderungen oder den Anforderungen an Infrastruktur und Ausstattung. Das mag sein. Was gegenüber den Betreibern aus unserer Sicht aber wirklich nicht fair ist, ist, dass der Stadtrat sagt, hygienische Standards würden nicht mehr erreicht. Er suggeriert dadurch eigentlich hygienische Missstände und führt diese als weitere Begründung für seinen Entscheid ins Feld. Was wir am Schützenweiher angetroffen haben, ist zwar kein 5-Sterne-Hotel (das muss ein Camping auch nicht sein), aber wir haben einen Camping angetroffen, auf dem die sanitären Einrichtungen einwandfrei geführt werden. Das zeigt auch der Blick auf die Online-Bewertungen dazu.

Die Stadt ist Grundeigentümerin des Campingplatzes. Das bestehende Pachtverhältnis läuft am 30. September 2026 aus, das haben wir auch schon gehört. Das hat der Stadtrat den Pächtern auch frühzeitig so kommuniziert, dass das Pachtverhältnis vom Stadtrat nicht mehr verlängert wird. Und das ist auch ein Entscheid, der in der Kompetenz des Stadtrates liegt und das ist eine Verantwortung, die letztendlich auch der Stadtrat trägt. Der Stadtrat argumentiert, eine umfassende Sanierung des Campingplatzes inklusive neuem Betreibermodell sei im besten Interesse der Stadt.

Wir haben es ebenfalls schon mehrfach gehört: Der Camping Schützenweiher ist seit vielen Jahren Heimat für viele Dauercampierende, von denen heute Abend auch einige hier sind. Die Pächter haben immer darauf geachtet, dass eine gesunde soziale Durchmischung der Dauercampierenden gewährleistet wird. Das hat, dem Vernehmen nach, auch sehr gut funktioniert. Mit dem Entscheid des Stadtrates, das Pachtverhältnis nicht mehr weiterzuführen, ist klar, dass die Dauercampierenden im Herbst nächstes Jahr den Campingplatz verlassen und ein neues Daheim finden müssen. Das ist unabhängig davon, was wir heute mit dieser Vorlage machen, leider ein Fakt.

Was wir da zu entscheiden haben, das ist also letztendlich die Frage: Wollen wir als Stadt Winterthur weiterhin einen Campingplatz und wenn ja, wollen wir ihn mit dem vorliegenden Preisschild? Für uns als EVP ist klar: Ja, wir wollen weiterhin einen Campingplatz. Wie der Stadtrat sind auch wir der Ansicht, dass der Campingplatz am Schützenweiher ein wichtiger Standortfaktor für die Stadt Winterthur darstellt. Somit ist für uns eine Schliessung respektive Stilllegung und der Rückbau des Campingplatzes keine Option.

Völlig klar – und da muss ich auch Andreas Geering widersprechen - ist für uns, dass wir ein so wichtiges Grundstück auf keinen Fall verkaufen dürfen. Die Stadt muss auch in Zukunft weiterhin massgeblich beeinflussen können, wie das Gebiet entwickelt wird.

Von den verschiedenen Lösungsvarianten hat sich der Stadtrat für den Neubau des Campingplatzes und Vermietung unter Finanzierung vom Grundausbau entschieden. Als EVP-Fraktion können wir diese Entscheidungen auch aufgrund der Diskussionen in den Kommissionen so nachvollziehen.

Für uns ist auch zentral, dass wir letztendlich auch beim Bereich Finanzen (aber da wird der zuständige Stadtrat vielleicht noch mehr dazu sagen) an einen Punkt gelangen, der auch im Sinne der Stadtfinanzen verträglich ist.

Die Lage des Campingplatzes ist zwar nicht in allen Punkten ideal, wir haben es schon gehört, vor allem auch bezüglich Lärm-Fragen. Aber der TCS, der das betreiben soll, wird sich das alles sicherlich sehr gut durchgerechnet und überlegt haben. Es ist leider aber auch davon auszugehen, dass das Preisregime nicht mehr das gleiche sein dürfte wie heute.

ENTWURF

Ich möchte jetzt aber nochmals zurück auf die Situation der Dauercampierenden zu sprechen kommen. Eigentlich, und da hat der Stadtrat natürlich schon nicht ganz unrecht, ist die aktuelle Praxis und Wohnform in der Erholungszone nicht zonenkonform. Trotzdem hat es immer gut funktioniert und wir haben auch nie einen dringenden Handlungsbedarf gesehen, an dieser eingespielten Situation etwas zu verändern. Wir sind ganz klar der Ansicht, dass gerade diese Lebensform, aber auch andere alternative Lebensformen, genauso eine Daseinsberechtigung haben und es die Aufgabe der Stadt ist, sich auch für entsprechenden Raum einzusetzen. Deshalb haben wir von der EVP auch bereits vor einigen Wochen gemeinsam mit den Grünen, der AL und der FDP einen Vorstoss, eine Interpellation, eingereicht. Vielleicht noch an die Adresse von Markus Nater: Die Einladung zur Mitunterstützung dieser Interpellation ist natürlich auch bei Euch eingetroffen. Deshalb kann ich Deinen Aufruf, dass der Stadtrat sich um die Dauercampierenden kümmern soll, nur bedingt ernst nehmen. Denn wir haben unter anderem folgende Fragen eingereicht:

Wie stellt sich der Stadtrat dazu, Dauercampierenden einen Ersatz für die wegfallende Fläche beim Schützenweiher zur Verfügung zu stellen?

Wo gäbe es aus Sicht des Stadtrates ein geeignetes Grundstück, auf dem die Stadt langfristig Platz machen könnte für alternative Wohnformen?

Was sind die nächsten Schritte, wenn ein geeignetes Grundstück gefunden ist? Welche Erwartungen hat die Stadt an Dauercampierende betreffend Organisationsform, Selbstverwaltung und Finanzierung von Infrastruktur?

Wir fordern den Stadtrat deshalb dringlich dazu auf, sich mit grossem Einsatz für die Situation der Dauercampierenden einzusetzen.

Wir werden diese Vorlage aber unter all den genannten Vorbehalten trotzdem so annehmen. Und wie gesagt auch die beiden weiteren Vorlagen. Vielen Dank.

R. Hugentobler (AL): In Anbetracht der reinen Zahlen, ist dieses Projekt für die Stadt tatsächlich relativ gut. Uns von der AL stören deshalb nicht die Zahlen, sondern drei sehr menschliche bzw. politische Dinge:

1. stören wir uns am TCS: Der TCS arbeitet politisch gegen die Städte: Zum Beispiel bläst gerade erst letzte Woche Bundesrat Rösli auf Bundesebene zum Angriff gegen Tempo 30 – das dank eines Vorstosses Peter Schilliger (Verwaltungsrat des TCS und Nationalrat der FDP). Die Stadt Winterthur sollte dem TCS deshalb nicht ihren einzigen Campingplatz überlassen und ihnen (falls der Camping dann tatsächlich Umsatz machen sollte) auch noch Geld in die Kasse spülen, das sie für politische Kampagnen gegen die Stadt nutzen können.

Weiterhin vereinheitlicht der TCS alles: Das Chalet in Lugano und Interlaken sieht gleich aus wie eines, das es dann in Winterthur gäbe. Das wird einer vielseitigen und kulturgeprägten Stadt wie Winterthur nicht gerecht. Wie zum Beispiel auch das Regelwerk des TCS sehr einheitlich ist und so kein Spielraum mehr ist vor Ort, um Sachen anders zu machen. So ist z.B. heutzutage an Afro-Pfingsten auch immer ein grosses Fest auf dem Campingplatz. Ob das mit dem TCS zukünftig noch möglich wäre, wage ich zu bezweifeln.

2. stören wir uns am Luxuscamping: Der TCS ist überdurchschnittlich teuer, das ist ein Fakt. Wie auf dem Immobilienmarkt verdrängen die grossen Player immer mehr die kleinen Campingplätze. Menschen und insbesondere Familien mit kleinem Portemonnaie können sich so das Camping nicht mehr leisten – in diesem Fall auch nicht mehr in Winterthur. Auch von den heutigen Tourist*innen auf dem Campingplatz wird Glamping grossmehrheitlich abgelehnt. Wir wollen kein Luxuscamping, sondern einen Ort, den sich alle leisten können.

3. stören wir uns an der Verdrängung: Mit dem vorgeschlagenen Vorhaben werden über 70 Menschen aus der Stadt vertrieben. Dauercamping oder das Leben auf dem Wagenplatz ist kein Hobby, sondern ein Way of Life – für viele Menschen wird es von einer Zwischenlösung, manchmal auch aus der Not, zu einer Dauerlösung, weil sie die Gemeinschaft, die Nähe zur Natur und die Freiheit, die ihnen diese Lebensform bringt, schätzen. Schweizweit sind Dauercampierende unter Druck. Auch beim Schützenweiher gibt es viel mehr Anfragen, als es am Schluss Plätze zu vergeben gibt. Solange der Stadtrat also keinen anderen Ort für alternatives Wohnen zur Verfügung stellt, müssen diese Menschen weiter dortbleiben können, wo sie

ENTWURF

aktuell leben. Der linke Stadtrat sagt immer wieder, dass er eine Stadt für alle möchte. Hier macht er genau das Gegenteil. Nicht nur beim Schützenweiher kämpft der Stadtrat aktiv gegen alternative Wohnformen, auch auf dem Wagenplatz Mumpitz im Nägelseequartier verliert der Stadtrat zwar vor Bezirksgericht, zieht das Urteil aber an die nächste Instanz weiter. Wir von der AL sind der Meinung: Dauercamping und Wagenplätze müssen Platz haben in einer Stadt wie Winterthur.

Deshalb wird die AL zusammen mit der IG Camping das Volksreferendum ergreifen, sowohl zum Verpflichtungskredit von 3.16 Millionen Franken für die Neuerschliessung und Strassenverlegung als auch für den Verpflichtungskredit von 6.9 Millionen Franken für den Neubau des Campingplatzes.

Zudem werden wir einen partizipativen Prozess mit der IG Camping, die sowohl die Dauercampierenden als auch die aktuellen Tourist*innen vertritt, den Fahrenden und dem Wagenplatzkollektiv Frostschutz anstossen und zusammen eine Initiative erarbeiten, welche den Menschen, die heute dort leben oder Ferien machen, gerecht wird. Eigentlich hätten wir von einer linken Regierung ein solches Vorgehen von Anfang an erwartet. Aber da man sich lieber im eigenen Elfenbeinturm irgendwelche Luxus-Touris aus dem Hut zaubert, müssen wir als AL nun halt diese Arbeit machen. Für ein Winterthur für alle. (*Applaus von den Zuschauenden*)

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Roman. Wie gesagt, sind positive und negative Gefühlsausbrüche nicht erlaubt. Unter der Prämisse, dass das beim nächsten Redner wieder so einen positiven Gefühlsausbruch gibt, lasse ich das zum letzten Mal zu, sonst müssen die Personen, die stören, den Raum leider verlassen. Es hat sich noch angemeldet für ein Votum: Christian Hartmann (SVP).

Ch. Hartmann (SVP): Einfach, damit es gesagt ist: Die SVP-Fraktion war einstimmig dafür, mit der Diskussion zuzuwarten, damit Ihr Gelegenheit habt, um teilzunehmen.

Wir sprechen heute Abend vom einzigen sinnvollen Projekt des unseligen Stadtrandpark-Konzepts. Es ist meines Wissens auch das einzige, bei dem die Stadt dafür nicht den Privaten das Land wegnehmen will, sondern das auf eigenem Land machen kann. Die Frage ist, ob es die Aufgabe einer Stadt ist, einen Campingplatz zu führen? Ist es die Aufgabe einer Stadt, einen Weiher zu sanieren? Wir sind der Meinung, dass man den Campingplatz wahrscheinlich heute nicht bauen würde, wenn es ihn nicht schon gäbe. Aber es gibt ihn. Und wenn es ihn gibt, ist das Wegräumen nicht unbedingt die vernünftigste Lösung. Wegräumen kostet ungefähr 2 Millionen Franken, das ist dann einfach verschwendet. Ist es Aufgabe einer Stadt? Nicht zwingend, lieber Schulen - aber ein Ponyhof scheint auch Aufgabe der Stadt zu sein, Andreas Geering.

Es gibt einzelne Votanten, die alles zusammengesammelt haben, das gegen diese Weisung spricht, egal, wie es zusammen passt. Ich möchte mich dazu nicht weiter äussern.

Was mich ein bisschen stört in der ganzen Diskussion, sind Voten und auch Vorstösse, die unterwegs sind, die irgendwie unredlich sind, indem sie den Leuten Hoffnung machen, dass sie irgendwie bleiben können, dass es doch gut kommt; auch wenn das schlicht und ergreifend rechtlich nicht möglich ist. Wir sind der Meinung - wir wissen nicht, wie Ihr auf den Vorwurf reagiert, Ihr könnt Euch beraten: Wir sind der Meinung, das ist hochpopulistisch.

Schwierig finde ich auch, wenn man irgendwo im Detail vom Baurecht versus Vermieter und so Diskussionen führt. Es kann sein, dass der TCS den Campingplatz-Vertrag nicht erfüllen kann. Allerdings halte ich dieses Risiko für minimal. Es gibt ein Beispiel von einer Gemeinde, die einen Campingplatz im Baurecht abgegeben hat und damit Millionen verloren hat. Diese Gemeinde ist Thuisis. Thuisis hat vermutlich weniger Einwohner als das Dättnau. Das war eine Riesenpleite. Ob wir das wollen, kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Ich bin der Meinung, ein Mietvertrag von 20 Jahren mit einem Mieter wie dem TCS, das ist ein minimales Risiko.

ENTWURF

Was mir auch ein bisschen fehlt, ist die Diskussion über den Nutzen für die Winterthurer Bevölkerung ausserhalb des Perimeters. Wir haben ein riesiges Bevölkerungswachstum in Winterthur, die Leute kommen aus Zürich, um hier zu wohnen, die Leute kommen von anderswo, um hier zu wohnen. Wir sprechen von Verdichten. Verdichten führt letztlich zu Wohnformen, nicht unähnlich eines Kaninchenstalls. Und wenn man das hat, muss man den Leuten wenigstens die Möglichkeit geben, nach draussen zu gehen und etwas zu machen, ausserhalb der sehr engen vier Wände. Wir sind der Meinung, dass der Hauptnutzen der Vorlage in einem grossen Uferpark liegt, der wirklich der Winterthurer Bevölkerung zugute kommt. Und dann einfach noch eine schön politische Bemerkung, lieber Roman: Ich habe den Satz schon gehört, dass es Aufgabe der Stadt ist, einen Ort für alternatives Wohnen zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich wahrscheinlich kostenlos.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man das abgestimmte Bündel der drei Vorlagen unterstützen muss; und zwar mit Blick auf unsere Leute, die – auch wenn sie nicht in bevorzugten Wohnverhältnissen leben – nach draussen gehen und am Schützenweiher und rundherum etwas erleben können sollen. Danke.

Stadtrat K. Bopp: Ich danke zuerst für die Präsentation, Markus, dieses Geschäfts. Wir haben diese Folien natürlich gerne zur Verfügung gestellt. Wie sich da zusätzliche Folien nachträglich eingeschlichen haben, entzieht sich meiner Vorstellungskraft.

Ich danke auch für die kritische Debatte, die es gab; heute, aber auch schon im Vorfeld in den Kommissionen und auch in der Öffentlichkeit. Ich glaube, diese ist wichtig und hilft vor allem Ihnen, liebe Parlamentarier*innen, jetzt dann auch bei der Entscheidung, denn diese liegt jetzt vorerst mal bei Ihnen.

Ich möchte trotzdem die Gelegenheit nutzen jetzt – nicht, um eine ganz neue Lösung zu präsentieren, wie sich das Jan gewünscht hat, ich glaube, das würde die Parlamentsdebatte auch ein bisschen überfordern, wenn ich jetzt da mit einer komplett neuen Lösung kommen würde. Aber zwei Punkte aus der Debatte möchte ich trotzdem gerne aufgreifen.

Das eine ist die Diskussion um die Rendite, die stattgefunden hat, und das andere ist die Frage, was passiert denn jetzt eigentlich oder was ist möglich, wenn man den Kredit jetzt ablehnt?

Ich beginne mit der Renditesituation. Um diese zu verstehen oder um zu verstehen, dass das eine tragfähige Lösung ist, muss man sie aus verschiedenen Perspektiven anschauen. Wir unterscheiden zwischen Investitionen ins Finanzvermögen und ins Verwaltungsvermögen. Und für unsere Gäste: Das machen wir nicht freiwillig, sondern das ist übergeordnetes Recht, das uns sagt, wir müssen unterscheiden zwischen Verwaltungsvermögen und Finanzvermögen. Verwaltungsvermögen ist ausgerichtet auf langfristige Aufgabenerfüllung. Also wenn wir eine öffentliche Aufgabe erfüllen für eine lange Frist, dann gehört das ins Verwaltungsvermögen, bzw. alle Investitionen, die damit verbunden sind. Damit verbunden sind auch ganz klare Vorschriften, wie wir einen solchen Kredit beantragen müssen, wenn wir etwas ins Verwaltungsvermögen investieren wollen. Es ist klar vorgegeben, wie wir die Sachfolgekosten berechnen müssen, unabhängig davon, ob sie in der Wirklichkeit auch so zu erwarten sind oder nicht. Und nur schon deshalb eignet sich diese Sichtweise oder diese Perspektive eben nicht für eine Renditeberechnung. Deshalb sieht man im Antrag am Schluss auch negative Investitionsfolgekosten, das ist aber die Verwaltungsvermögen-Sicht. Wir sind hingegangen und haben versucht, einen Weg zu finden, wie wir trotz Verwaltungsvermögen möglichst realistisch die Finanzvermögen-Perspektive einnehmen können, um aufzuzeigen, dass wir effektiv keinen Verlust machen, sondern eine minimale Rendite. Es hat vorhin geheissen, es sei ein sehr gutes Geschäft für die Stadt Winterthur. Wir sind der Meinung, wenn man die Abschreibungen noch berücksichtigt, mit ca. 1% ist das dann kein Geschäft, an dem wir wahnsinnig verdienen, sondern in einer langfristigen Perspektive ist das einfach ungefähr ausgeglichen für die Stadt. Das ist kein Schönreden; das Projekt ist tragfähig, das Projekt erfüllt einen öffentlichen Zweck (Naherholung, wir sind da im Naherholungsgebiet) und finanziert sich selbst, ohne dass wir gross daran verdienen würden.

ENTWURF

Und noch an die FDP, um es gleich in Eurer Sprache zu sagen: Der Businesscase des heutigen Campings geht nur aus zwei Gründen auf. Er geht zum einen auf, weil wir eine unzulässige Sockelnutzung darauf haben. Das habt Ihr selbst erwähnt, das ist die Basis, das ist der Sockelbetrag des Projekts, wie es heute ist. Und zum anderen, weil wir in den letzten vielen Jahren auf werterhaltende Investitionen komplett verzichtet haben. Deshalb ist der Platz heute so, wie er ist. Wir haben komplett – oder so weit es ging – auf werterhaltende Investitionen verzichtet. Um die hygienische Situation (und das ist jetzt auch eine kleine Korrektur zu dem, wie es vorhin gesagt wurde) so zu erhalten, wie sie heute ist, wäre das aber in Zukunft nicht mehr so möglich. Wir müssten erhebliche Investitionen tätigen, um die hygienische Situation auf einem angemessenen Stand zu erhalten.

Ich komme zum zweiten Punkt und an dieser Stelle ist es mir wichtig zu sagen: Es ist natürlich völlig legitim, wenn man findet, Winterthur braucht keinen Campingplatz. Oder wenn man findet, das sei keine städtische Aufgabe, einen solchen im Grundausbau zu machen. By the way: Baurecht haben wir sehr wohl geprüft, Andreas, es ist nicht so, dass wir das gar nicht geprüft hätten. Wir haben das einfach aus den Gründen, die Christian Hartmann vorhin genannt hat, ziemlich schnell verworfen, weil wir das Risiko bei einem Heimfall als sehr hoch erachten. Und ein Heimfall bei einer Wohnliegenschaft, das wissen wir heute, ist ein überschaubares Risiko. Ein Heimfall bei einem Campingplatz, wenn wir plötzlich stolze Besitzer bzw. Betreiber eines Campingplatzes werden würden, wäre doch eher eine Herausforderung für uns. Das wollten wir verhindern und deshalb haben wir das nicht weiterverfolgt. Also ob man einen Campingplatz haben soll in Winterthur und ob die Stadt diesen im Grundausbau zur Verfügung stellen soll, das ist eine politische Haltung und über diese kann respektive muss man diskutieren. Was ich aber vor allem auch als meine Aufgabe hier ansehe, das ist zu verhindern, dass der Kredit jetzt unter falschen Erwartungen abgelehnt wird. Also z.B., wenn man denkt, man lehnt das ab und dann ginge das weiter wie bisher. Die Verträge laufen definitiv aus, das ist ein Fakt. Und die rechtmässige Nutzung müssen wir wiederherstellen. Auch der Stadtrat kann sich nicht über das Recht hinwegsetzen. Das sind die Grundregeln des Rechtsstaates und der Gewaltentrennung und diese bezwecken – und ich glaube, zu Recht – die Begrenzung der Macht des Stadtrats. Das heisst, für uns als Stadtrat ist, auch wenn wir immer noch eine Stadt für alle wollen, ist die Leitplanke das geltende Recht, das unsere Macht begrenzt. Wir müssen uns mehr denn je mit raumpolitischen Fragen auseinandersetzen, dieser Meinung bin ich auch, und es ist in Ordnung und es ist sogar gut, wenn dieses Projekt als Auslöser genutzt wird für parlamentarische Vorstösse (das begrüssen wir sogar), aber das Projekt selbst eignet sich nicht für wohnpolitische Massnahmen. Im Gegenteil: Wird der Kredit abgelehnt, ist es ungewiss, ob überhaupt jemals wieder campiert werden kann in Winterthur. Das ist mir wichtig, dass man sich dessen bewusst ist.

Wir öffnen auch nicht die Büchse der Pandora, wie das genannt wurde, sondern im Gegenteil. Im Wissen darum, dass dieses Projekt kommt, und nur weil wir wussten, dass das irgendwann kommen wird, haben wir diese Situation noch länger dulden können, respektive beide Augen zudrücken.

Wird das Projekt allerdings umgesetzt, bekommt Winterthur einen einfachen, aber zeitgemässen Campingplatz, der sich mit realistischen Annahmen selbst finanzieren wird. Das wird kein Glamping sein, wie wieder genannt wurde, sondern das wird ein einfacher, zeitgemässer Campingplatz sein.

Wir werden wie gewünscht prüfen, ob sich noch weitere Bäume unterbringen lassen auf diesem Grundstück. Das haben wir so zugesichert, das werden wir auf jeden Fall machen.

Wir sind uns bewusst, dass dieses Projekt für einige Menschen einen Verlust bedeutet, das hat uns auch im Stadtrat und im Projekt sehr beschäftigt. In der Abwägung sind wir aber zum Schluss gekommen, dass der Gewinn für die gesamte Bevölkerung im Ganzen bei diesem Projekt überwiegt. Und deshalb beantragen wir das vorliegende Projekt. Jetzt liegt der Entscheid in einer ersten Runde, wenn ich das richtig gehört habe, hier im Parlament – und dann gegebenenfalls in einer zweiten Runde bei der Bevölkerung von Winterthur. Besten Dank.

ENTWURF

Stadtrat St. Fritschi: Ich habe die etwas dankbarere Aufgabe, weil der Teil des Uferparks und des Schützenweihers ein bisschen weniger umstritten war. Ich möchte da einfach noch betonen: Es ist mir ein Anliegen, dass wir da etwas machen, das wirklich sehr attraktiv ist für die Bevölkerung, aber auch für alle, die Winterthur besuchen. Und es ist mir auch wichtig, dass man sieht, dass wir, wenn wir Fonds haben in der Stadt Winterthur, diese auch benutzen. Also für alle diejenigen, die Ideen brauchen, wo sie denn irgendwann mit ihrem übrigen Geld hinsollen: Wenn man es der Stadt Winterthur gibt, dann macht man etwas aus diesen Fonds. Das ist wichtig zu wissen, denn diese Fonds sind uns von Leuten übergeben worden, damit wir etwas daraus machen und es nicht einfach nur horten. Und deshalb ist es auch wichtig, dass man am Schluss dann Projekte vorweisen kann. Und dieses Projekt ist ein ganz besonders schönes; mit dem Steg kann man die Zugänglichkeit zum Wasser noch zusätzlich attraktiv machen. Ich möchte da auch noch erwähnen: Wir haben auch noch ein Gesuch gestellt an «Hallo Wasser». Das ist Geld, das über die ZKB eingeflossen ist, das der Kanton Zürich verteilt, wenn man die Zugänglichkeit von Wasser erweitern und attraktiver machen kann, dann kann man da Geld zugesprochen bekommen. Und wir glauben, dass wir mit diesem Projekt auch von dort noch Geld holen können. Also ich glaube, wenn Ihr dem zustimmt, dann habt Ihr wirklich etwas sehr Attraktives - nicht nur für Veltheim, sondern für ganz Winterthur – geschaffen.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Stefan. Somit sind wir jetzt abstimmungsreif. Wir stimmen natürlich separat über die drei verschiedenen Traktanden ab.

1. Abstimmung: Traktandum 9, Parl.-Nr. 2025.36: Verpflichtungskredit von Fr. 3'160'000 für die Neuerschliessung und Strassenverlegung (Projekt-Nr. 5018220), Erholungsgebiet Rosenberg, Pfadiheimweg, Winterthur.

Abstimmungsergebnis: Der Kredit wird mit 51:3 bei 0 Enthaltungen angenommen.

2. Abstimmung: Traktandum 10, Parl.-Nr. 2025.37: Genehmigung Verpflichtungskredit von Fr. 6'900'000 für den Neubau des Campingplatzes (Projekt-Nr. 5002460), «Campingplatz am Schützenweiher», Erholungsgebiet Rosenberg, Eichliwaldstr. 4, Winterthur

Abstimmungsergebnis: Der Kredit wird mit 37:16 bei 0 Enthaltungen angenommen.

3. Abstimmung: Traktandum 11, Parl.-Nr. 2025.38: «Stadtrandpark Schützenweiher», Verpflichtungskredit von Fr. 2'331'345 zur Weihersanierung und Umgestaltung Uferpark (Projekt-Nr. 5015830_13324)

Abstimmungsergebnis: Der Kredit wird mit 53:0 bei 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Somit sind diese drei Traktanden für den Moment abgeschlossen. Ich danke Euch allen für die Diskussion.

Das Traktandum 12 haben wir bereits vor der Nachtessenspause abgeschlossen, somit kommen wir zum Traktandum 13. Ich warte kurz einen Moment, bis die Gäste den Saal verlassen haben und wieder Ruhe ist.

13. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.31: Änderung des Personalstatuts der Stadt Winterthur (PST) vom 12. April 1999 betreffend Umsetzung der Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter» und Anpassung Adoptionsurlaub

Parlamentspräsident Ph. Weber: Änderung des Personalstatuts der Stadt Winterthur (PST) vom 12. April 1999 betreffend Umsetzung der Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter» und Anpassung Adoptionsurlaub. Vorgestellt wird das Projekt vom Referenten Samuel Kocher.

ENTWURF

S. Kocher (AK): Es geht um die Umsetzung der Motion «Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter» und in diesem Zusammenhang dann auch noch gleich um eine Anpassung des entsprechenden Adoptionsurlaubes.

Um was geht es genau? Nina Wenger, Marilena Gnesa, Barbara Huizinga und Nora Ernst haben die Motion eingegeben mit dem Auftrag, dass die Stadt Winterthur einen dreiwöchigen Mutterschaftsurlaub einführen soll. Ihre Begründung war, dass viele schwangere Frauen mindestens zwei Wochen vor Erreichen des Geburtstermins krankgeschrieben werden; vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub wirkt sich positiv auf die Geburt und die Erholung im Wochenbett aus; Planungssicherheit für die Arbeitgeberin; und die Stadt Winterthur ist somit auch eine attraktive und fortschrittliche Arbeitgeberin.

Das Geschäft ging am 27. Juni 2022 als Motion ein und wurde dann am 19. September des gleichen Jahres noch an den Stadtrat überwiesen. Am 18. Januar 2024 erschien der Bericht des Stadtrats und am 4. März 2024 wurde er als erheblich erklärt, mit einer Frist von einem Jahr zur Ausarbeitung. Das wurde dann vom Stadtrat gemacht, die Weisung kam in die beratende Kommission und wurde dann in der AK mit 10:0 verabschiedet.

Was waren die Argumente des Stadtrats für seinen Lösungsvorschlag? Einiges hat er aufgegriffen von den Motionär*innen: Der Grossteil der städtischen Mitarbeiterinnen ist vor der Geburt krankgeschrieben; die Kosten für die Lohnfortzahlung trägt die Stadt; bessere Planbarkeit für alle Parteien; gesundheitliche Vorteile für die Mitarbeiterinnen; Schwangerschaft ist keine Krankheit, ein ganz wichtiger Punkt; Stärkung der Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin. Die Kostenfolgen sind überschaubar mit plus/minus 50'000 Franken pro Jahr.

Was sind denn jetzt genau die Eckpunkte dieser Umsetzung des Stadtrats? Anspruch auf 3 Wochen bezahlter Urlaub vor dem ärztlich errechnetem Geburtstermin soll fix eingeführt werden, es gibt 100% Lohn, aber keine Anrechnung bei Lohnfortzahlung, sondern es ist bezahlter Urlaub. Mitteilung des ärztlich errechneten Geburtstermins an die Arbeitgeberin, der entscheidende Stichtag ist die 23. Schwangerschaftswoche mit dem entsprechenden Arztzeugnis. Bei Niederkunft vor errechnetem Geburtstermin verkürzt sich halt der Urlaub entsprechend, bei Niederkunft nach errechnetem Geburtstermin verlängert sich der bezahlte Urlaub bis zur tatsächlichen Geburt. Das Ganze ist freiwillig und es hat keinen Einfluss auf den Mutterschaftsurlaub mit den ordentlichen 16 Wochen.

Wie sieht das dann ganz konkret aus? Es gibt eine Anpassung des Personalstatuts, vom Artikel 59. In Blau sieht man, wie dieser ergänzt wurde, damit die Forderungen aus der Motion und die Vorgaben des Stadtrates nachher dann auch entsprechend eingehalten werden können.

Blau ist aber nicht nur der Text, sondern im Titel hat es auch noch eine weitere Ergänzung. Dort steht «und Adoption». Und im Artikel 59 Absatz 2, wo die Adoption geregelt ist, hat man auch diesen Teil gleichzeitig aufgegriffen. Wieso auch? Am 1. Juli 2022 ist die Bundesvorlage «Ehe für alle» durchgekommen. Um diese umzusetzen, hat man beschlossen, dass der Adoptivurlaub, wie er heute geregelt ist, sehr asymmetrisch verteilt ist. Die Adoptivmutter hat 16 Wochen, der Adoptivvater hat die 15 Tage. Das kommt noch aus einem eher traditionellen Familienbild. Das wollte man so anpassen, dass man allen Familienbildern gerecht wird. Und entsprechend wurde dann der Absatz 2 wie folgt angepasst: Bei der Aufnahme eines Kindes bis 12 Jahren zur Adoption wird ein bezahlter Urlaub von 8 Wochen pro Elternteil gewährt. Das heisst, es gibt Anspruch pro Elternteil auf 8 Wochen bezahlten Urlaub bei 100% Lohn; Gleichbehandlung aller Elternteile, unabhängig des Geschlechts; Bezug innerhalb eines Jahres nach Aufnahme eines Kindes. Werden mehrere Kinder gleichzeitig adoptiert, gilt der Anspruch nur ein Mal. Stiefkind-Adoptionen haben keinen Anspruch auf diese Urlaubsregelung. Der Anspruch auf unbezahlten Urlaub von drei Wochen in den ersten zwei Jahren nach Aufnahme des Kindes bleibt unverändert. Besten Dank.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke, Samuel. Wie am Anfang der Sitzung schon mitgeteilt, wurde von den Grünen/AL doch noch die Möglichkeit gewünscht, sich zu diesem Geschäft äussern zu können. Das Wort geht jetzt an Michael Zundel.

ENTWURF

M. Zundel (Grüne/AL): Ich werde es relativ kurz machen, aber trotzdem... Danke vielmals an Samy für das Vorstellen des Geschäfts, es war jetzt doch ziemlich detailliert oder länger, als ich das jetzt diskutieren werde. Vieles wurde bereits gesagt bei der Erheblichkeitserklärung. Wir von den Grünen/AL wollen uns nochmals explizit für die Arbeit, welche die Stadt geleistet hat, bedanken. Mit der Annahme des neuen Personalstatuts kann sich Winterthur als moderne, Familien- und ArbeitnehmerInnen-freundliche Stadt präsentieren. Hier wollen wir diesen Fakt wieder einmal würdigen.

Auch wollen wir die Leistungen, welche Mütter und werdende Mütter tagtäglich leisten, würdigen. Deshalb haben wir dieses Geschäft nicht einfach diskussionslos durchwinken wollen. Es ist ein kleiner Schritt auf dem weiten Weg zur wahrhaftigen Gleichstellung. Wir werden uns weiterhin auf allen Ebenen für die Rechte der Frauen einsetzen. Die Grüne/AL wird dem neuem Personalstatut zustimmen.

M. Gnesa (SP): Danke, Samy, für die Präsentation des Geschäfts. Die Weisung des Stadtrates zur Änderung des Personalstatuts wurde in der Aufsichtskommission zwar einstimmig angenommen, womit eine Diskussion im Rat grundsätzlich nicht vorgesehen wäre. Ich bedanke mich bei der Fraktion Grüne/AL für den samstäglichen Vorschlag, doch zumindest eine kleine Diskussion durchzuführen, damit dieses wichtige Geschäft nicht einfach ohne Kommentar durchgewunken wird.

Mit gutem Grund kann von einer kleinen Revolution gesprochen werden. Wie ich schon bei der Begründung der Motion ausführte, ist die Erwartung, dass eine Frau bis zur Geburt ihres Kindes arbeitet, klar realitätsfremd und aus gesundheitlichen Gründen kaum haltbar. Dies ist eine archaische Haltung gegenüber Frauen und sie entstammt einer Zeit, in welcher die Anliegen der Frauen nicht sehr ernst genommen wurden, wenn sie überhaupt wahrgenommen wurden. Die Umsetzung der Motion ist somit ein klares Zeichen für die Frauen, für Gleichstellung und Chancengleichheit.

Die Einführung eines vorgeburtlichen bezahlten Mutterschaftsurlaub von 3 Wochen zusätzlich zum bereits bestehenden 16wöchigen Mutterschaftsurlaub nach der Niederkunft ist ein Zeichen in die richtige Richtung zur Verbesserung des Schutzes für werdende Mütter und ihre Kinder.

Mit der vorgeschlagenen Umsetzung unserer Motion betreffend einen vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub sind wir sehr zufrieden. Das ist das, was wir für die Frauen, die bei der Stadt angestellt sind, erreichen wollten. So besteht für sie in Zukunft die Möglichkeit, einen solchen freiwilligen Mutterschaftsurlaub zu beanspruchen, und die Stadt kann sich als fortschrittliche und familienfreundliche Arbeitgeberin profilieren.

Die vorgeschlagene Regelung, wie bei einer Geburt vor oder nach dem errechneten Geburtstermin umzugehen ist, bietet sich praktisch gesehen, ist sachgerecht und sehr zu begrüßen. Auch die intertemporale Regelung, d.h. die Bestimmung, wer bei Inkrafttreten des vorgeburtlichen Urlaubs Anspruch darauf hat, macht Sinn.

Wir begrüßen ausdrücklich auch die Anpassung des Adoptionsurlaubs, die sich aus der Umsetzung der Motion ergibt und im Zusammenhang mit der auf Bundesebene angenommenen «Ehe für alle» steht. Wir begrüßen auch, dass der Stadtrat plant, die notwendigen Anpassungen der Vollzugsverordnung nach dem heutigen voraussichtlichen Beschluss der Änderung des Personalstatuts umgehend an die Hand zu nehmen.

S. Kocher (GLP): Das Thema vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub ist nicht nur für werdende Eltern von grosser Bedeutung. Es betrifft die gesamte Gesellschaft. Die Frage, wie wir werdende Mütter unterstützen oder genauer gesagt noch besser unterstützen können als heute, ist von wichtiger Bedeutung. Deshalb unterstützen wir die aktuelle Vorlage vollumfänglich. Wie schon detailliert bei der Erheblichkeitserklärung gesagt, sieht die GLP diese Vorlage als klares Zeichen, wie wir uns für das Wohlergehen von Familien politisch einsetzen, aber auch wie wir die Stadt Winterthur als attraktive Arbeitgeberin positionieren wollen.

Besten Dank an den Stadtrat und das Personalamt für die Ausarbeitung dieser Vorlage.

ENTWURF

Stadtpräsident M. Künzle: Für den Stadtrat waren drei Sachen wichtig: Das eine war, dass es Planungssicherheit gibt für die werdenden Mütter und die Verwaltungseinheiten; zweitens spielte der gesundheitliche Aspekt eine Rolle und der dritte Punkt ist die Attraktivität als Arbeitgeberin, dass wir als Stadt eine moderne und zeitgemässe Arbeitgeberin sein wollen. Ich denke, das sind drei Faktoren, von denen man wirklich sagen kann: Das ist die Basis für diesen Entscheid. Und von daher danke ich für die Idee, das in die Gänge zu bringen. Danke.

Parlamentspräsident Ph. Weber: Danke vielmals. Damit sind wir auch da abstimmungsreif. Die Weisung besteht aus drei Anträgen, die Änderung, die Inkraftsetzung und dass die Motion entsprechend als erledigt abgeschrieben wird. Ich mache beliebt, dass wir über alle drei Ziffern gemeinsam abstimmen. Gibt es da jemanden, der dagegen ist? – Das ist nicht der Fall.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Der Änderung des Personalstatuts wird mit 33:19 bei 0 Enthaltungen zugestimmt, somit ist auch dieses Traktandum erledigt.

Ein Blick auf die Uhr zeigt, dass wir nichts Neues mehr anfangen, es wurde heute schon genug gesprochen. Wir sind heute extrem gut vorwärtsgekommen, dafür bedanke ich mich ganz herzlich bei allen. Das bedeutet, dass wir nächsten Montag nur eine Einfachsitzung machen können, von 16.15 – 18.30 Uhr, und dann können wir beruhigt in die Sommerferien gehen. Ich danke Euch vielmals und wünsche Euch eine gute Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Ph. Angele (SVP)

Abstimmungstitel**4. Jahresrechnung und Geschäftsbericht 2024**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 17:15:15
Abstimmungsfrage Anträge 1 bis 6 gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**5. Tätigkeitsbericht 2024/25 der Finanzkontrolle**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 17:32:04
 Abstimmungsfrage Kenntnisnahme des Berichts

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmende Kenntnisnahme	54
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**6. Tätigkeitsbericht 2024 der Datenschutzstelle**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 17:46:34
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme des Berichts

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmende Kenntnisnahme	54
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse**Name****Ergebnis**

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**7. Jahresbericht 2024 der Ombudsstelle**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 18:02:16
 Abstimmungsfrage Kenntnisnahme des Berichts

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmende Kenntnisnahme	53
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse**Name****Ergebnis**

..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**8. Geschäftsbericht 2024 der Sozialhilfebehörde**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 18:09:01
 Abstimmungsfrage Kenntnisnahme des Berichts

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmende Kenntnisnahme	52
B: Ablehnende Kenntnisnahme	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Diener Reto	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Fehr Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gfeller Selim	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Gubler Stefan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Guddal Jan	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Helg Felix	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Heuberger Romana	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	Nicht abgestimmt
Keller Regula	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kocher Samuel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Rupper Lukas	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zwahlen Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**24. Ordnungsantrag Verschiebung Trakt. 9 bis 11**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 18:12:21
Abstimmungsfrage Verschiebung

Ergebnis

Stimmberechtigt	53
A: Zustimmung	46
B: Ablehnung	3
Enthaltung	3
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	Enthaltung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	Enthaltung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	Enthaltung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**12. Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und Verordnung über Wahlen/Abstimmungen**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 18:24:03
Abstimmungsfrage Ergänzungsantrag AK (Aufhebung Art. 19 Abs. 1 lit. f. GO)

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	Nicht anwesend
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**12. Wahlbüro: Anpassung der Gemeindeordnung und Verordnung über Wahlen/Abstimmungen**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 18:24:49
Abstimmungsfrage Anträge 1 bis 3 gem. Weisung inkl. Ergänzungsantrag AK

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	A: Zustimmung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Nicht anwesend
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	A: Zustimmung
Büeler Andreas	Kein Abstimmrecht
Cometta Kathrin	A: Zustimmung
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	Nicht anwesend
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	Kein Abstimmrecht
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	A: Zustimmung
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	Nicht anwesend
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**9. Verpflichtungskredit Fr. 3'160'000 für Neuerschliessung/Strassenverlegung Erholungsgebiet Rosenberg (2025.36)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 21:35:54
Abstimmungsfrage Antrag gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	51
B: Ablehnung	3
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	..
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**10. Verpflichtungskredit Fr. 6'900'000 für Neubau Campingplatz Schützenweiher (2025.37)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 21:36:47
Abstimmungsfrage Antrag gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	37
B: Ablehnung	16
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	2

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	B: Ablehnung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	B: Ablehnung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	B: Ablehnung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht abgestimmt
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**11. Verpflichtungskredit Fr. 2'331'345 für Stadtrandpark Schützenweiher (2025.38)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 21:37:42
Abstimmungsfrage Antrag gemäss Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	53
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	A: Zustimmung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	A: Zustimmung
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	A: Zustimmung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	Nicht anwesend
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**13. Änderung des Personalstatuts / Umsetzung Motion Mutterschaftsurlaub für werdende Mütter (2025.31)**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 30.Juni.2025 21:53:15
Abstimmungsfrage Anträge 1 bis 3 gem. Weisung

Ergebnis

Stimmberechtigt	53
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	19
Enthaltung	0
Abgestimmt	52
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
..	Nicht anwesend
..	B: Ablehnung
Angele Philipp	Kein Abstimmrecht
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Nicht anwesend
Bopp Kaspar	Nicht anwesend
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Kein Abstimmrecht
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	Nicht anwesend
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	B: Ablehnung
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Nicht anwesend
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Nicht anwesend
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Gross Michael	B: Ablehnung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	B: Ablehnung
Hertli-Wanner Corinne	A: Zustimmung
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	A: Zustimmung
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kellerhals Vogel Benjamin	A: Zustimmung
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	A: Zustimmung
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult .	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Rupper Lukas	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Tobler Raphael	Nicht anwesend
Vogel Kaspar	Nicht anwesend
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	Präsident/in
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Nicht anwesend
Zwahlen Daniel	B: Ablehnung